

Sand im Getriebe 119

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: sig@attac.de

Europas Schande



Deal EU-Türkei: Eine Schande! Proteste in Spanien; EGB-Kritik; G. Chondros: Gegen Zynismus	3
Etienne Balibar: das Ende der EU?	5
Geflüchtete in Europa aufnehmen!	6
Appell „Züge der Hoffnung“	8
Flüchtlinge aufnehmen! Stimmen aus Deutschland	9
Links-Hinweise / Solidarität mit Roma und Sinti	10
Fidel Castro Ruz: Bruder Obama / Á. Guerra Cabrera: Scheitern der Politik der USA gegenüber Cuba	11
Mord an Berta Cáceres in Honduras	13
Was von Kriegen übrig bleibt / Rede von M. Massarrat auf dem Ostermarsch /Abschaffung der Atomwaffen!	14
Delegation des Europäischen Parlaments verurteilt die israelischen Zerstörungen / Sophia Deeg Zehn Jahre Boycott – Divestment – Sanctions (BDS)	17
Debt20: Entwicklung braucht Entschuldung – jetzt!	20
Kristina Rehbein (Erlassjahr): Neue Schuldenkrisen bedrohen 2030-Agenda / Arm und Reich	20
J.Stiglitz und H. Rashid: Wie kann der Kapitalfluss aus den Schwellenländern gestoppt werden?	22
Energie – weder Atom noch Kohle	23
Thomas Fritz: EU-Handelsverträge gelten auch ohne abgeschlossene Ratifizierung	24
Roland Kulke zum Paket „Better regulation“	25
Gemeinsam TTIP und CETA Stoppen!	26
Panama Papers - Schließung der Steueroasen!	27
Immanuel Wallerstein: Die Linke und die Nation – ungelöste Mehrdeutigkeiten	28
Walter Baier: Europas Linke auf dem Weg, ihre Europapolitik neu zu definieren	29
Romarc Godin: Zypern hat einen hohen Preis bezahlt	30
Nick Dearden, UK: In der EU bleiben, um Europa zu ändern	32
Stavros Panagiotidis Das Parallelprogramm der griechischen Regierung	33
Griechenlands Spießrutenlauf	34
Frankreich: breite Ablehnung der „Reform“ des Arbeitsgesetzbuchs	35

Vorwort

Der Umgang mit Flüchtlingen, der Deal mit der Türkei – aber auch die verschärften sozialen Spaltungen -

Schande auf Europa!

Der französische Philosoph **Etienne Balibar**, der den Appell „**Geflüchtete in Europa aufnehmen!**“ initiiert hat, fordert eine schnelle und entschiedene **Umkehr der EU-Politik**. Dazu gehören 2 Bedingungen: die erste ist „endlich laut und deutlich auszusprechen, dass **Merkel Recht hatte**, und dass ihre Initiative, der sie selbst in der Situation der Defensive nie abgeschworen hat, nicht scheitern darf... Die zweite Bedingung ist, unverzüglich und aktiv **die Isolierung Griechenlands zu beenden**, wohin sich die Masse der Flüchtlinge ergießt. (...) Wie in anderen Zeiten kollektiver Katastrophen brauchen wir **Sofortmaßnahmen** in großem Umfang. Die offensichtlichste ist die, per Flugzeug oder Schiff die Flüchtlinge, die registriert sind oder werden, in jene nördlichen Länder – inklusive unserem – zu überführen.“

Die Initiative „**Züge der Hoffnung**“ greift diesen naheliegenden Vorschlag auf.

Balibar warnt vor **einem düsteren Szenario** des Zerbrechens der Europäischen Union, denn dann gebe es „noch weniger Hoffnung, eines Tages die tödlichen Nationalismen zu überwinden, wovor die EU uns eigentlich bewahren sollte.“ In diesem Zusammenhang macht sich **Immanuel Wallerstein** Gedanken über „Die Linke und die Nation: Ungelöste Mehrdeutigkeiten“

Es gibt ja nicht **nur** negative Nachrichten in diesen Tagen.

Dass **Obama** in **Cuba** war, ist kein Zeichen der Stärke der USA, sondern Ausdruck der Isolierung und des Scheiterns, obwohl ja das Embargo noch nicht aufgehoben ist. **Fidel Castro** hat sich geweigert, mit ihm zu sprechen, er hat in einem langen, kritischen Kommentar unter dem Titel „Bruder Obama“ Cubas

Standhaftigkeit gegenüber des US-Imperialismus erläutert.

Die **UN-Vollversammlung** verurteilt Jahr für Jahr mit überwältigender Mehrheit das US-Embargo, die Besatzungspolitik Israels. Beide Länder sind Atommächte, beide Länder führen Krieg – sie unterscheiden sich doch an einem Punkt: Ein Kandidat wie Bernie Sanders fehlt in Israel.

Die Krise der Weltwirtschaft ist noch längst nicht überwunden, fast alle BRICS-Länder sind gefährdet.

So fragt **Joseph E. Stiglitz** „Wie kann der Kapitalabfluss aus den Schwellenländern gestoppt werden?“ . **Erlassjahr** fragt Frau Merkel: „Was werden Sie konkret tun um zu verhindern, dass die Überschuldung von Ländern des Globalen Südens die Entwicklungsziele der nächsten 15 Jahre unerreichbar werden lässt? „

Walter Baier beschreibt die *Europas Linke auf dem Weg, ihre Europapolitik neu zu definieren*, dies in einer Reihe von Konferenzen in Paris, Madrid, Berlin, Brüssel und Athen. **Nick Dearden** von der **Global Justice**

Now-Bewegung (Mitglied vom attac-Netzwerk) berichtet über die Debatten zur BREXIT-Abstimmung.

Deren Mitglieder sind mehrheitlich der Meinung: „**In der EU bleiben, um Europa zu ändern**“.

Griechenlands Spießroute geht weiter; **Stavros Panagiotidis** beschreibt das Parallelprogramm der griechischen Regierung, die versucht, trotz der Auflagen der Gläubiger die soziale Not zu lindern.

Angriffe gegen das Arbeitsrecht gibt es nicht nur in Griechenland:

Die beabsichtigte „**Reform**“ des **Arbeitsrechtsbuchs** in Frankreich stößt auf erheblichen Widerstand: Keine Woche ohne Demonstrationen, ja Streiks und jetzt keine Nacht ohne dass sich Jugendliche versammeln – da, wie bei den vielen Aktionen gegen die Freihandelsabkommen **TTIP**, **CETA** usw. geht es um grundlegende Interessengegensätze: **Profit vor Menschen oder umgekehrt?**



Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Gedruckte Exemplare von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis (1,50 €). **Bestellung in Deutschland** per Mail an sig-abo@gmx.de. Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €,

ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft

Bis zur Nr. 112: pro Heft 1€ + Porto: portofrei ab 5 Heften

Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben mitgewirkt: Sabine Gondro, Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Tips, Anregungen gegeben haben.

Danke an Mathias Mittergeber und Barbara Waschmann (Attac Österreich) für die online-Fassung. ViSPR: Peter Strotmann

In eigener Sache: Seit Anfang 2015 gibt es unsere „**SiG-Werkstatt**“: Hier erscheinen Zusatzmaterialien zu den SiG-Themen, aktuelle Meldungen und Artikel, die später in SiG veröffentlicht werden. **SiG-Werkstatt für Nr.119**

Deal EU-Türkei: Eine Schande!

Proteste in Spanien

11.3.2016

USO, CCOO, UGT, PSOE, Podemos, IU, Equo y Ciudadanos, Ärzte der Welt, HOAC, die Caritas, die Friedensbewegung MPDL, die Spanische Liga für Menschenrechte, die Anwaltskammer, die Coordinadora de ONG para el Desarrollo, das Europäische Netzwerk gegen Armut (EAPN), die Flüchtlingshilfsorganisationen ACCEM und CEAR sowie UNICEF Spanien **lehnen das Flüchtlingsabkommen** zwischen der EU und der Türkei **ab** und **fordern Sofortmaßnahmen zur Bewältigung der schweren humanitären Krise**, mit der Europa derzeit konfrontiert ist.(...)

Die Absprachen verstoßen unserer Ansicht nach gegen die Menschenrechtscharta, die Grundrechtecharta der EU und die Flüchtlingskonvention und stellen eine **schwerwiegende Verletzung des Rechts auf Asyl und der Menschenrechte** dar. **Dagegen gilt es Widerstand zu leisten.**

Am 16. März 2016 fanden in ca. 50 Städten Kundgebungen gegen das Abkommen statt. Artikel in der JW

Manifest des spanischen Bündnisses, Bericht über die gemeinsame Pressekonferenz

Gewerkschaft CCOO: [Flyer](#) und [Erklärung \(Deutsch\)](#)

Demonstration der Plattform für eine menschliche Asylpolitik in Österreich am 19. März 2016:

<http://zwanzigtausendfrauen.at/>

Europa: Tausende solidarisch mit den Geflüchteten, ND 20.3.2016

**ALTER
SUMMIT**

<http://www.altersummit.eu/?lang=en>

11.3.2016.

Der abscheuliche Deal der EU mit der Türkei befördert Rassismus und Fremdenfeindlichkeit überall in Europa.

Es handelt sich außerdem um ein Abkommen mit einem Land, in dem die Ausübung von Grundrechten wie dem Recht auf Meinungsfreiheit immer stärker behindert wird, einem Land, das nicht zögert, gegen einen Teil seiner Bevölkerung militärische Gewalt einzusetzen. (...)

Europa muss anders werden – die Politik der EU und ihrer einzelnen Mitglieder ebenfalls!

Angesichts einer Jugend ohne Arbeitsperspektive, der neuen Migranten, der Millionen Arbeitslosen und prekär Beschäftigten sollte Europa die Milliarden Euro, die seine Mauern, seine Kriege oder seine Banken kosten, in qualitativ gute Arbeitsplätze, Wohnungen, Gesundheitseinrichtungen und öffentliche Verkehrsmittel, die allen zugute kommen, sowie in Klimaschutz und Umwelt investieren.

Wenn die Regierungen keine passende Antwort auf diese historischen Herausforderungen haben, haben **wir** Bürgerinnen und Bürger, Bewegungen und Bündnisse Antworten und wir zeigen sie tagtäglich in unseren Kämpfen auf.



Kundgebung auf der Plaza del Sol am 16. März 2016, Bild: USO

Wortlaut des Abkommens EU-Türkei

Rechtsgutachten von **PRO ASYL:**

TÜRKEI ist kein sicherer Staat für Flüchtlinge! "Die NATO soll in der Ägäis dafür sorgen, dass Flüchtlingsboote die griechische Küste gar nicht erst erreichen. Doch Abschiebungen von Flüchtlingen und Zurückweisungen von Flüchtlingsbooten in die Türkei sind europa- und völkerrechtswidrig."

Pro Asyl, 18.3.: Warum der Deal mit der Türkei eine Schande für Europa ist.

Pro Asyl: Abschiebungen in die Türkei: Rechtswidriger Akt der Unmenschlichkeit. Amnesty International zufolge schiebt die Türkei seit Monaten systematisch Flüchtlinge ins syrische Kriegsgebiet zurück, darunter auch Frauen und Kinder. Direkt nach der Unterzeichnung des EU-

Türkei-Abkommens wurden zudem 29 afghanische Flüchtlinge rechtswidrig nach Afghanistan abgeschoben, wie Amnesty International dokumentiert.

Die Massenabschiebungen in die Türkei sind illegal, sie setzen die Grundlagen des Asylrechts außer Kraft und müssen daher unverzüglich beendet werden. Nicht nur die griechische Regierung, die sich dem Druck der EU gebeugt hat, ist dafür verantwortlich, sondern die gesamte EU.

Europäischer Gewerkschaftsbund Abkommen zwischen Europa und der Türkei über den Umgang mit einer humanitären Krise gescheitert

8. März 2016, EGB

(...) „Die EU sollte nicht einmal daran denken, die Türkei dafür zu bezahlen, Flüchtlinge unter unmenschlichen Bedingungen und ohne Perspektive in Lagern festzuhalten“, sagte **Luca Visentini, Generalsekretär des EGB**. „Darüber hinaus sollte es keine Verknüpfung zwischen dem Fernhalten von Flüchtlingen aus Europa und beschleunigten Verhandlungen über einen EU-Beitritt geben.“

(...) Der EGB weist die EU und ihre Mitgliedstaaten insbesondere auf Folgendes hin:

- Flüchtlinge sind Menschen, die vor Krie-

gen fliehen und internationalen Schutz suchen.

- Flüchtlinge zu einer Ware zu machen ist unmenschlich und wird zu keiner menschenfreundlicheren Reaktion führen: Der Türkei Geld zu geben wird nicht die Gefahren beseitigen, der Menschen in Syrien, im Irak oder anderswo ausgesetzt sind.
- Der vorgesehene Austausch von Flüchtlingen aus Syrien ergibt keinen Sinn und stellt einen Verstoß gegen das Völkerrecht und EU-Verträge dar.

„Die vorrangige Pflicht der internationalen Gemeinschaft besteht darin, Asylsuchenden Schutz zu gewähren“, sagte Visentini. „Trotz des großartigen Einsatzes vieler

versagt die EU bei der Erfüllung dieser Pflicht.“

„Angesichts der Anzahl inhaftierter Journalisten, der unzureichenden Rechte von Gewerkschaften, der Behandlung der Kurden und der zweifelhaften Rolle im Krieg in Syrien wird es bestimmt noch eine Weile dauern, bis die Türkei ein Mitglied der EU werden kann.“

Der EGB tritt seit langem dafür ein, dass die internationale Gemeinschaft Zeit und Mittel dafür aufwendet, im Nahen Osten Frieden zu schaffen, und dass die EU-Mitgliedstaaten an der Integration von Flüchtlingen arbeiten.

(Übersetzung: WH, coorditrad, pdf-Datei)

Giorgos Chondros Zynismus hat keine Zukunft

Der Deal mit der Türkei soll die Festung Europa sichern. Doch es gibt auch ein anderes, ein solidarisches Europa, das Hoffnung macht.

Jetzt ist also der EU-Türkei Flüchtlingsdeal in Kraft. Und? Ist damit eine nachhaltige Lösung in Sicht? Es sieht nicht danach aus: Vom 19. März bis zum 6. April kamen 8.010 Menschen über die Ägäis aus der Türkei nach Griechenland. 53.042 sind insgesamt im Lande.

Letzten Montag wurden erstmals 202 Menschen von den Inseln Lesbos und Chios in die Türkei abgeschoben. Bei ihnen handelt es sich um Geflüchtete aus Pakistan, Afghanistan, dem Irak, dem Iran, aus Indien und Nordafrika, die bis dato keinen Asylantrag gestellt hatten. Zwei Syrer haben aus familiären Gründen selbst darum ersucht, zurück in die Türkei geschickt zu werden. Am selben Tag kamen 339 Flüchtlinge aus der Türkei nach Griechenland.

All das geschieht trotz der Präsenz der **NATO** und trotz der Pflicht der Türkei, den Flüchtlingszustrom zu drosseln. Allein diese Bilanz zeigt, wie zynisch die neue Vereinbarung ist.

Griechenland soll mit diesem Deal dazu gebracht werden, die **Türkei** de facto zum „sicherem Drittland“ zu erklären, was die EU selber nicht machen kann. Doch wie sicher und menschenrechtskonform die Türkei ist, das weiß ich nicht nur aus Zeitungsberichten. Vor einigen Wochen war ich in **Diyarbakır im Südosten**. Dort werden aufgrund einer sinnlosen Ausgangssperre täglich Kurden und Kurdinnen von Erdoğan's Regime ermordet – vorwiegend Frauen und Jugendliche. Wie die „TIHV-Human Rights Foundation of Turkey“ und die türkische Partei HDP bestätigen, wurden von August 2015 bis Februar 2016 in Cizre, Silopi, İdil und Sur mehr als 492 Zivilisten ermordet, 87 davon sind Kinder.

Ich habe dort Mütter und Väter getroffen, denen es verboten wird, die Leichen ihrer Kinder, die wochenlang auf der Straße liegen, zu begraben. Erdoğan's Regime liefert den Zündstoff für einen dauerhaften Bürgerkrieg in der Region, dessen Folge unter anderem neue Flüchtlingsströme sein werden.

Die EU handelt rein ideologisch

Die EU hat mit diesem Pakt eine „Lösung“ vorgezogen, die mit der Bekämpfung der Ursachen nichts zu tun hat. Genauso wie die Beweggründe für den Pakt nur wenig mit den Werten Europas zu tun haben. Vielmehr handelt die neoliberale Europäische Union jetzt wieder rein ideologisch. Genau wie schon während der Eurokrise, die instrumentalisiert wurde, um die Austeritätspolitik EU-weit zu etablieren.

Die Flüchtlingsfrage dient als Vorwand dafür, die „Festung Europa“ auszubauen. Eine Festung, in der Kapital und Waren keine Grenzen kennen, während Menschen, die vor Krieg, Hunger und Umweltkatastrophen fliehen, auf Kriegsflotten und Stacheldrahtzäune stoßen. Errungenschaften wie die Genfer Menschenrechtskonvention sollen genauso wie der Sozialstaat, Kollektivverträge oder soziale Gerechtigkeit und Umverteilung als lästige Hindernisse aus dem Weg geräumt werden.

Es gibt aber ein anderes Europa – das solidarische und hoffnungsvolle. Es zeigt sich im Gesicht der **griechischen Regierung**, die mit minimalen Mitteln versucht, menschenwürdige Lebensbedingungen für die Flüchtlinge zu schaffen. Es zeigt sich im Gesicht einer kaputt gesparten **griechischen Bevölkerung**, die in den letzten 15

Monaten mehr als eine Million Menschen gerettet, unterstützt und aufgenommen hat. Im Gesicht der **Tausende Freiwilligen aus ganz Europa**, die in Lesbos oder Idomeni Menschen helfen. In den Gesichtern von **Ada Colau, Bürgermeisterin von Barcelona, und Bodo Ramelow, Ministerpräsident von Thüringen**, die freiwillig Geflüchtete aus Griechenland aufnehmen wollen.



6.3.2016: 10.000 Athener/-innen spendeten für Flüchtlinge.

Merkel meinte am 18. März nach dem EU-Türkei-Gipfel, dass „Europa es schaffen wird ...“. Ich stimme ihr zu. Allerdings wird das nicht in ihrem Sinne passieren, sondern in unserem. **Europa wird solidarisch und sozial – oder es wird nicht sein!**

Erschienen in der TAZ, <http://www.taz.de/Kommentar-Griechland-inmitten-der-Krise/15290600/>

Informationen der griechischen Regierung an die Flüchtlinge:

http://asylo.gov.gr/en/?page_id=99

Dossier: Für Freiheit und Frieden - Kurdistans Kampf um Selbstbestimmung

<http://www.jungewelt.de/bibliothek/dossier/92>

Das Ende der EU: der französische Beitrag



In einem dramatischen Editorial hat die große französische Abendzeitung *Le Monde* »den klinischen Tod Europas« angekündigt, weil es unfähig sei, geschlossen auf die Flüchtlingskrise eine Antwort zu finden. »Die Historiker werden den Beginn der Auflösung Europas sicherlich auf diese Krise datieren.« (*Le Monde* vom 27.2.2016)

Leider brauchen wir nicht auf das Urteil der Historiker zu warten. Der Zustand ist schon erreicht. Mit desaströsen Folgen, nicht nur für das »europäische Projekt« oder für die EU als Institution, sondern für die Völker, die Europa ausmachen, und für jeden von uns als Individuum und BürgerIn. Nicht etwa weil diese Union – deren einziges angeblich noch bleibendes Wirkungsfeld die Organisation des Binnenmarktes ist – vor allem ein Hafen der Solidarität und Demokratie ist. **Sondern weil seine Auflösung** unmittelbar *noch weniger Demokratie* bedeutet (verstanden als geteilte Souveränität der Völker), *noch weniger Möglichkeiten*, sich den ökonomischen und ökologischen Herausforderungen der Welt zu stellen, und *noch weniger Hoffnung*, eines Tages die tödlichen Nationalismen zu überwinden, wovon die EU uns eigentlich bewahren sollte.

In diesem düsteren Szenario, das nahe liegt und das ich teile, taucht – wie mir scheint und wie in vielen Kommentaren zu sehen – schrecklicher Weise ein Element gar nicht auf: *der spezifische Beitrag Frankreichs zu diesem Zustand*. Man darf diese Frage zweifellos nicht auf Frankreich reduzieren. Aber ihn zu verschweigen, ist Betrug und eine Verabschiedung von der eigenen Verantwortung. Ich kann das nicht akzeptieren, als europäischer Bürger und als Franzose.

Frankreichs Heuchelei zu Merkel
Im Spätsommer letzten Jahres hat Kanzlerin Angela Merkel einseitig entschieden, die Dublin-Regeln zu lockern, um in Deutschland hunderttausende Flüchtlinge aufzunehmen, die vor den Massakern in Syrien und anderen Kriegsschauplätzen im Nahen Osten fliehen – Massaker, die von mehreren Kriegsteil-

nehmern gleichzeitig verübt werden und immer mehr den Charakter eines Völkermords annehmen. Zu Merkels Entscheidung konnte man zwei Haltungen einnehmen: Ihre Initiative und das Engagement der deutschen Bevölkerung verstärken oder die Sabotage organisieren.

Nach anfänglichem Zaudern erweckte die französische Regierung den Anschein, die erste Variante zu stützen, um dann faktisch die zweite zu praktizieren. Offiziell hat sie den Juncker-Plan der Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Länder akzeptiert – dessen Mängel offenkundig waren, der aber immerhin der Beginn der Wahrnehmung des Problems darstellte. Faktisch hat Frankreich alles dafür getan, dass diese Vereinbarung nur auf dem Papier steht. Stand heute: die Regierung hätte 24.000 Flüchtlinge aufnehmen müssen, aufgenommen hat sie einige Dutzend.

Es heißt nun, die Flüchtlinge wollten nicht nach Frankreich. Selbst wenn das stimmen würde, stellt sich niemand die Frage, warum das einstige »Asylland Frankreich« so abschreckend geworden ist für Menschen, denen es an Allem fehlt. Soll doch die Grenzöffnung Deutschlands als der anderen großen europäischen Nation die Deutschen überzeugen, dass sie das Problem alleine tragen können. Das ist ihre Sache, nicht wahr? Sie sollen sich mal nicht für besser als die anderen halten.

Das ist die Sache der Deutschen, aber wir versuchen, uns einzumischen. Und wie! Unter dem Vorwand der Notwendigkeit, nach den Terror-Attentaten (ich bin der Letzte, der die Ernsthaftigkeit der erforderlichen Schutzmaßnahmen unterschätzt) die Sicherheitspolitik zu koordinieren, reist Premier Manuel Valls nach München, um Merkels Politik anzuprangern.

Nach Viktor Orban ist Valls der zweite Regierungschef, der damit vor Ort die extreme Rechte in Deutschland unterstützt, deren offen erklärtes Ziel die Unterwerfung oder der Rücktritt der Kanzlerin ist. **Innenminister Cazeneuve** seinerseits lässt – in Abstimmung mit seinem britischen Amtskollegen, der Hunderte von Verzweifelten auf die Straße wirft – **den »Dschungel von Calais« niederwalzen** und wundert sich dann, dass Belgien seine Grenze schließt. Man fängt an zu glauben, Frankreich wird schon von Marine Le Pen regiert.

In der Tat: Europa zerfällt jeden Tag mehr.

Wir haben damit zu tun und tragen die Folgen, auf allen Gebieten: der Würde, die einen nicht zu vernachlässigenden Teil der historischen Legitimität des politischen Institutionen ausmacht, aber auch der kollektiven Sicherheit und des Schutzes der Individuen, die zu den Wesensmerkmalen des zivilen Lebens gehören. Die Folgen wären völlig andere, wenn – kurz vor dem Punkt, an dem nichts mehr reparierbar ist – durch die Verbindung einer Bewegung der aufgeklärten Meinung mit einem mutigen Reflex unserer Regierenden (oder einiger von ihnen) ein Umkehren in Gang gesetzt würde. Ich glaube natürlich nicht besonders daran, nach Allem, was wir gesehen haben. Für diese **Umkehr** stellen sich allerdings für mich zwei unverzichtbare Bedingungen.

Zwei Bedingungen für eine Umkehr
Die erste ist, endlich laut und deutlich auszusprechen, dass **Merkel Recht hatte**, und dass ihre Initiative, der sie selbst in der Situation der Defensive nie abgeschworen hat, nicht scheitern darf. Es geht nicht um Merkels Motive, die man weiterhin in einen Konflikt zwischen ökonomischem Interesse und Moral zerlegen wird. Es geht darum, die *politische* Richtigkeit einer Entscheidung anzuerkennen, die Demarkationslinie, die sie zwischen zwei Konzeptionen von Europa zieht, und die Verantwortung, die daraus für uns alle erwächst.

Dass Merkel in den Jahren der Politik der Stärke und Erzwingung der Austerität in Europa für ihre Isolierung in der europäischen Öffentlichkeit die Rechnung erhält, ist klar, aber das ist nicht die Frage. Wir haben sie in diesem Punkt nicht zu beneiden, weil wir ihr dabei gefolgt sind, statt ihr entgegenzutreten.

Der französische Präsident muss deshalb jetzt für eine gute Sache nach Berlin gehen: Er muss den historischen Moment benennen, in dem wir uns befinden, und feierlich zusammen mit Deutschland die anderen Nationen Europas aufrufen, sich im eigenen Interesse und für ihre Zukunft dieser Politik zu widersetzen.

Die zweite Bedingung ist, unverzüglich und aktiv **die Isolierung Griechenlands zu beenden**, wohin sich die Masse der Flüchtlinge ergießt. Das heißt, Griechenlands Ausschluss aus dem System der

Nationen Europas zu beenden, den die politischen und finanziellen Diktate der Troika nicht erreichen konnten, und der durch die Schließung der Grenzen von Ungarn und Österreich bis nach Mazedonien und Albanien nun in die Tat umgesetzt wird. Dadurch wird das ganze Land immer mehr zu einem **Aufbewahrungslager unter freiem Himmel**, in dem sich zu unseren Lasten und auf unsere Verantwortung jedwede Form von Gewalt ausbreitet. Sobald die Gewalt außer Kontrolle gerät, ist es zu spät, sie zu beklagen.

Es reicht nicht, heuchlerisch den Balkanländern und Griechenland eine Lektion zu erteilen oder bei der Türkei, die immer aktiver in den Krieg im Nahen Osten eingreift, als Bittsteller aufzutreten und ihr

finanziell ein bisschen auszuhelfen. Es reicht auch nicht, der NATO den Auftrag für eine militärische Guerilla gegen die »Schlepper« zu erteilen, wenn Rettungsoperationen auf der Hand liegen. Wie in anderen Zeiten kollektiver Katastrophen **brauchen wir Sofortmaßnahmen in großem Umfang**. Die offensichtlichste ist die, **per Flugzeug oder Schiff die Flüchtlinge, die registriert sind oder werden, in jene nördlichen Länder – inklusive unserem – zu überführen**, die in der Lage sind, sie aufzunehmen, indem sie alle verfügbaren zivilen und militärischen Mittel mobilisieren.

Ich träume, nicht wahr? Nein, ich eröffne die Diskussion, damit das Schlimmste nicht zum Wahrscheinlich-

ten wird. Das Schlimmste ist die Abdankung, die Blindheit, der historische Poudjadismus, selbst wenn dieser sich mit dem Schein des Realismus schmückt.

Ich bitte euch, lasst uns diskutieren, aber **warten wir nicht zu lange**, denn der Countdown hat schon begonnen.

Aus *Libération* vom 28.2.2016, übersetzt von Horst Arenz /SiG-Redaktion.

Etienne Balibar ist emeritierter Professor für Philosophie an der Sorbonne. Sein bekanntestes Werk (zusammen mit Louis Althusser u.a.) ist *Lire Le Capital* (Das Kapital lesen).

S. auch seinen Beitrag in: Walter Baier/Bernhard Müller/Eva Himmelstoss (Hrsg.): *Das Rätsel Europa. transform! Jahrbuch 2016*. http://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/das-ende-der-eu-der-franzoesische-beitrag/

Dies ist eine humanitäre Katastrophe. Wir müssen uns unserer Verantwortung stellen - daran führt kein Weg vorbei. Geflüchtete in Europa aufnehmen!



Wir Bürgerinnen, die in den EU-Mitgliedsstaaten, der Schengen-Zone, am Balkan, am Mittelmeer, im Nahen Osten, sowie in allen anderen Regionen der Welt leben, wo unsere Sorgen geteilt werden, wenden uns mit einem dringenden Aufruf an unsere Mitbürgerinnen, unsere Regierenden und unsere Vertreter_innen in den nationalen Parlamenten und dem Europaparlament, sowie an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge:

Die Geflüchteten aus dem Nahen Osten müssen gerettet und aufgenommen werden!

Seit Jahren flüchten die Migrantinnen aus den Staaten am südlichen Mittelmeer vor Armut, Krieg und Repression. Sie ertrinken im Meer oder prallen gegen Grenzzäune. Wenn ihnen - nachdem sie von Schleppern erpresst wurden - die Flucht nach Europa gelingt, werden sie abgeschoben, eingesperrt oder von den Staaten, die sie als „Gefahr“ und als „Feinde“ bezeichnen, in die Illegalität abgedrängt. Sie bleiben jedoch hartnäckig und halten zusammen, um ihr Leben zu retten und eine Zukunft wiederzufinden.

Nachdem die Kriege im Nahen Osten und besonders in Syrien jedoch das Ausmaß eines Massenmords ohne absehbares Ende angenommen haben, ist die Situation nun eine andere. Ganze Bevölkerungen, die von den Kriegsführenden als Geiseln genommen, bombardiert, ausgehungert und terrorisiert werden, entschließen sich zur gefahrenreichen Flucht, die tausende weitere Todesopfer fordert. Schließlich gelangen die Männer, Frauen und Kinder in ihre Nachbarstaaten und klopfen an Europas Türen.

Dies ist eine humanitäre Katastrophe. Wir müssen uns unserer Verantwortung stellen – daran führt kein Weg vorbei.

Die **Unfähigkeit unserer Regierungen**, die Fluchtursachen zu beseitigen (wenn sie nicht sogar dazu beitragen, diese weiter zuzuspitzen), nimmt sie nicht aus ihrer Pflicht, diese Menschen zu retten und aufzunehmen. Dabei müssen ihre Grundrechte gewahrt werden, die mit dem Asylrecht in den Erklärungen und Konventionen des Völkerrechts festgeschrieben sind.

Mit einigen Ausnahmen - etwa die beispielhafte Initiative Deutschlands, syrische Geflüchtete ohne Einschränkung aufzunehmen, was bis heute so gehandhabt wird, oder den großen Einsatz Griechenlands in der Rettung, Aufnahme und dem Transport von tausenden Geflüchteten, die täglich an den griechischen Küsten eintreffen, obwohl sich das Land und seine Wirtschaft selbst im Würgegriff einer gnadenlosen Sparpolitik befindet - haben es die europäischen Regierungen bisher abgelehnt, Maßnahmen zu ergreifen, diese der Öffentlichkeit darzulegen, sich solidarisch zu zeigen und nationalen Egoismus zu überwinden. Ganz im Gegenteil: Staaten überall in Europa lehnten den von der Kommission ausgearbeiteten Minimalquotenplan zur Verteilung der Geflüchteten ab oder versuchten ihn gar zu sabotieren. Schlimmer noch: sie unterdrücken Geflüchtete und Migrant_innen, und stigmatisieren sie ganz allgemein als gewalttätig. Die Lage im „Dschungel“ von Calais und seine gewaltsame Räumung, die unter Missachtung von Inhalt und Geist eines Gerichtsbeschlusses erfolgt war, stellt im Moment die haarsträubendste Illustration der herrschenden Zustände dar, wenn auch nicht die einzige.

Einen Gegenpol dazu bilden die Bürgerinnen Europas und anderorts: Die Fischerinnen von Lampedusa und Lesbos, die Aktivistinnen der Organisationen und Netzwerke zur Rettung und Unterstützung der Geflüchteten und Migrantinnen, Quartiergeberinnen aus dem laizistischen und religiösen Bereich, deren Aktivitäten von Künstlerinnen und Intellektuellen aufgegriffen werden. Sie wahren die Würde der Menschen und zeigen den Weg in Richtung einer Lösung auf. Sie stoßen an die Grenzen ihrer Möglichkeiten und stellen sich gegen die ihnen feindlich gesinnte Öffentlichkeit. Sie werden – wie auch die Geflüchteten

teten und Migrantinnen selbst – von einer wachsenden Welle an Fremdenhass überschwemmt. Gewalttätige, bekennend rassistische oder neofaschistische Organisationen, sowie „respektable“ politische Würdenträgerinnen und Regierungen, die immer stärker von Autoritarismus, Nationalismus und Demagogie geprägt sind, treiben diese Entwicklung noch weiter an. **Zwei Europas** stehen einander völlig unvereinbar gegenüber, **zwischen denen man sich in Zukunft entscheiden muss.**

Dieser xenophoben Tendenz, die sich auf die EU-Ausländer_innen teils tödlich auswirkt und die die Zukunft Europas als freier Kontinent zerstört, muss auf der Stelle entgegengewirkt werden.

Momentan gibt es auf der Welt **60 Millionen Geflüchtete**. Der **Libanon** und **Jordanien** beherbergen jeweils eine Million (was **20% bzw. 12%** ihrer Bevölkerung entspricht), die Türkei 2 Millionen (3%). In **Europa** (eine der reichsten Regionen der Welt, trotz der Krise) trafen im Jahr 2015 eine Million Menschen ein, was **0,2% der Bevölkerung** entspricht. Die europäischen Staaten verfügen gemeinsam über die Mittel, um die Geflüchteten aufzunehmen und diese würdevoll zu behandeln. Sie müssen ihrer Pflicht nachkommen und die Menschenrechte wahren, wie dies in ihren Verfassungen verankert ist. Dies liegt auch in ihrem Interesse, wenn sie in dieser Region der Erde mit den Mittelmeerstaaten, deren Geschichte und kulturelles Erbe sie teilen, den Frieden und die Sicherheit bewahren wollen. Dies ist die Voraussetzung, um einer neuen Epoche der institutionellen Diskriminierung und der Beseitigung von „unerwünschten“ Menschen vorzubeugen.

Es bleibt unklar wann und wie viele der Geflüchteten wieder „nach Hause“ zurückkehren können; ebenso darf die Komplexität des zu lösenden Problems nicht unterschätzt werden, der Widerstand, der ihm entgegensteht, und die Hindernisse und Risiken, die es mit sich bringt. Niemand hat jedoch das Recht, die Problematik als „unlösbar“ zu bezeichnen, um sich davor zu drücken.

Umfassende Notfallmaßnahmen müssen daher unmittelbar umgesetzt werden.

Die Aufgabe zur Hilfeleistung für die Geflüchteten aus dem Nahen Osten und Afrika im Rahmen dieser Ausnahmesituation muss von den Führungsorganen der EU ausgerufen und wahrgenommen, und von allen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Die Vereinten Nationen müssen sich damit befassen und die demokratischen Staaten der gesamten Region in diesem Thema dauerhaft aufeinander abstimmen.

Zivile Kräfte und das Militär müssen eingesetzt werden, nicht um die Schleppern als Mittelmeer-Guerilla zu bekämpfen, sondern um den Migrantinnen und Migranten zu helfen und **den Ertrinkungsskandal im Meer ein Ende zu setzen**. In diesem Rahmen können schließlich die Schleppern und deren Kompliz_innen und Helfer_innen gestoppt werden. Es ist das Verbot der legalen Einreise, das zu diesen mafiösen Praktiken führt, und nicht das Gegenteil.

Die **Last**, die die Aufnahmeländer zu tragen haben – insbesondere **Griechenland** – muss unverzüglich verringert werden. Ihr Beitrag, der im Interesse aller liegt, muss anerkannt werden.

Der freie Personenverkehr im Schengenraum muss erhalten bleiben; das **Dublin-Abkommen**, das die Rückführung der Migrantinnen und Migranten in ihre Erstaufnahmeländer vorsieht, **muss jedoch ausgesetzt** und neu verhandelt werden. Die EU muss Druck auf die Donau- und Balkanstaaten ausüben, damit diese ihre Grenzen wieder öffnen. Sie muss auch mit der Türkei verhandeln, damit das Land aufhört, die Geflüchteten als politisch-militärisches Alibi und als Druckmittel zu nutzen.

Außerdem müssen Flugzeuge und Schiffe zur Verfügung gestellt werden, um alle registrierten **Geflüchteten in die nord-europäischen Staaten zu bringen**, die diese objektiv aufnehmen können, anstatt diese in einen kleinen Land zu sammeln, das droht, zur „Mülldeponie“ der Menschheit zu werden.

Längerfristig muss Europa, das nun vor einer ihrer größten Herausforderungen bisher steht, die den Lauf der Geschichte ändern kann, einen demokratisch kontrollierten Plan ausarbeiten, um den Überlebenden dieses Massakers zu helfen und die Helfer_innen zu unterstützen: Aufnahmequoten sind nicht genug; es werden **Sozialhilfeleistungen** – also ein Sonderbudget – benötigt, sowie rechtliche Bestimmungen, die die vertriebenen Menschen auf friedliche und würdevolle Weise in die aufnehmenden Gesellschaften eingliedern.

Dies ist die einzige Alternative

– Gastfreundschaft und Asylrecht oder Unmenschlichkeit!

3. März 2016

Erstunterzeichner:

Michel AGIER (Frankreich) / Horst ARENZ (Deutschland)
Athéna ATHANASIOU (Griechenland)
Chryssanthi AVLAMI (Griechenland)
Walter BAIER (Österreich) / Etienne BALIBAR (Frankreich)
Sophie BESSIS (Tunesien) / Marie BOUAZZI (Tunesien)
Hamit BOZARSLAN (Frankreich, Türkei)
Judith BUTLER (USA) / Claude CALAME (Frankreich)
Marie-Claire CALOZ-TSCHOPP (Schweiz)
Dario CIPRUT (Schweiz) / Patrice COHEN-SEAT (Frankreich)
Edouard DELRUELLE (Belgien)
Matthieu DE NANTEUIL (Belgien)
Meron ESTEFANOS (Erythrea)
Wolfgang-Fritz HAUG (Deutschland)
Ahmet INSEL (Türkei) / Pierre KHALFA (Frankreich)
Nicolas KLOTZ (Frankreich) / Justine LACROIX (Belgien)
Amanda LATIMER (UK) / Camille LOUIS (Frankreich)
Giacomo MARRAMAIO (Italien)
Roger MARTELLI (Frankreich) / Sandro MEZZADRA (Italien)
Toni NEGRI (Italien) / Maria NIKOLAKAKI (Griechenland)
Josep RAMONEDA (Spanien) / Judith REVEL (Frankreich)
Vicky SKOUMBI (Griechenland)
Barbara SPINELLI (Italien) / Bo STRÅTH (Schweden)
Etienne TASSIN (Frankreich)
Mirjam VAN REISEN (Niederlanden)
Hans VENEMA (Niederlanden) /
Marie-Christine VERGIAT (Frankreich)
Frieder Otto WOLF (Deutschland)
Mussie ZERAI (Erythrea)

Bitte unterschreiben Sie diese Petition!

<http://www.transform-network.net/de/blog/blog-2016/news/detail/Blog/appeal.html>

16.April: Papst Franziskus auf Lesbos

German foreign policy, 15.4.2016

In offenem Protest gegen die Flüchtlingsabwehr Berlins und der EU wird Papst Franziskus am morgigen Samstag auf Lesbos erwartet. Er wird von zwei höchsten **orthodoxen**

Würdenträgern begleitet.

Während der Papst Lesbos besucht, sind deutsche Beamte dort mit der förmlichen Ablehnung von Asylanträgen befasst. Wie berichtet wird, **verlangen Brüssel** und einige Regierungen, *"Anträge rasch abschlägig zu bescheiden und dabei zur Not einige Schritte des vorgesehenen Procedere zu überspringen"*.

Die Leiterin der griechischen Asylbehörde hat dies verweigert, sieht sich nun jedoch mit der Einmischung deutscher "Asylentscheider" konfrontiert. Mehr



Bildnachweis: www.cire.be

Appell „ZÜGE DER HOFFNUNG“ für Flüchtlinge in Griechenland **Sofortiger Einsatz der freien Eisenbahn-Kapazitäten der Deutschen Bahn AG** **auf der Verbindung Athen – Thessaloniki – Berlin**

Die Lage für die mehr als 50.000 Flüchtlinge, die in Griechenland gestrandet sind – darunter mehr als 10.000 in Idomeni auf den Feldern am Grenzzaun – spitzt sich in diesen Tagen auf drei Ebenen zu:

Erstens weil es in Griechenland nicht genügend Übernachtungen und Plätze für Flüchtlinge gibt und die Camps auf den Inseln zunehmend den Charakter von Haftanstalten annehmen.

Zweitens weil Griechenland von der EU und insbesondere von der Regierung in Berlin massiv unter Druck gesetzt wird, die Türkei als „sicheres Drittland“ anzuerkennen, um unmittelbar im Anschluss Abschiebungen im großen Stil durchzuführen.

Drittens weil die Türkei Tag für Tag dokumentiert, dass sie nicht gewillt ist, die Menschenrechte umfänglich zu respektieren und ihrerseits Flüchtlinge an den Grenzen abweist, im Land selbst inhaftiert und viele wieder abschiebt – auch in Länder, in denen ihnen Tod und Folter droht.

In dieser Situation rufen wir die Bundesregierung dazu auf, die in Griechenland gestrandeten Flüchtlinge mit **Zügen der Hoffnung** nach Deutschland reisen zu lassen. Die Deutsche

Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner (Stand: 31. März 2016):

Joachim Holstein, Betriebsrat DB European Railservice GmbH (DB ERS) /

Peter Dreler, ehem. Gesamtbetriebsratsvorsitzender DB European Railservice GmbH /

Barbara Huber, Betriebsrats-Ersatzmitglied DB European Railservice GmbH

Dorothee Vakalis, Pfarrerin i.R., Thessaloniki /

Marie-Dominique Vernhes, Redaktion „Sand im Getriebe“;

Für die Bahnexpertengruppe Bürgerbahn statt Börsenbahn - BsB:

Thilo Böhmer (Lokomotivführer)

Johannes Hauber, President "Railway Equipment Manufacturing Committee industriAll", Mannheim

Klaus Gietinger, Regisseur, Michendorf

Andreas Kleber, Schorndorf

Andreas Kegreiß, Dipl.-Ingenieur (BA), Herrenberg

Karl-Heinz Ludewig, Verkehrswissenschaftler, Berlin

Prof. Heiner Monheim, Bonn

Prof. Jürgen Rochlitz, Burgwald-Eder

Bahn AG verfügt über mindestens zwei Dutzend Liegewagen, die seit Einstellung der Autoreisezüge im Jahr 2014 ungenutzt sind. Wir können uns vorstellen, dass es bei der Deutschen Bahn, so bei deren für die Nachtzüge zuständigen Tochter DB European Railservice (DB ERS), Kolleginnen und Kollegen gibt, die gerne als Zugbegleitpersonal diese **Züge der Hoffnung** betreuen würden.

Der größte Teil der in Griechenland gestrandeten Flüchtlinge erfüllt ohnehin die Kriterien, nach denen ihnen in Deutschland Asyl gewährt werden würde. Mehrere tausend von ihnen haben einen direkten Anspruch auf einen gesicherten Aufenthalt in Deutschland, da Angehörige von ihnen in unserem Land leben.

Wir erinnern an den Sommer 2015, als die Bundesregierung und die Deutsche Bahn AG sich bereit erklärten, vergleichbare **Züge der Hoffnung** für die damals in *Budapest* festsitzenden Flüchtlinge einzusetzen. Was vor wenigen Tagen der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow in Bezug auf die in Idomeni gestrandeten Flüchtlinge sagte, sagen wir in Bezug auf die in Griechenland gestrandeten Flüchtlinge: „Wir schaffen das“.

Dr. Winfried Wolf, Chefredakteur Lunapark21 und FaktenCheck:HELLAS, Wilhelmshorst

Für die Initiative „Zug der Erinnerung“:

Hans-Rüdiger Minow (Vorstandssprecher "Zug der Erinnerung" e.V.) und Tatjana Engel (Vorstand "Zug der Erinnerung" e.V.)

Initiatorinnen und Initiator bzw. Koordination:

Dorothee Vakalis, Thessaloniki; Marie-Dominique Vernhes, Hamburg; Dr. Winfried Wolf, Wilhelmshorst

Unterstützende Organisationen (Stand am 7.4.2016):

Attac Deutschland; Attac Hamburg; Attac München; FC Lampedusa Hamburg; Flüchtlingsrat Hamburg; Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.; HANAU Kein Mensch ist illegal; Initiative Friedrichshain hilft e.V.i.Gr.; Komitee für Grundrechte und Demokratie; Labournet. (Unterschrift bitte an sig@attac.de)

Online-Unterschrift: <http://faktencheckhellas.org/appell/>

Zuschriften an: sig@attac.de

Initiative „Züge der Hoffnung“ - die nächsten Schritte

10. April 2016

(...) Flüchtlinge wurden von Griechenland in die Türkei – gegen jedes internationale Recht – abgeschoben, weitere Abschiebungen drohen. Die Unruhen und Proteste unter Flüchtlingen in Griechenland, denen mit der Schließung der Grenzen jede Perspektive genommen wurde, nehmen von Tag zu Tag zu. In Idomeni setzen heute, am 10. April 2016, Grenzschützer von der FYROM-Seite (Mazedonien) aus massiv Tränengas und Plastikgeschosse gegen Flüchtlinge ein und gefährden deren Gesundheit und Leben.

Deshalb wollen wir dem Appell „Züge der Hoffnung“ schnell Nachdruck verleihen. Folgende Schritte schlagen wir vor:

1. Parallel zu der Unterschriftenaktion wäre es gut, wenn aus einzelnen Bundesländern, Städten oder Gemeinden die **Bereitschaft zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge** geäußert würde. (...)

2. Wir beabsichtigen, die Unterschriften Ende April **der Bundesregierung zu übergeben**. (...) Danach wollen wir unsere Aktivitäten fortführen – bis die Züge – oder andere Verkehrsmittel – in Bewegung gesetzt werden!

3. Wir freuen uns über die Verbreitung dieses Appells, das Werben um Unterschriften (...), über Ideen, Vorschläge, Hinweise, Anmerkungen, eigene Aktivitäten und **Mitarbeit!**

(...) Wir wissen leider nur zu gut: Wenn eines Tages (bald!) die in Griechenland gestrandeten Flüchtlinge per Zug oder mit anderen Verkehrsmitteln nach Deutschland reisen können, wird das nur ein Mosaikstein sein bei den vielen erforderlichen Aktivitäten gegen die „Festung Europa“ und zur Beseitigung der Fluchtursachen. Wir brauchen eine **Koalition der Engagierten**, wir brauchen eine **Plattform**, die der Vernetzung und Kooperation der vielen in dieser Frage aktiven Gruppen und Organisationen dient.

Mit freundlichen Grüßen
Dorothee Vakalis, Marie-Dominique Vernhes, Dr. Winfried Wolf

Flüchtlinge aufnehmen! Stimmen aus Deutschland

Karl Kopp, Europa-Referent der Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl (in einem Interview vom Tagesspiegel)

Die Geflüchteten dürfen die Hoffnung nicht verlieren, dass es legale Wege gibt, der humanitären Katastrophe in Idomeni, aber auch in anderen griechischen Orten wie Piräus zu entkommen. Es muss eine politische und humanitäre Lösung für die Menschen geben, die in Griechenland gestrandet sind. Alle Abwehrmaßnahmen helfen nur den Schleppern.

Diejenigen, die die Balkan-Route dichtgemacht haben, wollen hässliche Bilder aus Idomeni, um Flüchtlinge abzuschrecken. Sie nehmen dafür Katastrophen in Kauf. Der österreichische Außenminister Sebastian Kurz von der ÖVP zum Beispiel, der sich mit seiner Asylpolitik kaum noch unterscheidet vom ungarischen Regierungschef Viktor Orban. Andere setzen auf eine türkische Lösung. Weil es in Europa keine Koalition der Willigen mehr gibt, müssen nun andere Möglichkeiten geprüft werden: Die Regionen **Barcelona** und **Valencia** haben Griechenland Angebote gemacht, schnell Flüchtlinge aufzunehmen. Das kleine **Portugal** hat gesagt: Wir sind bereit, bis zu 10.000 aufzunehmen. **Auch Deutschland muss helfen und legale Ausreisewege für die Menschen in Idomeni eröffnen**, die unter elenden Bedingungen auf eine Grenzöffnung warten, bevor Flüchtlinge umkommen. Mehr

Oliver Trenkamp: Flüchtlinge in Idomeni: Wir müssen das Aushalten ausschalten: *Die Verrohung der öffentlichen Debatte hat zum Glück weite Teile der Gesellschaft noch nicht infiziert. Ärzte und Pfleger arbeiten nach wie vor ehrenamtlich in den Auffanglagern; Lehrer, Erzieher, Schüler sammeln Spenden; Anwälte helfen bei Asylanträgen; Kirchengemeinden, WGs, Familien nehmen Syrer auf; Studenten holen Flüchtlinge im Kofferraum ins Land; Aktivisten heiraten Fremde, um ihnen einen dauerhaften Aufenthalt zu ermöglichen. Viele Deutsche sind im Kopf und im Herzen weiter als ihre gewählten Vertreter und die Befüller der Kommentarspalten. Lasst uns von ihnen Empathie lernen, lasst uns die Bilder von Idomeni, die Toten in der Ägäis nicht hinnehmen. Wir müssen, wir dürfen diese Bilder nicht aushalten. Wir sollten die Flüchtlinge von Idomeni in Deutschland aufnehmen.* Spiegel

Komitee für Grundrechte und Demokratie - Brief an die Bundesregierung, 23.März 2016

Wenn Europa noch glaubwürdig von Menschenrechten reden will, muss es jetzt legale Fluchtwege für alle Flüchtlinge öffnen. Ein sich selbst einzäunendes Europa ist nicht unser Europa. Mehr

Bodo Ramelow, Die Linke:

Da einige unserer Thüringer Erstaufnahmeeinrichtungen gerade nicht genutzt werden, könnte ich mir vorstellen, dass wir in einer koordinierten Aktion Menschen aus Idomeni aufnehmen. Dazu müssten sich mehrere Bundesländer zusammenschließen und der Bund müsste logistische Hilfe leisten und die Visa bereitstellen. Mehr

Simone Peter, Die Grünen, Bericht über ihre Reise nach Idomeni, März 2016:

Auf der Rückreise bin ich noch entschlossener als zuvor: Wir dürfen die Flüchtlinge in Idomeni nicht im Stich lassen. Und wir dürfen Griechenland nicht allein lassen mit dieser Aufgabe. Wir müssen sichere und legale Wege nach Europa schaffen und eine faire Verteilung unter den Mitgliedsstaaten. Idomeni ist eine Schande für Europa. Sie wird nur mit Humanität und Solidarität zu überwinden sein – Solidarität unter den Europäern und Solidarität mit den Flüchtlingen. Solange die nicht gegeben ist, sollte Deutschland im Alleingang die Flüchtlinge aus Idomeni aufnehmen. Die Kapazitäten sind vorhanden, die humanitäre Verpflichtung sowieso. <http://simone-peter.eu/meine-reise-nach-idomeni/>

Web-Seite von Konstantin Wecker: *"Es gibt keine Lösung für die Flüchtlingskrise außer der Behebung der Fluchtursachen. Das allerdings geht nur durch einen fundamentalen Systemwechsel, denn die Flüchtlinge sind eine direkte Folge unseres auf Krieg und Ausbeutung basierenden Wirtschaftssystems. (...) Jetzt ist es an der Zeit, unser Willkommen zu vertiefen und zu erneuern – nicht nur aus Wohltätigkeit, sondern um gemeinsam die zerstörerischen Mechanismen unserer Zivilisation zu verändern. Jetzt ist es an der Zeit, das Willkommen, das unser Herz aussprechen möchte, mit einer Strategie zu verbinden, die für alle zu einem Gewinn und einem Neustart wird. Es gibt hoffnungsvolle Modellprojekte. Eines davon ist **Riace in Italien**: [Hinter den Schlagzeilen](#)*

Unterbringungsmöglichkeiten... für ALLE Obdachlosen, auch für Flüchtlinge

The Guardian: in Westeuropa stehen **11 Millionen Wohnungen leer** – vor allem wegen dem „Bauboom“ in der Tourismusbranche: 3,4 Millionen leere Wohnungen in Spanien, je 2 Millionen in Frankreich und Italien, 1,8 Millionen in Deutschland und 700 000 in Großbritannien Artikel / Fotoreportage vom **«Daily Mail»**, **über 100 aufgegebene Luxushotels** in Graz (Österreich), in Deutschland und Italien..... In Deutschland: Nur noch die Hälfte der Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge sind belegt - 191.000 Betten sind frei Mehr

AUFRUF ZUR SOLIDARITÄT MIT DEN SINTI UND ROMA EUROPAS

Roma und Sinti, Europas größte Minderheit, werden auf dem gesamten Kontinent aufgrund jahrhundertalter Vorurteile **ausgegrenzt und benachteiligt**. Das ist Antiziganismus. Dieser Rassismus gegen Sinti und Roma hat in den vergangenen Jahren europaweit eine neue Dimension erreicht. Auch in Deutschland sind die seit vielen Generationen hier beheimateten Sinti, die in den letzten Jahrzehnten zugewanderten und die derzeit asylsuchenden Roma Antiziganismus in allen Lebensbereichen ausgesetzt. Im Süden und Osten Europas leben die meisten Roma infolge des Antiziganismus in bitterer **Armut**. Bildung, die Chance auf Arbeit und Teilhabe an der Gesellschaft werden ihnen verwehrt. Sie erleben ständige Anfeindungen und **gewaltbereiten Hass** bis hin zum Mord. Von der Flucht in die Staaten Kerneuropas erhoffen sie sich ein menschenwürdiges und sicheres Leben. Doch stoßen sie hier erneut auf Antiziganismus. In der Flüchtlingsdebatte werden Roma zu **Sündenböcken** für die Überforderung der europäischen Gesellschaften gemacht.

Zu viele **Politikerinnen und Politiker** schauen über den Antiziganismus hinweg oder tragen mit romafeindlichen Parolen sogar zur Festigung und Akzeptanz des Rassismus bei. Zahlreiche **Medien** befördern die antiziganistische Stimmungsmache durch eine vorurteilsgeleitete Berichterstattung. **Antiziganismus ist Alltag in Europa. Das ist nicht hinnehmbar!**

Angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen und ihrer Millionen Opfer – darunter mehrere Hunderttausend Roma und Sinti – trägt Deutschland eine besondere Verantwortung für die Wahrung der Menschenrechte. Zugleich versteht sich die aufgrund der Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges gegründete Europäische Union als Gemeinschaft der Werte. Der höchste dieser Werte ist der Schutz der »unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen« (Präambel des Vertrags über die Europäische Union).

Dieses Bekenntnis muss Richtschnur deutschen und europäischen Handelns sein. Deshalb fordern wir:

1. Eine klare öffentliche Verurteilung des Antiziganismus durch die politisch Verantwortlichen in Deutschland und Europa. Alle Politikerinnen und Politiker müssen den Antiziganismus, genauso wie den Antisemitismus, aufs Schärfste öffentlich verurteilen und eine uneingeschränkte Solidarität mit den Sinti und Roma bekunden.

2. Die Anerkennung von Sinti und Roma als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger und die Gewährleistung durch entsprechendes staatliches Handeln.

Benachteiligungen aufgrund der ethnischen Herkunft beim Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnraum sowie Gesundheitsversorgung müssen beendet werden. Entsprechende öffentliche Programme müssen im Dialog und unter maßgeblicher Beteiligung

von Roma und Sinti entwickelt und umgesetzt werden.

3. Die Gewähr von Schutz für aus ihrer Heimat geflohene Roma. Da es für sie keine »sicheren Herkunftsstaaten« gibt, müssen Romaflüchtlinge als gleichberechtigte Antragsteller behandelt, deren Fluchtgründe vollständig und unvoreingenommen geprüft und die bestehenden asylrechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Die gruppenspezifische Verfolgung von Roma darf bei der Prüfung der Asylgründe nicht ausgeblendet werden. Die Stigmatisierung als »Asylbetrüger« muss enden.

4. Die Bekämpfung romafeindlicher Denkmuster und Verhaltensweisen in der europäischen Gesellschaft.

Die einseitige, antiziganistische Berichterstattung muss einem differenzierten Blick weichen, Kultur, Politik und Medien müssen entsprechend sensibilisiert werden. Die Aufklärung über roma- und sintifeindliche Denkmuster muss Eingang in die Erziehung und Bildung finden.

5. Die Würdigung des Beitrags der Sinti und Roma an den Kulturen Europas.

Es ist notwendig, über die Jahrhunderte währende Geschichte der Sinti und Roma in ihren jeweiligen Heimatländern sowie ihren Anteil an der europäischen Kultur und Wirtschaft aufzuklären und daran anzuknüpfen.

<http://www.romaday.org/Aufruf>

**Pro Asyl
zu den "sicheren" Balkan-Ländern**

Flucht und Migration: Kurznachrichten - Videos und Veröffentlichungen

Hellas Solidaritäts Bochum: Reisebereich über IDOMENI und andere Flüchtlingscamps in Griechenland
Stern-TV Bericht über [Idomeni](#)

EU finanzielle Zuwendung für die Flüchtlinge in Griechenland ist unzureichend, [Griechenland Blog](#)

3700 Flüchtlinge sind 2015 ertrunken:

Dying to enter Europe, Video

Die Abriegelung der Balkanroute wird Leben kosten, DIE LINKE / Zahlreiche Vermisste nach Bootsunglück: Vor Libyens Küste ist ein Flüchtlingsboot mit 120 Passagieren gesunken. 32 Menschen konnten gerettet werden. Auf der Mittelmeerroute steigt die Zahl der Migranten an. [Die Zeit](#), 31. März

Die noch gefährlichere Fluchtroute über Libyen, [Pro Asyl](#)

MAROKKO ist kein sicheres Land: Politische Verfolgung seit 2011 verschärft - De Maizière opfert individuelles Asylrecht aus Populismus, [Attac Deutschland](#)
[Pro Asyl](#) zu Marokko, Algerien und Tunesien

Neue Blaupausen aus Brüssel: Einschätzungen von [PRO ASYL](#)

Ausführliche Infos und Analysen:

<http://www.borderline-europe.de/> , <https://www.proasyl.de/thema/>

Bekämpfung der **Fluchtursachen** - [Sand im Getriebe](#) Nr.118

Lokale Initiativen und Projekte für Flüchtlinge: [Übersicht](#)

• [INAMO-HEFT](#) «Migration – Flucht – Fluchtwege»

• **Flucht und Migration: Afrikanische Perspektiven:** Ein Drittel der weltweit Geflüchteten kommt aus Afrika. Doch in Europa interessiert sich kaum jemand für ihr Schicksal.
[Südlink 175.](#)

• **Frontex, Eurosur – die Militarisierung der Abschottung gegen Flüchtlinge, [ISW](#)**

• **Broschüre:** "Auf der Flucht. Fluchtursachen. Festung Europa. Alternativen." [ISW](#)

• Info-Graphiken, Argumentationshilfen u.v.m. [DIE LINKE](#)

Welcome2stay - Erstes Gipfeltreffen unserer Bewegungen vom 10.-12. Juni in Leipzig.

Wir wünschen uns, dass Menschen aus den vielen Willkommensinitiativen, Solidaritätsgruppen, Selbstorganisationen von Geflüchteten, aus den antirassistischen und antifaschistischen Gruppen und Netzwerken und aus den zivilgesellschaftlichen Organisationen nach Leipzig kommen. Lasst uns zusammenkommen, unsere Erfahrungen austauschen, uns ermutigen und voneinander lernen. Geplant sind zwei Tage des Austauschs und der gemeinsamen Diskussion.
<http://welcome2stay.org>

Fidel Castro Ruz Bruder Obama

"Wir haben es nicht nötig, dass das Imperium uns etwas schenkt"

27. März 2016

Die spanischen Könige brachten uns die Konquistadoren und die Eigentümer, deren Spuren man in den kreisförmigen Claims, die den Goldsuchern im Sand der Flüsse für diesen beschämenden Raubbau zugewiesen wurden, aus der Luft immer noch an vielen Orten des Landes erkennen kann.

Der Tourismus besteht heute zum Großteil darin, die Schönheiten der Landschaften zu zeigen und die exquisiten Früchte unserer Meere schmackhaft zu machen, und immer ist das private Kapital der großen ausländischen Unternehmen beteiligt, deren Gewinne, wenn sie nicht Milliarden Dollar erreichen, nicht der Rede wert sind.

Da ich mich gezwungen sah, das Thema anzusprechen, muss ich vor allem für die Jugendlichen hinzufügen, dass nur Wenige sich der Wichtigkeit dieses Umstandes in diesem einzigartigem Moment der Menschheitsgeschichte bewusst sind. Ich würde nicht sagen, dass es zu spät ist, aber ich zögere nicht zu bekräftigen, dass wir nicht genügend informiert sind und weder sie noch wir über das Wissen und Bewusstsein verfügen, das wir haben müssten, um den gegenwärtigen Herausforderungen zu begegnen. Zualtererst muss berücksichtigt werden, dass unser Leben nur ein Wimpernschlag in der Geschichte ist und wir außerdem die Lebensbedürfnisse jeden menschlichen Wesens teilen müssen. Eines seiner Merkmale ist die Tendenz, seine Rolle überzubewerten, was andererseits im Gegensatz zu der außergewöhnlichen Zahl von Menschen steht, die die weitreichendsten Träume verkörpern.

Allerdings ist niemand an sich gut oder schlecht. Keiner von uns ist für die Rolle vorgezeichnet, die er in der revolutionären Gesellschaft einnehmen sollte. Zum Teil hatten wir Kubaner das Privileg, auf das Beispiel **José Martí** zählen zu können. Ich frage mich sogar, ob er in Dos Ríos sterben musste, als er sagte "Für mich ist es Zeit" und gegen die spanischen Streitkräfte stürmte, die im Schützengraben verschanzt eine feste Feuerlinie bildeten. Er wollte nicht in die Vereinigten Staaten zurückkehren und es gab niemanden, der ihn zur Rückkehr hätte bringen können. Jemand hat einige Seiten aus seinem Tagebuch herausgerissen. Wer trägt diese niederträchtige Schuld, zweifellos das Werk eines skrupellosen Intriganten. Differenzen zwischen den Kommandanten sind bekannt, aber niemals Disziplinlosigkeiten. "Wer versucht, sich

Kuba anzueignen, erntet den Staub seiner in Blut getränkten Erde, falls er nicht im Kampf stirbt", verkündete der ruhmvolle schwarze Anführer Antonio Maceo. Man ist sich auch bewusst, dass Maximo Gómez der disziplinierteste und bescheidenste militärische Führer unserer Geschichte war.

Wenn man es aus einem anderen Blickwinkel betrachtet, wie sollte man nicht die Empörung von Bonifacio Byrne bewundern, der von einem entfernten Schiff aus, das ihn nach Kuba zurückbrachte, eine andere Fahne neben der mit dem einsamen Stern wahrnahm und sagte: "Meine Fahne ist jene, die noch nie käuflich gewesen ist ...", um dann sogleich einen der schönsten Sätze hinzuzufügen, die ich jemals gehört habe: "Wenn meine Fahne irgendwann Gefahr droht, in Fetzen zu gehen, werden unsere Toten noch ihre Arme heben und sie zu verteidigen wissen!" Ich werde auch nicht die zündenden Worte vergessen, die Camilo Cienfuegos in jener Nacht sagte, als einige hundert Meter entfernt Panzerfäuste und Maschinengewehre US-amerikanischen Ursprungs in den Händen von Konterrevolutionären auf die Terrasse gerichtet waren, auf der wir uns befanden. Obama wurde im August 1961 geboren, wie er selbst sagte. Mehr als ein halbes Jahrhundert ist seit jenem Moment vergangen.

Schauen wir uns trotzdem einmal an, wie unser berühmter Gast heute denkt: "Ich bin hierher gekommen, um die letzten Spuren des kalten Krieges in den Americas hinter uns zu lassen. Ich bin hierher gekommen, um dem kubanischen Volk in Freundschaft meine Hand zu reichen."

Und sofort ein Schwall von Vorstellungen, die für die Meisten von uns völlig neu waren: "Wir leben beide in einer neuen, von Europäern kolonisierten Welt", fuhr der Präsident der Vereinigten Staaten fort. "Kuba wurde, genau wie die Vereinigten Staaten, von aus Afrika gebrachten Sklaven gegründet. Genau wie die Vereinigten Staaten hat Kuba ein Erbe von Sklaven und Sklavenhaltern."

Die ursprünglichen Einwohner existieren im Denken Obamas nicht. Er sagt auch nicht, dass die **rassistische Diskriminierung von der Revolution beseitigt wurde**; dass **Rente und Lohn** für alle Kubaner von ihr verfügt wurden, bevor Obama zehn Jahre alt wurde. Die verhasste und rassistische bourgeoise Gewohnheit, Handlanger zu beauftragen und die schwarzen Landsleute aus

den Erholungsgebieten zu werfen, wurde von der Revolution abgeschafft. Diese Revolution geht auch wegen jener Schlacht in die Geschichte ein, die sie **in Angola gegen die Apartheid** schlug. Damit wurde auch die Präsenz von Nuklearwaffen auf einem Kontinent mit mehr als einer Milliarde Bewohnern beendet. Dies war zwar nicht Ziel unserer Solidarität, sondern Angola, Mosambik, Guinea Bissau und anderen Völkern unter der faschistischen Kolonialherrschaft Portugals zu helfen.

1961, kaum zwei Jahre und drei Monate nach dem Sieg der Revolution, wurde eine mit Kanonen, gepanzelter Infanterie und Flugzeugen ausgestattete Söldnerarmee ausgebildet und griff, begleitet von Kriegsschiffen und Flugzeugträgern der Vereinigten Staaten, überraschend unser Land an. Nichts kann diese heimtückische Attacke rechtfertigen, die unser Land hunderte Verluste, Tote und Verletzte kostete. Es konnte nicht festgestellt werden, dass auch nur ein einziger Söldner der Pro-Yankee-Überfallsbrigade evakuiert worden wäre. Kampfflugzeuge der USA wurden vor den Vereinten Nationen als Maschinen kubanischer Aufständischer präsentiert.

Die militärische Erfahrung und Stärke dieses Landes ist hinreichend bekannt. In **Afrika** haben sie auch geglaubt, dass das revolutionäre Kuba leicht außer Gefecht zu setzen sei. Der Angriff motorisierter Brigaden des rassistischen Südafrika auf den Süden Angolas brachte sie bis in die Nähe von Luanda, der Hauptstadt des Landes. Hier begann ein Kampf, der sich nicht weniger als 15 Jahre hinzog. Ich würde das nicht einmal erwähnen, wenn ich nicht die elementare Pflicht hätte, auf die Rede Obamas im Gran Teatro de La Habana Alicia Alonso zu antworten.

Ich werde auch nicht versuchen ins Detail zu gehen, sondern nur betonen, dass dort eine ehrenvolle Seite im Kampf um die Befreiung des Menschen geschrieben wurde. In gewisser Weise wünschte ich, dass das Verhalten Obama korrekt wäre. Seine bescheidene Herkunft und seine natürliche Intelligenz sind offensichtlich. Mandela war zu lebenslänglich verurteilt im Gefängnis und verwandelte sich in einen Giganten des Kampfes für die menschliche Würde. Eines Tages bekam ich ein Exemplar des Buches in die Hände, in dem Teile des Lebens von Mandela beschrieben wurden und, welche Überraschung, das Vorwort war von Barack

Obama. Ich habe es rasch durchgeblättert. Es lohnt sich, Menschen wie ihn gekannt zu haben.

Über die Episode in **Südafrika** sollte ich noch eine weitere Erfahrung aufzeigen. Ich war wirklich daran interessiert, mehr Einzelheiten über die Art und Weise zu erfahren, wie die Südafrikaner in den Besitz der **Nuklearwaffen** gekommen waren. Ich hatte nur die sehr präzise Information, dass es nicht mehr als zehn oder zwölf Bomben waren. Eine sichere Quelle wäre der Text des Professors und Forschers **Piero Gleijeses** "Missionen im Konflikt: Havanna, Washington und Afrika 1959–1976" gewesen, eine ausgezeichnete Arbeit. Ich wusste, dass er die sicherste Quelle über das Geschehen war und so sagte ich es ihm. Er antwortete mir, dass er nicht weiter über diese Sache gesprochen hätte, weil er in dem Text auf die Fragen des Genossen **Jorge Risquet** geantwortet habe, der kubanischer Botschafter oder Mitarbeiter in Angola und ein enger Freund von ihm war. Ich machte Risquet ausfindig (... Ich wüsste,) dass Risquet schon betagt und seine Gesundheit nicht optimal sei. Ein paar Tage später geschah, was ich befürchtet hatte. Risquet ging es schlechter und er starb. (...) Aber ich hatte

bereits Informationen bezüglich dieser Waffe und über die **Hilfe, die das rassistische Südafrika von Reagan und Israel** erhalten hatte.

Ich weiß nicht, was Obama jetzt zu dieser Geschichte zu sagen hätte. Ich weiß nicht, was er wusste oder nicht wusste, obwohl es sehr zweifelhaft ist, dass er absolut nichts weiß. Mein bescheidener Vorschlag ist, dass er nachdenkt und jetzt nicht versucht, Theorien über die kubanische Politik zu entwickeln.

Eine wichtige Frage: **Obama** hielt eine Rede, in der er die süßesten Worte benutzte um zu sagen, "**Es ist an der Zeit, die Vergangenheit zu vergessen, lassen wir die Vergangenheit hinter uns, blicken wir in die Zukunft, schauen wir gemeinsam in eine Zukunft der Hoffnung. Und es wird nicht einfach sein, es wird Herausforderungen geben, und denen werden wir Zeit geben; aber mein Aufenthalt hier gibt mir mehr Hoffnungen für das, was wir gemeinsam als Freunde, als Familie, als Nachbarn tun können.**"

Man kann davon ausgehen, dass jeder von uns bei diesen Worten des Präsidenten der Vereinigten Staaten Gefahr lief, einen Herzinfarkt zu bekommen. Nach einer **erbar-**

mungslosen Blockade, die schon fast 60 Jahre andauert! Und diejenigen, die bei den Söldnerangriffen auf kubanische Schiffe und Häfen starben? Ein mitten im Flug gesprengtes Linienflugzeug voller Passagiere, Söldner-Invasionen, zahlreiche Gewalttaten und Zwangsmaßnahmen?

Niemand sollte sich der Illusion hingeben, dass das Volk dieses noblen und opferbereiten Landes auf den Ruhm und die Rechte und auf den geistigen Reichtum, den es mit der Entwicklung von Bildung, Wissenschaft und Kultur gewonnen hat, verzichten wird.

Ich weise außerdem darauf hin, dass wir fähig sind, mit der Anstrengung und der Intelligenz unseres Volkes die Nahrungsmittel und materiellen Reichtümer zu produzieren, die wir brauchen. **Wir haben es nicht nötig, dass das Imperium uns irgendetwas schenkt. Unsere Bemühungen sind legitim und friedvoll, denn wir sind dem Frieden und der Brüderlichkeit aller Menschen verpflichtet, die auf diesem Planeten leben.**

Quelle: Granma Übersetzung: Eva Haule
<https://amerika21.de/dokument/148893/bruder-obama>

Resolutionen der UN-Vollversammlung vom 27.Oktober 2015, vom 28.Oktober 2014, vom 29.Oktober 2013,....

„Notwendigkeit der Beendigung der von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade“

<http://www.un.org/depts/german/gv-70/band1/ar70005.pdf>



The blockader gets blocked.

(Quelle: <http://www.cpcml.ca/Tmld2014/D44087.htm>)

US-Unternehmen wollen in Kuba investieren

<https://amerika21.de/2014/12/110176/us-unternehmen-kuba>

Erste US-Fabrik in Kuba genehmigt

<https://amerika21.de/2016/02/144731/us-fabrik-kuba>

USA lockern Teile der Blockade gegen Kuba

<https://amerika21.de/2016/01/141898/lockerung-blockade-kuba>

ABER auch: USA verhängen erneut Geldstrafe gegen Bank wegen Kuba-Geschäften

Die französische Bank Crédit Agricole hat zugestimmt, mehr als eine Milliarde Dollar an die US-Behörden zu bezahlen. Damit wird ein Rechtsstreit beigelegt, in den die Bank wegen Verletzung der US-amerikanischen Embargobestimmungen bezüglich der Länder Sudan, Iran, Myanmar und Kuba verwickelt ist. (...) BNP Paribas, das größte französische Finanzinstitut, musste im vergangenen Jahr aus ähnlichen Gründen eine Strafe von fast neun Milliarden Dollar zahlen. Crédit Suisse und die deutsche Commerzbank wurden ebenfalls sanktioniert. Die Commerzbank sollte ursprünglich eine Strafzahlung in Höhe von einer Milliarde US-Dollar leisten, einigte sich später mit den US-Behörden jedoch auf einen Betrag von 650 Millionen US-Dollar.

Obwohl Kuba im Mai dieses Jahres von der US-Terrorliste gestrichen wurde, verbieten die geltenden Blockadegesetze immer noch die Benutzung des Dollars bei internationalen Transaktionen.

<https://amerika21.de/2015/10/134655/geldstrafe-bank-kuba>

Ángel Guerra Cabrera

Der US-Präsident hat stillschweigend anerkannt, dass die bisherige Politik der USA den kubanischen Sozialismus nicht besiegen konnte



Der Besuch von US-Präsident Barack Obama in Kuba ist Teil eines besonderen Prozesses. Es ist der lange und dornenreiche Weg hin zu einer möglichen Normalisierung der Beziehungen zwischen zwei Regierungen mit unabänderlich antagonistischen Sichtweisen in grundlegenden Aspekten der Politik, Wirtschaft, Kultur und internationalen Beziehungen; der Konzeptionen von Menschenrechten, Freiheit und Demokratie. Und diese Regierungen versuchen dennoch, mittels der Diplomatie Übereinstimmungen in ihren Interessen und Standpunkten zu finden, um ein friedliches Zusammenleben zu erreichen.

Als Obama – zeitgleich mit seinem Amtskollegen Raúl Castro – ankündigte, dass beide Länder beschlossen haben, die diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen, argumentierte er, dass die frühere Politik Washingtons gegenüber Havanna "nicht funktioniert hat" und daher verändert werden müsse. **Er sagte nicht, dass es eine unmoralische Politik war, die Internationales Recht verletzt hat**, deren erklärtes Ziel laut freigegebenen Dokumenten war, das kubanische Volk durch Hunger zu bezwingen, eine Politik, die tausende Tote gefordert und den Kubanern der Insel schweren Mangel auferlegt hat.

Aber indem er die Nutzlosigkeit dieser Politik feststellte, erkannte er stillschweigend an, dass die Hetzjagden, die terroristische Aktionen – einschließlich einer Invasion – ebenso wie die seit mehr als einem halben Jahrhundert andauernde Blockade darin gescheitert sind, den kubanischen Sozialismus zu besiegen.

Diese Anerkennung ist eine Tatsache von offenkundiger Bedeutung, die von Obamas politischer Intelligenz und Realismus zeugt. Zugleich ist es ein unumstößlicher Beweis, dass es vor allen Dingen der heroische und siegreiche **Widerstand des kubanischen Volkes** während mehr als fünf Jahrzehnten

gewesen ist, der zu diesem Politikwechsel des mächtigen Nachbarn im Norden geführt hat.

Der andere Umstand, der zu diesem Kurswechsel beigetragen hat, war die **einstimmige Haltung der Staats- und Regierungschefs Lateinamerika und der Karibik**, die sich beim Amerikagipfel in Port of Spain in Trinidad und Tobago unübersehbar zeigte; **sie forderten von Obama einheitlich das Ende der Blockade** und bekräftigten, dass die Zusammenkünfte nicht länger in Abwesenheit Kubas durchgeführt werden können.

Diese Ankündigung der lateinamerikanisch-karibischen Regierungen hatte die Unterstützung ihrer Völker, deren Solidarität mit Kuba unveränderlich gewesen ist, ein Umstand, der sich auch mit Blick auf andere Völker der Welt belegen lässt. Man darf auch nicht vergessen, dass die Mehrheit der US-Amerikaner für eine Normalisierung der Beziehungen zu dem Inselstaat ist. Darüber hinaus ist die wachsende Ablehnung der Blockade seitens der Unternehmenschaft der USA offensichtlich, die darauf brennt, **Geschäfte in Kuba zu machen** und inmitten einer internationalen Wirtschaftskrise ohne absehbares Ende auf diesem Gebiet nicht von anderen Mächten abgehängt werden will. Auch gibt es im US-Kongress eine wachsende Mehrheit in diesem Sinn.

Man muss betonen, dass Obama mit der Anerkennung des Scheiterns der US-Politik gegenüber Kuba sehr klar stellte, dass die USA mit ihrem neuen Kurs **"die selben Ziele"** weiter verfolgen. Das heißt, er bekannte ganz offen, dass Washington – um es mit meinem Freund, dem kubanischen Schriftsteller Ambrosio Fornet zu sagen – jetzt "im Guten" weiter verfolgen wird, was es bisher "im Schlechten" versucht hat zu erreichen. Kurz gesagt, den berühmten Regime-Wechsel, von dem die US-Elite so besessen ist.

Es besteht kein Zweifel daran, dass der Dialog, die Diplomatie und die Schaffung von Übereinkünften, so mühsam dies auch sein mag, für die Interessen sowohl Kubas als auch der USA viel besser sind als der virtuelle Zustand des nicht erklärten Krieges, der von den USA seit so langer Zeit aufgezungen worden ist. Für Kuba beinhaltet dies **große Risiken**, aber es ist revolutionär, sie zu akzeptieren und ihnen mit allem Anforderungen, die sie in der Schlacht um die kulturelle Hegemonie mit sich bringen, entgegenzutreten.

Die Maßnahmen, die Obama bisher ergriffen hat, beseitigen die Blockade nicht, auch wenn sie zu Rissen geführt haben, und sie sind vor allem darauf gerichtet, den Privatsektor zu stärken und nicht auf den Austausch mit der kubanischen Wirtschaft insgesamt. Denn Washington betrachtet diesen Sektor fälschlich als die zukünftige politische Basis des "Übergangs" hin zum Kapitalismus in Kuba.

Der Besuch in Kuba findet kurz nach der Erneuerung des erniedrigenden **Dekrets gegen Venezuela** statt, dem sehr engen Verbündeten Kubas, und ihm folgt ein Aufenthalt in Argentinien, dessen Regierung heute das trojanische Pferd des Neoliberalismus in der Region ist.

Es steht weiter an, dass Washington die Blockade beendet, sich aus Guantánamo zurückzieht, die illegalen Versuche einstellt, eine interne Opposition aufzubauen und die gleichfalls illegalen Propagandaübertragungen gegen Kuba beendet

[amerika 21](#) Übersetzung: Eva Haule

Tourist als Kopfgeldjäger: Die USA verbieten ihren Bürgern Urlaub in Kuba. Trotzdem sollen diese dort Menschen denunzieren, Von Volker Hermsdorf, [jw](#)

Attac Österreich verurteilt den Mord an Berta Cáceres in Honduras und solidarisiert sich mit der indigenen Organisation COPINH.

In der Nacht vom 2. auf 3. März wurde Berta Cáceres in ihrer Heimatstadt La Esperanza von Unbekannten ermordet. Die 43-jährige indigene Frau und vierfache Mutter war Gründerin und Koordinatorin der Lenca-Organisation COPINH (Ziviler Rat der Volks- und indigenen Organisationen von Honduras) und eine der wichtigsten und bekanntesten Umwelt- und Menschenrechtsaktivist*innen Lateinamerikas.

Berta Cáceres



„ 30 Prozent des Territoriums von Honduras wurden an multinationale Minenbetreiber oder Wasserkraftwerke ausgeliefert. Es gibt mehr als 300 illegale Unternehmen, die in der vorherrschenden Korruption und ohne Einverständnis der Bevölkerungsgruppen prosperieren. Das Konfliktpotential ist hoch. Die größte nordamerikanische Militärbasis der Region ist in Honduras und die Militarisierung ist seit dem Staatsstreich von 2009 sogar noch angewachsen. Das betrifft besonders die Region Mosquiza, ein unermesslich reichhaltiges und fruchtbares Gebiet in Honduras, Territorium von vier indigenen Bevölkerungsgruppen. Ein Ort großer Reichtümer an Wasser, Erdöl und Biodiversität. Sie haben uns gesagt, dass es in Honduras kein Erdöl gibt, doch es ist da. Und darum wurde ein großer Teil des territorialen sowie des Meeresgebietes der Mosquiza in Konzessionen an die transnationale British Gas Group vergeben. Das Gesetz über Fischerei und Landwirtschaft wird darüber hinaus die Vergabe von Konzessionen zur Nutzung des Meeres an die großen Unternehmen erlauben.

Honduras ist ein Lehrstück dafür, wie die Souveränität per Lizenz an Multinationale und an nordamerikanischen Militärbasen abgetreten wird. „ (Auszüge aus ihrem letzten Interview, [amerika21](#))

08.03.2016 **Attac Österreich**

Attac Österreich als Teil des europäischen Attac Netzwerks und Teil der Bewegung „System Change, not Climate Change!“ verurteilt den Mord an Berta Cáceres und solidarisiert sich mit COPINH.

Diejenigen, die Berta kennenlernen durften – in Honduras oder auch während ihres Besuchs in Wien (2012) – schätzten sie sehr hoch für ihre Herzlichkeit, ihre Energie, die

Klarheit ihrer Worte und Aktionen (...) Sie ließ sich trotz Geldangeboten und trotz unzähligen Morddrohungen gegenüber ihrer Person sowie ihrer Familie nie einschüchtern, ging keine falschen Kompromisse ein, sondern setzte sich unaufhörlich für ihre Kamerad*innen in den indigenen Dörfern ein.

Die indigene Basisbewegung wehrt sich seit Jahrzehnten gegen den Ausverkauf ihres Territoriums, insbesondere gegen die rund 40 **Staudämme**, die derzeit in Planung oder Umsetzung sind, ebenso wie die Dutzenden **Bergbauprojekte**, gegen die **Rodung der Wälder** und weitere neo-koloniale Maßnahmen, die die souveräne Gestaltung und den Schutz des Lebensraums der Lenca untergraben (wie z. B. auch das Wald-Programm REDD+, die Militarisierung, etc.). Insbesondere in Zusammenhang mit dem **Widerstand gegen das Wasserkraftwerk Agua Zarca** wurde Berta des Öfteren die „Mutter der Flüsse“ genannt. In ihrer Rede bei der Preisverleihung des Goldman Preises, einem der weltweit bedeutendsten Umweltpreisen, welchen sie 2015 verliehen bekam, erklärte sie, warum sie ihr Leben diesem Kampf widmete:

„In unseren Weltanschauungen sind wir Wesen, die aus der Erde, dem Wasser und dem Mais entstanden sind. Als Lenca sind wir seit Generationen Hüter der Flüsse, beschützt außerdem von den Geistern der Mädchen. Diese zeigen uns, was es bedeutet, auf verschiedene Weise das eigene Leben der Verteidigung der Flüsse zu widmen, nämlich, das Leben für das Wohl der Menschheit und dieses Planeten zu geben.“

Die Ermordung Bertas ist Teil der systematischen Kampagne gegen sie und COPINH, um deren unbequemen Widerstand zu brechen. Darunter fielen die Ermordung vieler weiterer Mitglieder von COPINH in den letzten Jahren, ebenso wie unzählige Morddrohungen, die Kriminalisierung der Staudamm-Gegner*innen, das Einleiten von Gerichtsverfahren gegen Berta Cáceres, welche aufgrund nicht existenter Beweise für die Beschuldigungen fallen gelassen werden mussten, und mehrere Mordversuche.

Obwohl die vielzähligen Menschenrechtsverletzungen und die systematische Gewalt an Berta und COPINH in direktem Zusammenhang mit dem **Staudammprojekt Agua Zarca** stehen, sind weiterhin mehrere

europäische Firmen und Unternehmen nicht bereit, sich aus dem Bauvorhaben und der Finanzierung zurückzuziehen. Darunter befinden sich **Siemens** und **Voith Hydro**, sowie die holländische Entwicklungsbank **FMO** und die finnländische Entwicklungsbank **Finnfund**. (...)

Wir fordern von der honduranischen Regierung, sich für eine rasche und gründliche **Aufklärung des Mordes** einzusetzen. Die gängige Praxis, COPINH-Mitglieder zu kriminalisieren, und wie aktuell im Fall der Ermordung Bertas als Täter zu verleumden und einzuschüchtern, muss ein Ende haben. Wir fordern **Sicherheit und Rechtsschutz für den einzigen Zeugen** des Mordes, dem mexikanischen Menschenrechtsverteidiger Gustavo Castro, sowie für alle Menschenrechtsverteidiger*innen in Honduras und weltweit.

Wir schließen uns der Forderung COPINHs an, **das sich die europäischen Firmen und Banken aus dem Staudammprojekt Agua Zarca zurückziehen sollen.**

Wir solidarisieren uns mit COPINH, den Kindern von Berta, ihrer Mutter und allen Angehörigen und wünschen ihnen viel Kraft, damit diese auch ohne Berta ihre immens wichtige Arbeit für eine lebenswerte, selbstbestimmte, solidarische Gesellschaft fortführen können.

17.März: Mitstreiter von Berta Cáceres in Honduras ermordet -

Gewaltsame Räumung von 150 Familien vor dem Mord. **Investoren (FMO und Finnfund) ziehen sich aus Staudammprojekt zurück**

[amerika21](#)

Über das Staudammprojekt Agua Zarca: Oxfam

**Weltsozialforum in Montreal,
9.- 14. August 2016**



Thematische Achsen:

<https://fsm2016.org/en/sinformer/axes-thematiques-2016/>

Film von Karin Leukefeld und Markus Matzel, antikriegTV Was von Kriegen übrig bleibt - Irak, Syrien, Jemen

Irak, Syrien, Jemen – der Mittlere Osten geht in Flammen auf. Armeen aus aller Welt kämpfen im Hexenkessel der Weltgeschichte. Schon ist die Katastrophe in Europa angekommen: Anschläge in Paris, Brüssel und in der Türkei – während Millionen Menschen auf der Flucht sind, auf der Suche nach Sicherheit und Frieden. Inmitten des arabischen Flächenbrandes boomt die Waffenindustrie. Unter dem Motto "Sicherheit und Verteidigung" werden alle zwei Jahre in Abu Dhabi die neuesten Waffen präsentiert.

Unbeeindruckt vom Sterben betreiben Waffenproduzenten aus aller Welt das Geschäft mit dem Tod: Drohnen zu Luft, zu Land und zu Wasser sind der Verkaufsschlager, sagt ein Aussteller. "Es ist wie ein Compu-

<http://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/sendung/was-von-kriegen-uebrig-bleibt-100.html>

terspiel, ganz einfach. Sie drücken den Knopf und schon wird gefeuert." Investiert wird auch in Überwachungssysteme, die lokal, regional und international "alles im Blick" haben. Robotersoldaten werden entwickelt, sogar Atomwaffen werden modernisiert.

Die Folgen des Kriegs im Irak

Markus Matzel und Karin Leukefeld haben den Kriegsschauplatz Irak besucht, der wie kaum ein anderes Land in den letzten 35 Jahren von Kriegen überzogen wurde. Bis heute zerstören die eingesetzten Waffen das Leben der Menschen, vor allem neu geborener Kinder, und der Umwelt. Besonders schädlich erweist sich **Uranmunition**, die in **Afghanistan, Jugoslawien** und im **Irak**

in großen Mengen verschossen wurde. Von der internationalen Gemeinschaft fühlen sich die Menschen im Irak mit ihrem Leid allein gelassen. Verantwortung übernehmen stattdessen Einzelpersonen und zivilgesellschaftliche Gruppen oder Soldaten, die die Schrecken des Krieges erlebt haben. Die Filmemacher begleiten einen Arzt, der die Landbevölkerung in den südirakischen Sümpfen versorgt. Sie sprechen mit Medizinern und Wissenschaftlern, die den Anstieg der Krebsraten dokumentieren und treffen einen ehemaligen US-Soldaten, der beim Angriff auf die irakische Stadt Falluja eingesetzt war.

Film von Karin Leukefeld und Markus Matzel
<https://www.youtube.com/watch?v=iaut3-gD19w>

Mohssen Massarrat Kriege werden mit Lügen legitimiert Rede auf dem Ostermarsch am 26. März 2016 in Berlin

Die Menschheit war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Zeuge von zwei Weltkriegen mit ca. 30 Millionen Toten und der Vernichtung ganzer Erdteile. Dann musste sie in der zweiten Hälfte desselben Jahrhunderts erleben, dass der Kalte Krieg ein gigantisches nukleares Wettrüsten zwischen den zwei Machtblöcken, USA und Sowjetunion, hervorgerufen hat. Das Ergebnis waren über 20.000 Atombomben, die ausreichten, um den Planeten Erde mehrfach zu zerstören.

Nach dem Ende der Blockkonfrontation wurden zwar ein Teil der **Atomwaffen** verschrottet, ein anderer Teil aber sehr aufwendig modernisiert. Die Waffenproduzenten in den USA haben mit aller Macht die mit Gorbatschow vereinbarte atomare Abrüstung verhindert.

Doch damit nicht genug. Sie haben sich einen neuen Trick ausgedacht, um ein neues nukleares Wettrüsten in Gang zu setzen. Die Weltraum gestützten Raketenabwehrsysteme mit neuen Stützpunkten in Europa, z.B. in Polen, wurden entwickelt. Damit sollte Russland gezwungen werden mitzuziehen. Die USA haben in den letzten zwanzig Jahren ihre Rüstungsausgaben bis zu 800 Mrd. Dollar im Jahr massiv erhöht, und ihre Militärstützpunkte in allen Erdteilen von ca. 200 auf 800 erweitert.

Nach dem Ende des Kalten Krieges erleben wir eine Welle von **regionalen Kriegen**, vor allem im Mittleren Osten, mit millionenfachen Todesopfern und der Zerstörung von ganzen Städten und der Umwelt. In allen diesen Kriegen hatten die Vereinigten

Staaten ihre Hand mit im Spiel. Das ist wohl wahr und unbestritten. Den rückwärts-gewandten imperialistischen Kräften in den USA ging es zweifelsohne und geht es immer noch um die **Kontrolle des Öls** im Mittleren Osten und um die Vorherrschaft in Europa und der ganzen Welt. Wahr ist aber auch, dass hinter allen Kriegen, seit der Industrialisierung in Europa und Nordamerika, die Waffenindustrie - der so genannte **militärisch-industrielle Komplex** - steht, der um seines eigenen Überlebens willen, nichts Anderes tut als Waffen zu produzieren und die Regierungen, allen voran die Regierung der USA, zu immer neuen Kriegen anzustacheln.

Dabei schreckt der Rüstungssektor, der ökonomisch gesehen eine gigantische Vernichtungsmaschinerie ist, vor nichts zurück. Mal malen die von der Rüstungsindustrie finanzierten Think Tanks die kommunistische Bedrohung an die Wand, mal die gelbe Gefahr oder die Bedrohung durch den Islam.

Auch die permanente Gehirnwäsche durch die Propaganda der von ihnen abhängigen **Medien** und offensichtliche Lügen gehören zu den Werkzeugen der Waffenindustrie. Alle großen Kriege in den letzten fünfzig Jahren wurden **mit Lügen legitimiert**: Der **Vietnamkrieg** wurde mit der dreisten Lüge begonnen, das US-Schiff Maddox sei im Golf von Tonkin beschossen worden, der **Irakkrieg** wurde mit der Lüge legitimiert, Saddam Husseins Massenvernichtungswaffen bedrohten den Weltfrieden. Heute, 13 Jahre danach, hat die Welt noch

alle Hände voll zu tun, mit den Folgen dieses Krieges fertig zu werden, mühevoll in Syrien einen Frieden herzustellen und die barbarischen Kriminellen, die sich „islamischer Staat“ nennen, einzudämmen. Und schon sind die Strategen der Waffenindustrie wieder dabei, davon bin ich felsenfest überzeugt, neue Kriege zu planen.

Um aber Kriege aus der Welt zu verbannen, reicht es deshalb überhaupt nicht aus, das Verbot von Waffenexporten in „Spannungsgebiete“ zu fordern. **Es ist an der Zeit, die Hauptursache von Kriegen, nämlich die Produktion von kriegstauglichen Waffen, zu stoppen.**

Waffenproduktion stürzt die Welt immer wieder in neue Kriege, sie wird auch in der Zukunft Millionen und Abermillionen Menschen töten. Deshalb ist es absolut unmoralisch, wenn Regierungen, aber auch Teile von Gewerkschaften, die Herstellung von Waffen mit der Erhaltung von Arbeitsplätzen legitimieren.

Deshalb fordern wir **die Gewerkschaften** in Deutschland, in Europa, in den USA, in Russland, in China und in der ganzen Welt auf, zusammen mit der internationalen Friedensbewegung für weltweit hunderte von Millionen Menschen **alternative Beschäftigungsmodelle** zu erarbeiten und mit uns an der vordersten **Front für das Verbot von kriegstauglichen Waffen** zu kämpfen. Die Welt braucht jetzt eine Kultur gegen die Waffenproduktion. Zu allererst aber müsste sie überall in der Welt durch moralische Instanzen geächtet werden.

11. Juni 2016: Aktionstag gegen Militär-Propaganda

Friedensgruppen rufen zum Protest gegen den „Tag der Bundeswehr“ am 11.6.2016 auf: Sie fordern, die Propaganda-Veranstaltung abzusagen und die Rekrutierung von Jugendlichen und die Bewerbung von Kindern zu beenden. „Keinen Tag der Bundeswehr“ ist das Motto des Aktionstages. www.kein-tag-der-bundeswehr.de

70 000 Menschen bei der Anti-Atomwaffen-Demonstration in London am 27. Februar 2016.

Weltnetz.tv zeigt diese beeindruckende Demonstration gegen die Erneuerung des britischen Atomwaffenarsenals.

Zu dem **englischen Trident-Programm** gehören momentan 4 Atom-U-Boote, die im Westen Schottlands stationiert sind und die den "Schutz des Landes vor Atomschlägen gewährleisten sollen". Mindestens eines der vier U-Boote patrouilliert 24 Stunden am Tag in den Weltmeeren. Die engli-

sche Regierung möchte die Trident-U-Boote gegen sogenannte Successor-U-Boote austauschen. Nach Regierungsangaben würde dies ca. **30 Milliarden Pfund kosten**, wobei Kernwaffengegner diesen Betrag auf mehr als 150 Milliarden schätzen. Neben den Kosten wies **Jeremy Corbyn** auch auf den Irrsinn von Atomwaffen hin: "Wenn ein Atomkrieg stattfinden würde, würde es Massenvernichtung auf beiden

Seiten des Konflikts geben. Jeder sollte an die humanitären Auswirkungen auf die Menschen in aller Welt denken, wenn sie jemals benutzt würden." Das Parlament will Ende 2016 über die Modernisierung entscheiden.

Zweites Video mit den Reden von Jeremy Corbyn und Reiner Braun

Ob das ein April-Scherz war ?

Obama hatte 2009 in Prag die **Abschaffung aller Atomwaffen** versprochen. Stattdessen werden überall Atomwaffen "modernisiert", auch die US-Waffen in Büchel. Und eine neue Welle von AKWs ist global auf dem Weg. **Sie posieren ja nur am 1. April.....(PS,SiG)**

IPPNW: 85% gegen Atomwaffen

Eine überwältigende Mehrheit von 85% der Bundesbürger spricht sich dafür aus, dass die auf deutschem Boden gelagerten Atomwaffen abgezogen werden. 93% befürworten nach der neuesten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa, dass Atomwaffen, ähnlich wie Chemie- und Biowaffen, völkerrechtlich verboten werden sollen. 88% sprechen sich dagegen aus, dass die USA die in Deutschland gelagerten Atomwaffen durch neue und einsatzfähigere Waffen ersetzen, wie es für das Jahr 2020 geplant ist.

„Dies verstehen wir als klaren Auftrag der Bevölkerung an die Bundesregierung, endlich den Bundestagsbeschluss vom 26. März 2010 umzusetzen. Vor fast genau 6 Jahren hatten die Bundestagsabgeordneten fraktionsübergreifend den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland und den engagierten Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt gefordert“, bekräftigt Inga Blum, Vorstandsmitglied der deutschen Sektion der Internationalen Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs (IPPNW). Die IPPNW hatte die Umfrage in Auftrag gegeben, bei der am 17./18. März 2016 etwa 1.000 Bundesbürger befragt wurden.



Die Kampagne "atomwaffenfrei jetzt" startet

mit neuen Initiativen und braucht Unterstützung:
<http://www.atomwaffenfrei.de/>

In Büchel lagern zwanzig Atomwaffen.

Zwanzig Wochen (vom 26. März bis zum 9. August) sollen Gruppen mit ihren jeweiligen Symbolen Mahnwachen halten oder andere gewaltfreie Aktionen durchführen. Es entsteht eine dauerhafte Friedenswiese mit Symbolen für den Frieden. Darüber hinaus werden alle aufgefordert, eine Selbstverpflichtung zu unterschreiben.

Felix Werdemann: Die große Mehrheit der Deutschen will, dass die US-Atombomben aus Büchel verschwinden und Nuklearwaffen verboten werden. Was macht die Bundesregierung?



Mitmachen!

Unterzeichne den Aufruf!



Kampagne

Stopp Ramstein: Kein Drohnenkrieg!

„Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“

10.-12. Juni 2016

www.ramstein-kampagne.eu

Delegation des Europäischen Parlaments für Beziehungen mit Palästina Die israelische Zerstörung der mit Mitteln der EU finanzierten humanitären Strukturen muss aufhören

Ostjerusalem, 11. Februar 2016.

Nach einem viertägigen offiziellen Besuch drückte die Delegation des Europäischen Parlaments für Beziehungen mit Palästina ihre **Bestürzung** über die sich verschlimmernde Situation vor Ort aus.

"Die Strategien der israelischen Besatzung stellen eine direkte Bedrohung für die Zwei-staaten-Lösung dar. Die Ausdehnung der Siedlungen, Zerstörungen, Vertreibungen und Zwangsräumungen müssen sofort aufhören", sagte die Vorsitzende der Delegation, Martima Anderson. *"Die Palästinenser brauchen Hoffnung, Freiheit und Menschenrechte. Der Weg dahin ist, die Besatzung zu beenden."*

Gemäß der **EU-Richtlinien bezüglich Kennzeichnung von Waren, die aus den seit 1967 durch Israel besetzten Gebieten kommen**, stellte die EU-Delegation Überlegungen an, welche weitere Maßnahmen die EU ergreifen sollte, um dem internationalen Recht und der EU-Gesetzgebung Geltung zu verschaffen.

"Die EU muss ein Spieler, kein Zahler sein (player, not payer). Wir sind empört, dass Israel in steigender Zahl humanitäre Hilfsprojekte zerstört, die von Steuerzahlern aus der EU finanziert wurden. Die

Menschen verlieren ihre Häuser bei Kälte und dem Regen. Die israelischen Übergriffe verstoßen gegen internationales Recht und zeigen Missachtung der EU, Israels größtem Handelspartner", sagte die Vorsitzende Anderson.

Internationale Organisationen berichteten uns, dass israelische Behörden immer heftiger willkürlich humanitäre, von der EU finanzierte Hilfsprojekte angreifen, offenbar als Vergeltung für die EU-Richtlinien zur Kennzeichnung von Waren, die aus den israelischen Siedlungen kommen. Diese Zerstörungen treffen die ländlichen Beduindörfer besonders hart.

Mitglieder des Europäischen Parlamentes drückten ihre Bedenken aus gegen die Anordnung von **Administrativhaft** ohne formelle Anklagen. Der Fall von **Mohammed Al-Qiq**, einem Journalisten, der sich seit 79 Tagen im Hungerstreik befindet, ist besonders alarmierend. Über 500 weitere Palästinenser, darunter Minderjährige, sind derzeit in Administrativhaft.

"Die innerpalästinensische Einigung ist dringender denn je. Wahlen müssen so bald wie möglich abgehalten werden. Eine ver-

einte palästinensische Führung ist wichtig für die Zweistaaten-Lösung und für die Zukunft der palästinensischen Jugend", sagte Frau Anderson.

Die israelischen Behörden verweigerten erneut der Delegation den Zugang nach Gaza. Seit 2011 hatte das Europäische Parlament keine Genehmigung erhalten.

"Das ist inakzeptabel", sagte die Vorsitzende Anderson.

Die überparteiliche EU-Delegation für Beziehungen mit Palästina war von Montag, 8. bis Freitag, 12. Februar, in der Westbank. Die Gruppe traf sich mit hochrangigen palästinensischen Politikern und mit Vertretern der Zivilgesellschaft in Ostjerusalem, Ramallah, Hebron, Susya, Abu Nwar, Jabal al Baba und dem Jordantal, sowie mit UN-Partnern.

Diese Erklärung wird unterstützt von Martina Anderson (Vorsitzende der Delegation, GUE/NGL), Margrete Auken (Stellvertretende Vorsitzende der Delegation, Greens), Eugen Freund (S&D), Patrick Le Hyaric (GUE/NGL) und Rosa D'Amato (EFDD). (Aus dem Englischen übersetzt von Inga Gelsdorf)

Israel: Zwei Kriegsdienstverweigerinnen in Haft - Proteste erbeten

Tair Kaminer, eine 19-jährige Kriegsdienstverweigerin, ist am 27. März 2016 wieder für ihre Weigerung, in der Armee zu dienen, inhaftiert worden. Es ist das vierte Mal, dass sie für ihre Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen im Gefängnis ist. Diesmal wurde sie zu 20 Tagen Freiheitsentzug verurteilt. Ihre erste Haftstrafe hatte sie am 10. Januar 2016 angetreten. Seitdem ist sie 75 Tage im Militärgefängnis gewesen. (s. ihre Erklärung in SiG 118)

Am 29. März 2016 wurde zudem die 19-jährige Kriegsdienstverweigerin **Aiden Katri** zu einer ersten Haftstrafe von sieben Tagen Haft verurteilt. <http://www.dfg-vk-hessen.de/bildungswerk/israel-kdv/tair-kaminer/>

Susan Abulhawa: Während die Welt schlief

"Das erste englischsprachige Buch („Mornings in Jenin“), dem es gelingt, der palästinensischen Tragödie und ihrer menschlichen Seite in vollem Maße Ausdruck zu verleihen." -- The Times

Susan Abulhawa erzählt die Geschichte einer palästinensischen Familie über vier Generationen – 1948 aus ihrem Dorf durch die israelischen Soldaten vertrieben fanden sie in Jenin Zuflucht, immer wieder hoffend, dass sie bald zurückkehren könnten. Die Besatzung des restlichen Palästinas 1967 machte diesen Traum zunichte und hatte schwerwiegende Folgen für Familienmitglieder, die Bombardierungen und Mißhandlungen erlitten. *„Als ich die überstürzt errichteten israelischen Wachtürme erblickte, die die Landschaft nun prägten, hatte ich das Gefühl, Jahre hätten sich zu Wochen verdichtet – ein schrecklicher, endloser Traum. Der erdige Geschmack des Todes war allgegenwärtig, und blutbefleckte Erde, der ekelhaft süßliche Geruch von Verwesung und von versengtem Boden gruben sich in Bildfetzen in meine Erinnerung an diese Tage ein. (...) Wir waren Flüchtlinge, alle. (...) Jetzt galten unsere Hoffnungen der Freiheit. Anfangs waren wir noch zuversichtlich gewesen, nach Hause zurückkehren zu können, nun bettelten wir um Grundrechte. (...)“*

Susan Abulhawa, geb. 1970 in Kuwait, ist eine amerikanisch-palästinensische Schriftstellerin und Friedensaktivistin Gründerin einer Nicht-Regierungs-Organisation für Kinder in Flüchtlingslagern: „Playgrounds for Palestine“ – auch im Libanon. s. ihren Aufsatz „Die Abscheuliche Heuchelei des Westens“, - 1. Juli 2014 in [Kritisches Netzwerk](#)



Sophia Deeg

Zehn Jahre Boycott - Divestment - Sanctions (BDS)

Im Visier die Profiteure und Normalisierer von Besatzung, Apartheid und Vertreibung

Die Kampagne gegen die israelische Besatzung Palästinas ist international erfolgreich.

Als zu Anfang der 2000er Jahre Palästinenser innerhalb und außerhalb Palästinas ihre Illusionen über den Oslo-Prozess, «die internationale Staatengemeinschaft» und die eigene korrupte Führung begruben und über eine wirksame Strategie von unten nachdachten, rieten südafrikanische Antiapartheidaktivisten zu einer ähnlichen internationalen Kampagne für gleiche Rechte wie die, die in Südafrika zum Erfolg geführt hatte.

Wenig später, im Juli 2005, rief ein **breites Bündnis** palästinensischer zivilgesellschaftlicher Gruppen und Organisationen dazu auf, israelische und internationale Unternehmen, die von der Besatzung, Entrechtung und Vertreibung der Palästinenser profitieren, so lange zu boykottieren sowie mit Kapitalentzug und Sanktionen zu belegen, wie Israel seinen Verpflichtungen nach internationalem Recht nicht nachkommt. (1)

(...) Alle paar Monate verzeichnet die Kampagne international oder national bedeutende **Erfolge**, zieht sich hier ein Unternehmen aus einer Kooperation zurück, weigern sich dort Hafenarbeiter, Schiffe mit israelischen Waren (2014 in Oakland und an der US-Westküste) oder für Israel bestimmte Waffen (2008 in Griechenland) einlaufen zu lassen bzw. zu entladen, verkünden prominente Intellektuelle und Künstler wie Judith Butler, Naomi Klein oder Ken Loach, sich dem Boykottaufruf der Palästinenser anzuschließen, solange Israel die Menschenrechte mit Füßen tritt.

Warum der Fokus auf Israel?

In der Tat sind die Verhältnisse anderswo für die ihnen ausgelieferte Bevölkerung verheerender als, teilweise, in Israel/Palästina und in den palästinensischen Flüchtlingslagern. Andere internationale zivilgesellschaftliche Kampagnen gegen Konzerne oder eine Politik, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, sind deshalb genauso legitim wie BDS.

Eine **Besonderheit** im Verhältnis Israels zu Europa – insbesondere zu Deutschland – und den USA ist allerdings seine «Nähe zu uns» sowie seine Pionierrolle hinsichtlich von Techniken und Strategien der Bevölkerungskontrolle und des «warehousing» (2), wie es **Jeff Halper vom Israeli Committee Against House Demolitions** genannt hat: also der «Zwischenlagerung» einer Bevölkerung, die in einem Zustand der Rechtlosigkeit und ohne politische Stimme irgendwo eingefriedet vegetiert, durch internatio-

nale Hilfe am Verhungern gehindert und, falls sie sich auflehnt, gelegentlich auch bombardiert wird, am besten von Ferne, per Joystick. Darin ist Israel nicht besonders «schlimm», sondern schlicht beispielhaft für ähnliche Techniken und eine ähnliche Politik weltweit.

BDS drischt also nicht auf Israel ein, vielmehr zeigt die Kampagne auf, inwiefern wir involviert und mitverantwortlich sind – und uns gezielt verweigern können.

Kürzlich zog bspw. die **American Anthropological Association (AAA)** Konsequenzen aus der Feststellung ihrer fachlich-inhaltlichen Verantwortung. Die AAA folgte dem Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft und begründete dies folgendermaßen: «*Als Erben einer langen Forschungstradition in Sachen Kolonialismus, unterstreichen wir Anthropologen mit dieser Resolution: Das zentrale Problem liegt darin, dass Israel ein siedlerkolonialistisches Regime aufrechterhält, wobei die Grundlage in jüdischer Vorherrschaft und palästinensischer Enteignung und Entrechtung besteht.*» (3)

Wenn die 10000 Mitglieder zählende AAA den BDS-Aufruf mit überwältigender Mehrheit (fast 90%) unterstützt, beruft sie sich auf **PACBI**, den akademischen Zweig der BDS-Kampagne, der dokumentiert hat, inwiefern israelische Universitäten durchweg «*an der Planung, Umsetzung und Beschönigung der Verbrechen an der palästinensischen Bevölkerung*» beteiligt sind, «*die mit der israelischen Besatzung, dem Siedlerkolonialismus und der Apartheid einhergehen*». Das Ausmaß dieser akademischen Komplizenschaft lässt sich vielleicht am Druck erkennen, dem ein dissidenter israelischer Historiker wie Ilan Pappé ausgesetzt ist, wenn er das zionistische Narrativ in wesentlichen Punkten in Frage stellt.

Die Anthropologen stehen mit ihrem Beschluss in der US-amerikanischen akademischen Welt nicht allein, und ähnlich aufgeschlossen für BDS zeigen sich bereits seit Jahren akademische Zusammenschlüsse in Großbritannien oder Kanada – ein Trend, den der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin für «*eine strategische Bedrohung ersten Ranges*» hält. Darin stimmt ironischerweise der palästinensische Literaturwissenschaftler und PACBI-Aktivist Haidar Eid aus Gaza mit ihm überein: «*Wie beim Kampf gegen die Apartheid in Südafrika wird der Boykott von Komplizeninstitutionen den langen Marsch in Richtung palästinensische Befreiung und Selbstbestimmung wesentlich voranbringen.*»

Im Januar 2014 trug der Hollywood-Star **Scarlett Johansson** unfreiwillig dazu bei,

BDS weithin bekannt zu machen. Denn einerseits gefiel sie sich in der Rolle einer «*Botschafterin*» für **Oxfam** (eine NGO, die die israelische Siedlungspolitik kritisiert), andererseits posierte sie für **SodaStream**, Wassersprudler, die in eben einer solchen Siedlung produziert wurden. BDS klärte über den Widerspruch auf, und Oxfam entließ Johansson als seine Repräsentantin (4). Die Diskussionen, die der Fall Scarlett Johansson auslöste, veranlassten schließlich das Unternehmen SodaStream, die Produktion aus der Siedlung Mishor Adumim im besetzten Westjordanland in den Naqab (Negev) zu verlegen. Dort kommt dem Unternehmen nun die staatliche Politik gegenüber den **Beduinen** entgegen, die als israelische Staatsbürger zweiter Klasse gehalten werden. Seit Jahren werden sie ihrer traditionellen Lebensgrundlage beraubt, enteignet und in eigens eingerichteten Ortschaften konzentriert – für SodaStream eine ideal ausbeutbare Belegschaft.

Die Firma bleibt deshalb auf der BDS-Agenda: Es entspricht den wenigen unverrückbaren Prinzipien der Kampagne, dass sie sich solange nicht erübrigt, wie (nicht nur) die völkerrechtswidrige Besatzung und Kolonialisierung fortbestehen, (sondern auch) in Israel selber Palästinenser und andere nichtjüdische Staatsbürger nicht gleichgestellt sind und Israel dem Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge nicht entspricht. Weil für BDS keine dieser Forderungen nachrangig ist, wurde übrigens die kürzlich von der EU gegenüber Israel geforderte korrekte Etikettierung von Waren aus besetzten Gebieten nicht als Triumph gefeiert.

Wenn SodaStream in mehreren Ländern weltweit von der BDS-Kampagne attackiert wird, so geschieht das nicht, weil die Firma «*besonders schlimm*» wäre – sie bot sogar den von ihr in der Westbank enteigneten und dann angestellten palästinensischen Arbeitern relativ gute Bedingungen. Entscheidend ist jedoch, dass sie genauso eindeutig gegen Arbeiterrechte, für Kolonialismus, Vertreibung und Rassismus steht wie fast jede israelische Firma oder Institution, ob sie nun in den Siedlungen oder in Israel selber produziert und das kaum jenseits der systematischen Ungleichheit, die Israel inhärent ist.

Zusammenarbeit mit anderen Bewegungen

BDS vereint ein breites Spektrum sozialer Bewegungen und Gruppen: Gewerkschafter, Antirassisten, Menschenrechtsgruppen u.v.a., logischerweise auch kritische jüdische Initiativen in Israel und weltweit, die,

gerade weil sie die eigene Geschichte ernst nehmen, die israelische Politik nicht hinnehmen wollen.

Die **britische nationale Lehrgewerkschaft** (die größte ihrer Art in Europa) sprach sich 2014 für den palästinensischen BDS-Aufruf aus und folgte damit dem britischen Gewerkschaftsdachverband TUC in seiner Boykottpolitik. Südafrikanische Gewerkschaften sind schon lange im Boot, wie überhaupt zahlreiche Gewerkschaften weltweit. So beteiligen sich französische Gewerkschaften – **SUD, Solidaires** – an der Kampagne **gegen das Unternehmen Orange**, das Telefontechnologie für israelische Siedlungen bereitstellt, wodurch es an den damit einhergehenden Verstößen gegen internationales Recht beteiligt ist.

Ebenfalls seit 2014 werden die Büros der **Bill Gates Foundation** in London, Johannesburg und Seattle solange von Demonstranten belagert und durch eine Petition mit 14000 Unterschriften unter Druck gesetzt, bis die Stiftung ihr Kapital aus dem britischen **Sicherheitsunternehmen G4S** abzieht. Die Kampagne gegen G4S dauert an, bis der Rückzug der Firma aus den israelischen Gefängnissen und im Kontext der israelischen Siedlungen und der Armee, wie inzwischen zugesagt, tatsächlich vollzogen sein wird. Dabei wird nicht nur die Rolle von G4S in den israelischen Gefängnissen thematisiert, wo palästinensische politische

Gefangene einsitzen und gefoltert werden; es geht auch um G4S im Kontext des US-industriellen Gefängnis Komplexes und an den Außengrenzen Europas.

BDS ist immer wieder Vorreiter oder Mitstreiter bei gemeinsamen Kämpfen, so wenn sich in Frankreich die **Confédération Paysanne** und BDS zu einer gemeinsamen Kampagne gegen eine Drehscheibe für israelische Agrarprodukte im südfranzösischen Sète zusammentun: Die u. a. dank fehlender arbeitsrechtlicher Vorgaben billig produzierten, israelischen Agrarprodukte, die von Südfrankreich aus auf die europäischen Märkte verteilt werden sollen, werden nicht nur auf gestohlenem palästinensischen Land und unter Überausbeutung der endlichen Wasserressourcen angebaut, sie schaden auch der französischen bäuerlichen Landwirtschaft im Umland von Sète.

Nachdem BDS 2008 begonnen hatte, die Beteiligung des französischen Multis **Veolia** an der Verletzung internationalen Rechts durch Israel zu beleuchten, sah sich der Konzern in Frankreich und weltweit mit beträchtlichen Verlusten konfrontiert, weil Gemeinden Verträge in Sachen Müllentsorgung, öffentliche Verkehrsmittel oder Wasserversorgung kündigten bzw. nicht mehr verlängerten. Sie waren nicht gewillt, mit einer Firma zusammenzuarbeiten, die wesentlich am Ausbau einer Bahnlinie beteiligt ist, die Jerusalem mit israelischen Sied-

lungen im Westjordanland verbindet. Häufig verbanden sich diese Debatten aber auch mit solchen über die gewerkschaftsfeindliche Politik der Firma und mit den Protesten der Bürger gegen Wasserprivatisierung. Veolia hat sich inzwischen gänzlich aus dem Bahnprojekt zurückgezogen und darüber hinaus erklärt, «Israel als Markt den Rücken zu kehren».

Nicht selten erlebe ich, dass wenig politisierte Menschen zur Kampagne stoßen und eine diffuse Wut auf Israel und eine ebenso diffuse Identifikation mit «den Palästinensern» mitbringen, denen ganz offensichtlich Unrecht geschieht – was aus unerfindlichen Gründen in Deutschland nicht benannt werden «darf». **BDS kommt ohne Eifern und Moralisieren aus, ohne Israel-Bashing**, Verschwörungstheorien und Spekulationen, zeigt vielmehr präzise und konkret die Zusammenhänge auf, die das Unrecht begründen. Diffuse Wut und Projektionen lösen sich beim gemeinsamen Vorbereiten von BDS-Aktionen auf.

<http://www.sozone.de/2016/01/zehn-jahre-boycott-divestment-sanctions-bds/>

- (1) <https://jewishvoiceforpeace.org>
- (2) Jeff Halper, zcomm.org
- (3) [anthroboycott](http://anthroboycott.org)
- (4) [Die Zeit](http://diezeit.de)
- (5) [laboursolidarityandstruggle](http://laboursolidarityandstruggle.org)

Hinweis: Streitfrage: Boykott israelischer Waren - legitim oder unerhört? - Zwei jüdische Stellungnahmen von Rolf Verleger und Micha Brumlik aus dem Jahr 2011, <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/006986.html>

Amnesty International, 12 April 2016 : Israeli Government must cease intimidation of human rights defenders, protect them from attacks: The Israeli authorities must end their long-standing attacks on Palestinian human rights defenders (HRDs) and halt the climate of intimidation of HRDs in Israel and the Occupied Palestinian Territories (OPT), Amnesty International said today. Israeli authorities must take immediate steps to provide protection necessary for HRDs in Israel/OPT to carry out their work freely and without fear of attacks and harassment. Attacks and threats against HRDs must be investigated and those responsible must be held to account. <https://www.amnesty.org/en/documents/mde15/3824/2016/en/>

Europäischer Aufruf: Stoppen Sie die Kriminalisierung der BDS-Bewegung für Gerechtigkeit in Palästina!

UN-Vollversammlung: Alle Jahre wieder...

Die Generalversammlung

(...) überzeugt, dass die Herbeiführung einer gerechten, dauerhaften und umfassenden Regelung der Palästina-Frage, des Kerns des arabisch-israelischen Konflikts, eine zwingende Voraussetzung für die **Herbeiführung eines umfassenden und dauerhaften Friedens und von Stabilität im Nahen Osten** ist,

(...) ernsthaft besorgt über die negativen Entwicklungen, die in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Ost-Jeruselems, nach wie vor auftreten, darunter die Eskalation der Gewalt und jede übermäßige Gewaltanwendung, die zu einer großen Zahl von Toten und Verletzten geführt haben, hauptsächlich unter der palästinensischen Zivilbevölkerung, darunter Kinder und Frauen, der Bau und die Erweiterung von Siedlungen und der Mauer, die willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen weiterer palästinensischer

Zivilpersonen, die von israelischen Siedlern im Westjordanland begangenen Akte der Gewalt, des Vandalismus und der Brutalität gegen palästinensische Zivilpersonen, die weit verbreitete Zerstörung öffentlichen und privaten palästinensischen Eigentums, einschließlich religiöser Stätten, sowie von Infrastruktur, darunter auch die Zerstörung von Wohnhäusern, namentlich wenn dies als Mittel zur kollektiven Bestrafung durchgeführt wird, die Binnenvertreibung von Zivilpersonen, insbesondere unter der Volksgruppe der Beduinen, und die sich daraus ergebende Verschlechterung der sozioökonomischen und humanitären Lebensbedingungen des palästinensischen Volkes,

(...) 21. **fordert a) den Abzug Israels aus dem seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Ost-Jeruselems; (...)**

<http://www.un.org/depts/german/gv-70/band1/ar70015.pdf>

Die humanitären Folgen der Blockade von Gaza werden im Bericht der UN-Organisation OCHA oPt eingehend beschrieben (The UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) in the occupied Palestinian territory (oPt))

Debt20: Entwicklung braucht Entschuldung - jetzt!



14. April 2016

Sehr geehrte Frau Dr. Angela Merkel,

Vor dem Hintergrund niedriger globaler Zinssätze und eines hohen Investitionsbedarfs im Globalen Süden warnen alle relevanten Institutionen vom Internationalen Währungsfonds bis zu den wichtigsten

weltwirtschaftlichen Denkfabriken **vor sich aufbauenden neuen Staatschuldenkrisen** in Asien, Afrika, Lateinamerika sowie der europäischen Peripherie.

Einige der in den 90er Jahren entschuldeten Länder sind bereits wieder in Zahlungsschwierigkeiten. Doch für die Bewältigung neuer Krisen gibt es nach wie vor kein kohärentes Verfahren. Deswegen ist die Gefahr groß, dass sich die verlorenen Entwicklungsjahrzehnte wiederholen, und weiterhin Menschen aus Armut gezwungen sind ihr Land zu verlassen.

Ich appelliere daher an Sie, Ihren **Vorsitz der G20 im Jahr 2017** zu nutzen, um die Gefahr neuer Schuldenkrisen im Globalen Süden auf die Agenda zu setzen. Von zen-

traler Wichtigkeit ist dies auch, um die neu vereinbarten Entwicklungsziele (SDGs) zu erreichen. Wir fordern von den G20, dass sie die Schaffung eines umfassenden, rechtsstaatlichen und internationalen **Entschuldungsverfahrens** bei ihrem Gipfel in Deutschland auf den Weg bringen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mir mit Bezug auf mein Anliegen antworten. Was werden Sie konkret tun um zu verhindern, dass die Überschuldung von Ländern des Globalen Südens die Entwicklungsziele der nächsten 15 Jahre unerreichbar werden lässt?

Mit freundlichen Grüßen,

<http://erlassjahr.de/kampagne/debt20/>

Kristina Rehbein (Erlassjahr)

Neue Schuldenkrisen bedrohen 2030-Agenda UNCTAD-Konferenz zum Schuldenmanagement

1. Dez. 2015 - Die 2030-Entwicklungsagenda ist kaum beschlossen, und schon gefährden neue Schuldenkrisen in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern ihre Verwirklichung. Die Wahrscheinlichkeit solcher Krisen stand im Mittelpunkt der 10. Schuldenmanagement-Konferenz der Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD), die vom 23.-25. November 2015 in Genf stattfand.

In seiner Eröffnungsrede benannte UNCTAD-Generalsekretär Mukhisa Kituyi die Faktoren, die neue Schuldenkrisen aus heutiger Sicht wahrscheinlich machen: fallende Rohstoffpreise und gleichzeitig steigende Zinssätze, Währungsabwertungen und eine Verlangsamung des globalen Wachstums. Inzwischen liegt der globale Schuldenberg bei 199 Billionen US-Dollar – für den UNCTAD-Generalsekretär eine Bedrohung der weltwirtschaftlichen Stabilität.

• Neues fragiles Umfeld

Die neue Fragilität folgt auf eine Phase niedriger Zinssätzen und hoher Liquidität auf den internationalen Kapitalmärkten, verbunden mit einem hohen Finanzierungsbedarf in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die daraus resultierende starke Neukreditvergabe an eben diese Länder wurde auch durch den Rohstoffboom und das hohe Wachstumspotential begünstigt, das für Anleger und Investoren besonders attraktiv war, während Wachstums- und Gewinnaussichten in den reichen Ländern eher bescheiden waren. Doch dieses Umfeld gehört inzwischen der Vergangenheit an, und „*untragbare Schulden werden abermals eine Bedrohung für erreichte Entwicklungserfolge*“, so Kituyi.

Mehr als 350 Expertinnen und Experten aus Finanzministerien, Zentralbanken, der Zivilgesellschaft, dem akademischen Bereich und von internationalen Organisationen waren in Genf zusammen gekommen, um über die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen, die sich durch die kommende Krise für die Finanzierung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) ergeben, zu diskutieren. Dass die nächste Krise sicher kommt, stand nicht in Frage. Daher wurden unterschiedliche Aspekte der kommenden Schuldenkrisen diskutiert – so etwa die versteckten Risiken, die beispielsweise in öffentlich-privaten Partnerschaften (PPPs) stecken, ein Instrument, das vom internationalen Mainstream als zentrales Instrument zur Finanzierung der neuen Entwicklungsagenda empfohlen wird.

Auch die zunehmende Verschuldung des Privatsektors wurde als ein großes Problem identifiziert, vor allem in Schwellenländern, aber zunehmend auch in ärmeren Entwicklungsländern. Wie u.a. Gary Dymksi von der Universität in Leeds darlegte, mündet die Verschuldung von Unternehmen und Banken in Krisenzeiten oft in öffentliche Schuldenkrisen – und in eine Verringerung des Handlungsspielraums von Regierungen, um auf Krisen zu reagieren.

• Öffentliche vs. private Finanzierungsoptionen

Zur Debatte standen in Genf auch die teilweise einander entgegen laufenden Trends in der Entwicklungsfinanzierung, wie die abnehmenden Verfügbarkeit von öffentlichen Mitteln zur Finanzierung der SDG-Agenda einerseits und die zunehmende Süd-Süd-Kooperation andererseits (Vitaminspritzen für die Süd-Süd-Kooperation).

Heftig kritisiert wurde die übertriebene Fokussierung auf Privatinvestitionen im Rahmen der Agenda 2030. Wie Yuefen Li, Beraterin des Genfer South Centres forderte, müsse die öffentliche Entwicklungshilfe ein wesentlicher Bestandteil der SDG-Finanzierung bleiben, wobei die reichen Länder einen angemessenen Anteil zu tragen hätten. Auch andere Referentinnen und Referenten kritisierten, dass der Mangel an günstigen Finanzmitteln für ärmere Länder das Risiko neuer Schuldenkrisen erhöhe, da diese dann zu teureren Finanzierungsoptionen gedrängt werden.

Die anwesenden Expertinnen und Experten diskutierten auch über Wege, wie Krisen zukünftig verhindert oder ihre Folgen für eine Volkswirtschaft abgeschwächt werden können. So stellte Stephanie Blankenburg, Leiterin der Abteilung Schulden und Entwicklungsfinanzierung bei UNCTAD, BIP-indizierte Staatsanleihen (GIBs) als Mittel zur Verhinderung von Schuldenkrisen vor. GIBs sehen vor, dass ein Staat automatisch weniger Zinsen an die Anlegerinnen und Anleger zahlen muss, wenn das Wirtschaftswachstum sinkt. Auch wenn innovative Ideen dazu, wie Schuldentragfähigkeit und Entwicklungsfinanzierung in Einklang gebracht werden können, wünschenswert sind, so machte Blankenburg auch deutlich, dass einzelne Maßnahmen wie GIBs keine Alternative zu der Diskussion um einen umfassenden Mechanismus zur Lösung von Staatsschuldenkrisen sind.

• Systemische Lösung unumgänglich...

Die Frage nach einem solchen Mechanismus bzw. nach einem systemischen Neuansatz zur Lösung künftiger Schuldenkrisen bestimmte denn auch wesentlich den Kon-

ferenzverlauf – denn die Redner waren sich einig, dass Staatsschuldenkrisen nicht nur für die einzelnen Schuldnerländer, sondern für die gesamte Weltwirtschaft hohe Kosten verursachen. Hauptredner Michael Higgins, Präsident von Irland, sagte zu Beginn der Konferenz, „es ist nicht möglich, irgendeines unserer globalen Ziele zu erreichen ohne einen fundamentalen, systemischen Wandel in unserer globalen institutionellen Architektur“.

Andere Redner, etwa Alfredo Calcagno, Leiter der Abteilung Makroökonomie und Entwicklungspolitik bei UNCTAD, machten deutlich, dass angemessene Verfahren zur nachhaltigen Lösung von Schuldenkrisen fehlen und die Schaffung eines umfassenden Verfahrens für Staateninsolvenzen dringend notwendig ist. Das vorhandene Regime zur Lösung von Schuldenkrisen sei ineffizient und unfair und führe dazu, dass Schuldenkrisen am Ende teurer werden. Auch Thordur Jonasson von Abteilung Geld- und Kapitalmarkt beim Internationalen Währungsfonds (IWF) gab zu, dass das aktuelle Schuldenmanagement ineffizient ist: Die Erfahrung zeige, dass Schuldener-

lasse oft zu gering ausfallen, um eine Schuldenkrise nachhaltig zu lösen und überdies zu spät kommen, so dass Schuldner und Gläubiger in einem Teufelskreis von Umschuldungen und Teilerlassen gefangen bleiben.

Insgesamt ist aber die Schuldenfrage, wie Higgins in seiner Eröffnungsrede betonte, „viel zu wichtig, als dass man sie der Weltbank oder dem IWF überlassen könnte“, denn die Schuldenfrage geht uns alle an. Damit sind die Vereinten Nationen der rechtmäßige Ort für die Diskussion um die Schaffung fairer Entschuldungsverfahren.

● ... aber in der Schwebe

Im letzten Jahr haben die Entwicklungs- und Schwellenländer in den Vereinten Nationen mit der Verabschiedung einer Resolution zur Erarbeitung eines umfassenden rechtlichen Rahmenwerks in der 69. Generalversammlung einen konkreten Vorstoß dazu gemacht. UNCTAD hat hierzu wichtige Zuarbeit geleistet. Aufgrund des Boykotts der Industrieländer führte dieser Prozess allerdings nur zu allgemeinen Prinzipien, jedoch zu keinem rechtlichen Rahmen-

werk. Auch wenn die Prinzipien nützlich sind, sieht der Direktor der UNCTAD-Abteilung für Globalisierung und Entwicklung, Richard Kozul-Wright, die Gefahr, dass sie wirkungslos bleiben könnten. Dass auch bei anderen Gelegenheiten, etwa auf der 3. UN-Konferenz für Entwicklungsfiananzierung in diesem Sommer in Addis Abeba, keine angemessenen Vereinbarungen hierzu getroffen werden konnten, macht die Sache nicht besser.

Übrigens hatte das deutsche Entschuldungsbündnis erlassjahr.de schon anlässlich des G7-Finanzministertreffens im Mai in Dresden auf die heraufziehende neue Schuldenkrise im Süden aufmerksam gemacht und die Finanzminister aufgefordert, nicht wieder die Augen vor der Realität zu verschließen. Eine Teilnahme in Genf hätte ihnen dafür sehr genutzt.

Kristina Rehbein ist Politische Referentin bei erlassjahr.de.
in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), Luxemburg, 1. Dezember 2015 (www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org)

WENIGE REICHE MENSCHEN BESITZEN SO VIEL VERMÖGEN WIE DIE GESAMTE ÄRMERE HÄLFTE DER WELTBEVÖLKERUNG



Gegen soziale Ungleichheit weltweit <https://www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/soziale-ungleichheit>
in Deutschland: <http://www.klartext-info.de/>

„Die Anstalt“ vom 5. April 2016: Die Robin-Hood-Stiftung

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/kanaluebersicht/2078314#/beitrag/video/2678346/Die-Anstalt-vom-5-April-2016>
der umfangreiche Faktencheck: <http://www.zdf.de/ZDF/zdfportal/blob/42964830/5/data.pdf>
Alle Sendungen der „Anstalt“ ab April 2015 sind in der [Mediathek](#)

Joseph E. Stiglitz und Hamid Rashid

Wie kann der Kapitalabfluss aus den Schwellenländern gestoppt werden?

NEW YORK – Die Entwicklungs- und Schwellenländer stehen in diesem Jahr vor einer erheblichen wirtschaftlichen Verlangsamung. Laut des UN-Berichts über die *Lage und Aussichten der Weltwirtschaft 2016* sind sie 2015 durchschnittlich nur um 3,8% gewachsen – die niedrigste Quote seit der globalen Finanzkrise im Jahr 2009. Nur im Rezessionsjahr 2001 war sie noch niedriger. Und erwähnenswert ist dabei auch, dass der Rückgang in China und die schweren Rezessionen in Russland und Brasilien nur einen Teil des allgemeinen Wachstumsrückgangs darstellen.

Viele Entwicklungs- und Schwellenländer in Lateinamerika und Afrika wurden hart vom **Rückgang der Rohstoffpreise** getroffen, und natürlich hatte die sinkende Rohstoffnachfrage in China (einem Land, das fast die Hälfte der weltweiten Nichteidmetallproduktion verbraucht) viel mit diesem starken Preisverfall zu tun. In der Tat werden im UN-Bericht 29 Volkswirtschaften aufgelistet, die von der Flaute in China wahrscheinlich negativ betroffen sind. Und der Zusammenbruch der Ölpreise seit Juli 2014 um über 60% hat die Wachstumsaussichten der Ölexporteure unterminiert. Echte Sorgen bereiten allerdings nicht nur die fallenden Rohstoffpreise, sondern vor allem **die massiven Kapitalabflüsse**.

Zwischen 2009 und 2014 konnten sich die Entwicklungs- und Schwellenländer über einen Nettokapitalzufluss von insgesamt 2,2 Billionen Dollar freuen. Ein Grund dafür waren die quantitativen Lockerungen in den Industriestaaten, die die Zinssätze in die Nähe von Null drückten. Auf der Suche nach höheren Renditen gelangten Investoren und Spekulanten in die Schwellenländer, wo der Zufluss den Verschuldungsgrad erhöhte, die Aktienkurse nach oben trieb und in manchen Fällen zum Boom der Rohstoffpreise beitrug. So hat sich die Marktkapitalisierung der Börsen von Mumbai, Johannesburg, São Paulo und Schanghai in den Jahren nach der Finanzkrise fast verdreifacht. Und auch die Aktienmärkte in anderen Entwicklungs- und Schwellenländern sind während dieser Periode dramatisch gestiegen.

Aber die Kapitalflüsse kehren sich momentan um und werden erstmals seit 2006 wieder negativ. **2015 betrug der Nettoabfluss aus den Entwicklungs- und Schwellenländern mehr als 600 Milliarden Dollar** – über ein Viertel der Gesamtzuflüsse der sechs Jahre zuvor. Für die größten Abflüsse sorgten die internationalen Banken. 2015 verringerten sie ihr Gesamtkreditvolumen um über 800 Milliarden Dollar. Kapitalabflüsse dieser Größenordnung haben eine Unzahl möglicher **Folgen**: Sie füh-

ren zur Austrocknung der Liquidität, einer Kostensteigerung im Kredit- und Schuldendienst, schwächeren Währungen, sinkenden Reserven und fallenden Kursen bei Aktien und anderen Anlagegütern. Auch auf die Realwirtschaft werden sie große Auswirkungen haben und die Wachstumsaussichten in den betroffenen Regionen schwer beschädigen.

Dies ist nicht das erste Mal, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer mit prozyklischem heißen Kapital umgehen müssen, aber das aktuelle Ausmaß des Problems ist überwältigend. Während der asiatischen Finanzkrise des Jahres 1997 betrug die Abflüsse aus den ostasiatischen Ländern lediglich 12 Milliarden Dollar.

Natürlich sind die ostasiatischen Volkswirtschaften durch ihre Anhäufung internationaler Reserven seit der Finanzkrise von 1997 heute besser in der Lage, solche massiven Abflüsse zu verkraften. In der Tat hat sich das globale Reservevolumen seitdem mehr als verdreifacht. China beispielsweise hat im Jahr 2015 **zum Kampf gegen Kapitalabflüsse** und zur Verhinderung einer scharfen Abwertung des Renminbi knapp 500 Milliarden Dollar seiner Reserven verwendet und verfügt über weitere drei Billionen Dollar. Dieser Bestand an Reserven könnte eine Erklärung dafür sein, warum die enormen Abflüsse in den Schwellenländern noch keine ausgewachsene Finanzkrise verursacht haben. Aber nicht alle Länder haben das Glück, über ein solch großes Arsenal zu verfügen.

Einmal mehr wurden die Verfechter der freien Mobilität destabilisierenden Kurzfristkapitals widerlegt. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer haben die Gefahren erkannt und versucht, die Kapitalzuflüsse zu reduzieren. Südkorea beispielsweise hat seit 2010 eine Reihe makroprudenzieller Maßnahmen eingeführt, um die prozyklischen grenzüberschreitenden Verbindlichkeiten des Bankensektors zu begrenzen. Diese Maßnahmen waren, wie die oben angeführten Daten zeigen, nur zum Teil erfolgreich. Die Frage ist, was diese Länder nun tun müssen.

Besonders verletzlich sind die dortigen Unternehmenssektoren, die im Zuge der Kapitalzuflüsse nach 2008 ihren Fremdfinanzierungsgrad erhöht haben. Die Abflüsse haben nun negative Auswirkungen auf die Vermögenswerte, führen zu steigenden Verschuldungsgraden und erhöhen die Wahrscheinlichkeit von Insolvenzen. Besonders schwer ist das Problem in den rohstoffexportierenden Ländern, wo Unternehmen in Erwartung dauerhaft hoher Rohstoffpreise enorme Kredite aufgenommen haben.

In vielen dieser Länder haben die Regierungen nichts aus früheren Krisen gelernt. Sie hätten die Anfälligkeit gegenüber Fremdwährungseinflüssen durch Regulierungsmaßnahmen oder Steuern begrenzen können. Nun müssen sie schnell handeln, um zu verhindern, dass sie für diese Gefahren zur Verantwortung gezogen werden. Durch eine **beschleunigte Einführung schuldnerfreundlicher Insolvenzverfahren** könnte eine schnelle Restrukturierung erreicht und ein Rahmen für die Neuverhandlung von Schulden geschaffen werden. Auch sollten die Regierungen der Entwicklungs- und Schwellenländer die Umwandlung solcher Schulden in BIP-indizierte oder andere Anleihen fördern. Diejenigen mit hoher Auslandsverschuldung und gleichzeitig hohen Reserven sollten erwägen, die fallenden Anleihenpreise dazu zu nutzen, ihre Staatsschulden auf dem internationalen Kapitalmarkt zurückzukaufen. Durch Reserven können die negativen Folgen von Kapitalabflüssen zwar manchmal abgefedert werden, aber in den meisten Fällen wird dies nicht ausreichen. Die betroffenen Länder müssen **der Versuchung widerstehen, zur Verhinderung von Kapitalabflüssen die Zinsen zu erhöhen**. Historisch betrachtet bewirken solche Zinssteigerungen nur wenig. Da sie das Wachstum schwächen und damit die Fähigkeit der Länder zur Rückzahlung von Auslandsschulden noch verringern, können sie sogar kontraproduktiv sein. Durch makroprudenzielle Maßnahmen können Kapitalabflüsse gebremst oder verzögert werden, aber auch dies reicht möglicherweise nicht aus.

In manchen Fällen könnte es nötig sein, ausgewählte, **gezielte und zeitlich begrenzte Kapitalverkehrskontrollen** einzuführen, insbesondere im Umgang mit den Abflüssen über Bankenkanäle. Beispielsweise könnten die Kapitaltransfers zwischen den Stammhäusern der Banken in den Industriestaaten und ihren Tochtergesellschaften oder Filialen in den betroffenen Ländern beschränkt werden. Betroffene Länder könnten auch dem Beispiel von Malaysia aus dem Jahr 1997 folgen und zur Stabilisierung der Kapitalflüsse und Wechselkurse zeitweise alle Kapitalentnahmen aussetzen. Für viele Entwicklungs- und Schwellenländer könnte dies die einzige Möglichkeit sein, eine katastrophale Finanzkrise zu verhindern. Es ist wichtig, dass sie schnell handeln.

Aus dem Englischen von Harald Eckhoff
Die hier geäußerten Ansichten stellen nicht die Ansichten der Vereinten Nationen oder ihrer Mitgliedstaaten dar.

<https://www.project-syndicate.org/commentary/developing-countries-capital-outflows-by-joseph-e-stiglitz-and-hamid-rashid-2016-02/german>

Energie - welche Energie?

Aus Quebec: Aufruf zu einer Bewegung für eine Welt ohne Atomenergie

Das thematische Sozialforum gegen die Atomenergie und die Atomwaffen fand in Japan (Tokyo und Fukushima) Ende März statt. Dort wurde anderem eine stärkere Vernetzung vereinbart. Das Dritte thematische Sozialforum wird zum 31. Tschernobyl Tag in Europa stattfinden.

Diese Grußadresse aus Kanada richtete sich an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Sozialforums

10. März 2016 - Von Herzen kommende Grüße der Bevölkerung von Quebec an die japanische Bevölkerung, besonders an jene aus der Präfektur Fukushima. Wir, als die Bürger Quebecs, drücken unsere uneingeschränkte Solidarität mit der japanischen Bevölkerung in ihrem Bemühen um eine Zukunft frei von Atomenergie. Obwohl Quebec weder die Verwüstungen einer nuklearen Explosion noch die einer nuklearen Atomschmelze hat erleiden müssen, sind wir uns bewusst geworden, dass Atomenergie und Atomwaffen mit einer Zukunft der Nachhaltigkeit unvereinbar sind.

Im Jahre 2012, dank vielfältiger Aktionen von Bürgern (einschließlich Künstler, Medizinerinnen und anderen Fachkräften) wurde **Quebec** die erste legale Körperschaft in Nord-Amerika, die **aus der Atomenergie ausstieg, in dem es seinen einzigen arbeitenden Atomreaktor abschaltete.**

Wir unterstützen nach Kräften diejenigen

von euch in Japan, die ebenfalls Atomenergie aus ihrer Gesellschaft ausschließen möchte.

Das **Uran**, das die Fukushima Reaktoren mit Brennstoff versah, kam wahrscheinlich aus Kanada, einer der weltweit führenden Produzenten und Exporteure von Uran. Hier in Quebec sind wir uns sehr genau bewusst, dass das gesamte Uran entweder in Atomwaffen oder in Brennstoff für Atomreaktoren endet, das unausweichlich zu stark strahlendem Atomtüll wird. Daher ist es für die Menschheit bei weitem besser das Uran im Boden zu lassen.

Vergangenes Jahr, auf dem Welt-Uran-Symposium in Quebec Stadt, wurde eine internationale Bewegung gegründet, die den Abbau von Uran weltweit ächten soll. Wir würden geehrt sein, wenn sich japanische Bürger an dieser Bewegung beteiligen.

Quebec hat bereits ein Moratorium zur Suche und Abbau von Uran verkündet und berät zur Zeit darüber ob es unbegrenzt gelten soll. Wenn die Bemühungen erfolgreich ist, wird Quebec zur dritten kanadischen Provinz, die den Abbau von Uran verbietet.

Wir ermutigen die japanische Bevölkerung dazu sich uns anzuschließen, indem sie eine deutliche Nachricht an die gesamte Welt schickt, dass die Ära der Atomenergie und der Atomwaffen sich ihrem Ende nähert. Wir laden euch außerdem zum Welt-Sozialforum in Montreal im August 2016 ein, wo wir uns darauf freuen euch willkommen zu heißen.



*Mit den Jahren wächst die Verdrängung. Jahrestage sind eine Gelegenheit, die Erinnerung wachzuhalten und zu erneuern. Runde Jahrestage eignen sich dazu besonders gut. **Am 11. März jährte sich Fukushima zum fünften Mal. Am 26. April ist Tschernobyl 30 Jahre her.***

Doch beide Katastrophen sind nicht Vergangenheit, sondern dauern bis heute an. Und sie können sich jederzeit wiederholen. Umso wichtiger, dass wir nicht nur mit Nachdruck an die unsäglichen Folgen der beiden Kernschmelzungen erinnern, sondern auch Druck machen, die acht Atomkraftwerke, die hierzulande noch laufen, endlich abzuschalten. Die Gefahr eines Super-GAU ist nicht gebannt!

<https://www.ausgestrahlt.de>

Termine:

23. April, 13h am AKW Gundremmingen

24. April, AKW Fessenheim und div. Brücken am Oberrhein

24. April, AKW Brokdorf

24. April, AKW Biblis

24. April, Schacht Konrad

24. April, Zwischenlager Ahaus

Ende Gelände für Geschäfte mit der Kohle! Pfingsten in der Lausitz



In diesem Jahr noch will der Energiekonzern Vattenfall sein Braunkohlegeschäft in der Lausitz verkaufen. Statt diese Chance zu nutzen, in der Region einen sozial-ökologischen Umbau einzuleiten, soll das klimaschädliche Geschäft mit neuen Investoren weitergehen.

Darum werden am Pfingstwochenende (13. - 16. Mai 2016) hunderte von Menschen den Braunkohletagebau Welzow Süd in der Lausitz **blockieren. Unter dem Motto "Ende Gelände - Kohle blockieren - Klima schützen!"** ruft auch Attac dazu auf, den dringend notwendigen Kohleausstieg mit zivilem Ungehorsam durchzusetzen.

Ende Gelände ist Teil der globalen Aktionswoche "Break Free from Fossil Fuels", in der parallel auf fünf Kontinenten Aktionen gegen fossile Infrastruktur geplant sind, z.B. in Nigeria, Brasilien, Großbritannien. breakfree2016.org/

Wer Solidarität mit Ende Gelände zeigen will, ist außerdem zur Anti-Kohle-Demonstration eingeladen, die am 14. Mai von Welzow nach Proschim zieht und zu der Attac zusammen mit Umweltverbänden und lokalen Initiativen aufruft.

Das **Lausitzer Klima- und Energiecamp vom 9. - 16. Mai** bietet ein reichhaltiges Workshop-Programm, Raum für Debatten und die Gelegenheit, sowohl tagesbaubetroffenen Anwohner*innen als auch Aktivist*innen aus ganz Europa kennenzulernen. <https://www.lausitzcamp.info/>

EU-Handelsverträge gelten auch ohne abgeschlossene Ratifizierung

Die vorläufige Anwendung europäischer Handelsabkommen und die ermordeten Gewerkschafter Kolumbiens

29. Februar 2016

Demokraten können es meist kaum glauben, aber es ist wahr: EU-Handelsabkommen können vorläufig angewendet werden, auch wenn eine erforderliche Ratifizierung durch die EU-Mitgliedstaaten noch gar nicht abgeschlossen ist.

Sollte etwa das anstehende EU-Handelsabkommen mit Kanada (**CETA**) als *gemischtes Abkommen* eingestuft werden, was dann neben der Zustimmung des Europäischen Rats und des Europäischen Parlaments auch eine Ratifizierung in allen EU-Mitgliedstaaten erforderlich machen würde, kann es dennoch vor Abschluss der nationalen Ratifizierungen vorläufig angewendet werden.

Denn der EU-Rat hat die Möglichkeit, zusätzlich zur Unterzeichnung des Abkommens auch einen Beschluss über dessen vorläufige Anwendung zu treffen.

Übliche Praxis ist es dabei heute, zuvor noch die Zustimmung des Europäischen Parlaments abzuwarten, obwohl dies nach EU-Recht nicht nötig wäre. Stimmen schließlich auch die Vertragspartner der vorläufigen Anwendung zu, entstehen völkerrechtlich bindende Verpflichtungen bereits vor dem endgültigen Inkrafttreten des Abkommens.

Das kann weitreichende Folgen haben: Im Fall von CETA etwa könnten Investoren EU-Mitgliedstaaten vor die geplanten Schiedsribunale zerrén, selbst wenn die Parlamente der betroffenen Staaten dem Abkommen mitsamt seinen Tribunalen noch gar nicht zugestimmt haben.

Vertrag mit Kolumbien: nicht ratifiziert, aber praktiziert.

Ein aktuelles **Beispiel** für die vorläufige Anwendung bietet das Handelsabkommen, das die Europäische Union mit Kolumbien aushandelte. Nachdem der Rat, das Europäische Parlament und der kolumbianische Kongress zustimmten, wird der Vertrag seit August 2013 vorläufig angewendet. Doch drei EU-Staaten haben bisher noch gar nicht die nationale Ratifizierung abgeschlossen und ihre Entscheidung bei der **EU notifiziert**: Belgien, Österreich und Griechenland.

Für eine Verweigerung der Ratifizierung haben sie gute Gründe. In Kolumbien begehen nicht nur Paramilitärs und Guerillas, sondern auch Polizei- und Militäreinheiten schwerste Menschenrechtsverletzungen und genießen dabei weitgehende Straflosigkeit. Unternehmer wiederum beauftragen paramilitärische Truppen, um gegen Kleinbauern, Menschenrechtsverteidiger und Gewerkschafter vorzugehen. Die Folgen sind verheerend. Nach Syrien ist Kolumbien das Land mit der weltweit größten Zahl intern

Vertriebener: über sechs Millionen Menschen. Für Gewerkschafter ist es das gefährlichste Land der Erde: rund 3.000 von ihnen wurden seit den 80er Jahren ermordet.

Handelserleichterung für Menschenrechtsverletzer

Auch heute noch grassiert die Gewalt, wie die Dokumentationen von Menschenrechtsorganisationen und des Internationalen Gewerkschaftsbunds belegen. Allein im vergangenen Jahr wurden 54 Menschenrechtsverteidiger in Kolumbien umgebracht.

Das Handelsabkommen aber ermöglicht es auch jenen Unternehmen, die in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind, ihre Produkte zu günstigeren Konditionen auf den europäischen Markt zu bringen, darunter Kaffee, Bananen, Palmöl oder Rohstoffe wie die Steinkohle, die Deutschland in großen Mengen importiert.

Zudem enthält der Vertrag, ähnlich wie alle anderen EU-Handelsabkommen, nur ein unverbindliches, nicht sanktionsbewehrtes Kapitel über Arbeits- und Umweltstandards. Aufgrund dieser Zahnlosigkeit bleibt die effektive Durchsetzung dieser Standards unmöglich.

Die internationalen Gewerkschaftsdachverbände erklärten sich solidarisch mit den kolumbianischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen und **lehnten das EU-Kolumbien-Abkommen entschieden ab**. Vor der Abstimmung im Europaparlament (EP) am 11. Dezember 2012 schickten der internationale, der lateinamerikanische und der europäische Gewerkschaftsbund einen gemeinsamen Brief an die EP-Abgeordneten und forderten sie auf, gegen den Vertrag zu stimmen. Doch vergebens.

Abstimmungen: Sozialdemokratie im Test

Während Grüne und Linke des Abkommen ablehnten, stimmten die Konservativen und Liberalen mehrheitlich zu. Beschämend war das Abstimmungsverhalten der sozialdemokratischen S&D-Fraktion: Von 168 Anwesenden erteilten 117 ihre Zustimmung. Noch enttäuschender verhielten sich die deutschen Sozialdemokraten: Von den 19 SPDlern, die an dem Votum teilnahmen, stimmten nur zwei gegen die Annahme. Seine Zustimmung gab auch Bernd Lange, der heutige Vorsitzende des EP-Handelsausschusses und einstige Abteilungsleiter des DGB Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt.

Doch die Blamage der deutschen sozialdemokratischen EP-Abgeordneten wurde noch einmal gesteigert als der Bundestag am 23. März 2013 über das Kolumbien-

Abkommen entschied. Hier nämlich stimmten nicht nur Grüne und Linke gegen die Annahme, sondern auch die SPD-Fraktion. Mit dieser Entscheidung praktizierte die SPD-Bundestagsfraktion internationale Solidarität und düpierte zugleich ihre Kollegen im Europaparlament. Gleichwohl setzte die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP mit ihren Stimmen die Annahme des Vertrags durch.

Am 3. Mai 2013 erteilte schließlich auch der Bundesrat mit einer knappen Mehrheit von nur 2 Stimmen (36 von 69) dem Abkommen seine Zustimmung. Damit wurde die nationale Ratifizierung in Deutschland abgeschlossen.

Vorläufige Anwendung als Dauerzustand

Nachdem die Ratifizierung auch in den meisten anderen EU-Mitgliedstaaten erfolgt ist, ruhen die Hoffnungen von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen nunmehr auf Belgien, Österreich und Griechenland. Dort haben die Abgeordneten noch die Möglichkeit, Solidarität zu üben und den Menschenrechten zur Durchsetzung zu verhelfen, indem sie die Zustimmung verweigern.

Dennoch aber wird das EU-Kolumbien-Abkommen vorläufig angewendet und Unternehmen, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren, streichen Extraprofite dank der Handelserleichterungen ein. Die vorläufige Anwendung ist ein aus demokratischer Perspektive schwer erträglicher Vorgang, denn die EU-Mitgliedstaaten genießen bei gemischten Handelsabkommen das Recht, ein nationales Ratifikationsverfahren über die Annahme des gesamten Vertragswerks durchzuführen. Dieses Recht aber bleibt weitgehend wirkungslos, wenn die Handelsverträge vorläufig angewendet werden.

Die "vorläufige" Anwendung kann überaus lang andauern, denn selbst wenn ein EU-Mitgliedstaat die Ratifikation verweigert, wird dieser Zustand dadurch allein noch nicht beendet. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags schreibt dazu: "*Eine fehlende Ratifizierung in einem Mitgliedstaat hat auf die vorläufige Anwendung (...) keine direkten Auswirkungen.*"

Die vorläufige Anwendung könne nämlich erst durch eine Notifizierung der EU bei der kolumbianischen Regierung beendet werden, wozu es eines Ratsbeschlusses bedürfe. Dieser aber kann im Zweifel lang auf sich warten lassen. Die Freihändler mag das freuen, doch Demokratie und Menschenrechte bleiben dabei auf der Strecke.

<http://thomas-fritz.org/default/eu-handelsvertraege-gelten-auch-ohne-abgeschlossene-ratifizierung>

Für einen gerechten Welthandel

- Gemeinsam werden wir TTIP und CETA stoppen!

Abschlussklärung der TTIP Strategie- und Aktionskonferenz 26./27. Februar 2016

Die Bewegung gegen TTIP und CETA hat bereits heute Deutschland und Europa verändert. **Wir sind aufgestanden, weil wir nicht wollen, dass**

- Genfood und Hormonfleisch durch die Hintertür in unser Essen kommen und die bäuerliche Landwirtschaft noch mehr unter Druck gerät,
- das Vorsorgeprinzip und darauf beruhende Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutzmaßnahmen eingeschränkt werden und keine Möglichkeit mehr zur Weiterentwicklung erhalten,
- eine privilegierte Paralleljustiz für Konzerne eingeführt wird, die uns teuer zu stehen kommt,
- die Macht von Konzern- und Finanzmarktakteuren vergrößert wird, statt sie zu begrenzen,
- lang erkämpfte Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards ausgehöhlt werden und die Verlagerung von Arbeitsplätzen in gewerkschafts- und tarifvertragsfreie US-Bundesstaaten erleichtert,
- demokratische Rechte und die Entscheidungsfreiheit der Parlamente weiter eingeschränkt werden,
- die öffentliche Daseinsvorsorge unter Privatisierungsdruck gesetzt wird,
- der gemeinnützige Sektor und die Qualität sozialer Dienstleistungen gefährdet werden,
- die Vielfalt unserer Kultur sowie öffentliche Bildungsangebote gefährdet werden,
- Klimaschutz und Energiewende konterkariert und ausgebremst werden,
- der Datenschutz im Interesse von Big Data immer weiter ausgehöhlt wird
- und in bilateralen Abkommen die Mehrheit der Menschen ausgegrenzt werden während die bestehende Ungleichheit zu Lasten ärmerer Länder weiter zementiert wird.

Heute sind wir eine Bewegung geworden, die **schon viel erreicht** hat. Eine Viertelmillion Menschen haben in **Berlin am 10. Oktober 2015** demonstriert – die größte Demonstration seit langem, in einem der breitesten Bündnisse seit langem. **Über 3 Millionen Menschen** haben europaweit die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA unterschrieben – sie haben sich von der arroganten Ablehnung durch die Kommission nicht beirren lassen. Immer mehr **Kommunen** und Organisationen beschließen Erklärungen, in denen sie TTIP und CETA und auch das geplante Dienstleistungsabkommen TiSA kritisieren und ablehnen.

Seit vielen Monaten zeigen Umfragen in den Ländern der EU: immer mehr Menschen verstehen, worum es bei TTIP geht – und je mehr sie dies verstehen, desto mehr

lehnen sie es ab.

Selbstbewusst können wir heute sagen: Der **Versuch, im Interesse multinationaler Konzerne** hinter verschlossenen Türen eine Politik auszuhecken, die Demokratie und Rechtsstaat ebenso wie soziale und ökologische Standards unterminiert, ist **gescheitert**. Immer mehr Menschen nehmen es nicht mehr hin, auf welche undemokratische, intransparente Art und Weise TTIP und CETA verhandelt werden. Sie verlangen ihr gutes Recht auf Information und Mitsprache.

Aber wir haben TTIP und CETA noch längst nicht verhindert. Die Befürworter haben sich darauf verlegt, die ungeliebten Abkommen neu zu verpacken, statt sie fallenzulassen. Die Aushöhlung demokratischer Entscheidungsfreiheiten wird in unverbindliche Passagen zum „right to regulate“ eingewickelt, die Paralleljustiz für Konzerne unter neuem Namen wieder erweckt, den kleinen und mittelständischen Unternehmen wird ein substanzloses KMU-Kapitel verkauft und die Einschränkung sozialer und ökologischer Standards wird mit einem rechtlich unverbindlichen Nachhaltigkeitskapitel „versüßt“. Es wird darauf gebaut, dass die Öffentlichkeit müde wird und die Verwirrung der Begriffe greift.

Diesen Gefallen werden wir den TTIP- und CETA-Befürwortern nicht tun: Wir sind hellwach und werden alle Versuche, die Bürger und Bürgerinnen in Deutschland und Europa an der Nase herumzuführen, aufdecken und zurückweisen. Der Widerstand gegen eine mögliche CETA-Ratifizierung in diesem Jahr wächst kontinuierlich.

Immer mehr Menschen stellen aber auch die **Ausrichtung unserer Handelspolitik** in Frage. Sie lehnen eine **Wirtschaftspolitik** ab, die nur noch auf Marktöffnung, immer mehr Globalisierung und immer mehr Deregulierung abzielt. Sie fragen wo die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe bleibt, warum dringend notwendige Investitionen in Infrastruktur, öffentliche und soziale Dienstleistungen, Kultur oder Klimaschutz unterbleiben. Sie stellen einen Zusammenhang zwischen einer einseitig an der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten Politik und Lohndumping, Ausbeutung von Natur und Umwelt sowie steigender sozialer Ungleichheit her. Der massive Druck der EU auf mehr Marktöffnung für Agrarexporte führt bereits seit Jahren in vielen Ländern des globalen Südens dazu, dass dort Bauern die Existenzgrundlage genommen wird. **Die heutige EU-Handelspolitik ist auch eine Fluchtursache.**

Deshalb stellen wir fest: **Wir brauchen eine andere Handels- und Wirtschaftspolitik.** Die breite gesellschaftliche Diskussion darüber hat begonnen. Demokratie lebt davon, dass unterschiedliche politische Konzepte zur Wahl stehen, und das gilt auch für die Wirtschaftspolitik. Das Zeitalter von „there is no alternative“, der angeblichen Alternativlosigkeit, ist vorbei. Gemeinsam werden wir im kommenden Jahr verstärkt Alternativen zur herrschenden Wirtschafts- und Handelspolitik entwickeln, diskutieren und verbreiten. Wirtschaftswachstum auf Kosten von Mensch und Umwelt lehnen wir ab.

Wir werden den Druck auf die politischen Entscheidungsträger weiter erhöhen. Die Breite unserer Bewegung ist unsere Stärke. Dabei werden wir noch enger mit unseren Freundinnen und Freunden in den Ländern Europas, in den USA, in Kanada und den Ländern des globalen Südens zusammenarbeiten.



Wir haben auf unserer Konferenz eine Vielfalt von **Aktionen** beraten, lokal und regional, zu speziellen Themen und Berufsgruppen. Wir rufen dazu auf, diese Aktionen mit Leben zu erfüllen und gemeinsam zum Erfolg zu führen. Insbesondere unterstützen wir:

- **überregionale Demonstration in Hannover am 23. April** anlässlich des Treffens von Präsident Obama und Bundeskanzlerin Merkel bei der Hannover-Messe,
 - **Zivilgesellschaftliche Lobbyaktionen an Parteien und Parlamente**, insbesondere der europaweiten Kampagne der selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative,
 - **Aktionen auf kommunaler Ebene** wie z.B. Kommunale TTIP-freie Zonen,
 - **dezentrale große Demonstrationen im Herbst** in mehreren Städten,
 - den **internationalen Aktionstag zu TTIP und CETA am 5. November**,
 - einen großen **Kongress über Alternativen in der Wirtschafts- und Handelspolitik** Ende 2016 / Anfang 2017.
- <http://ttip-aktionskonferenz.de/abschlussklaerung/>

Roland Kulke

Wie demokratisch ist die EU-Gesetzgebung? Paket für „Bessere Rechtsetzung“



Es geht bei „Better Regulation“ um die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, und zwar nicht über technischen Vorsprung, sondern nur über Kostensenkung. Somit sollen im Grunde unproduktive Unternehmen subventioniert werden. Dazu will die Europäische Kommission (KOM) möglichst stark den Gesetzgebungsprozess an sich ziehen und v.a. das Europäische Parlament ausschalten.

Das Ziel des „Better Regulation Packages“ ist es, **REFIT** (Abkürzung für Regulatory Fitness and Performance Programme) zu stärken, einem Vorgängerprogramm. PACT. European Affairs, ein Consultingunternehmen aus Brüssel schreibt explizit zu REFIT, dass es sich auf vielfältige Weise manifestiert, u.a.: „Assessing effects of all EU legislation on profit margins and competitiveness in the internal market e.g. chemicals and construction sectors.“

Better Regulation, der Kampf gegen ‚red tape‘, ist ein neues Lieblingskind von Kommissionspräsident Juncker und seinem Vize Timmermans.

Ziel von Better Regulation ist das, was Neoliberale die Verschlinkung des Staates nennen, die betroffene Zivilgesellschaft aber eher ein Angriff auf Arbeitnehmer*innenrechte, einen Angriff auf Konsument*innenrechte oder einen Angriff auf den Umweltschutz. Man könnte also denken, dass dies einfach eine weitere Runde im Deregulieren unserer Staaten ist. Dem ist leider nicht so, es ist ein Angriff auf das Herz dessen was einen Staat eigentlich ausmachen sollte: die Regulierung der Ökonomie und Gesellschaft zugunsten der Bürger*innen.

Warum unterscheidet sich Better Regulation von früheren Programmen?

1. Heimat der „Better Regulation“ Ideologie ist Großbritannien. Premierminister Cameron macht das „Mainstreaming“ von Better Regulation zu einer Vorbedingung für das Verbleiben Großbritanniens in der EU, und hat damit die volle Unterstützung von Juncker und Merkel.

2. Die **Juncker Kommission** ist nicht nur inhaltlich tiefgreifend neoliberal ausgerichtet. Ihr interner Aufbau (Organisationsplan/ Organigramm) entspricht den Wünschen der Großindustrie. Eine Gruppe ehemaliger Kommissionsspitzenbeamter hat nach Verlassen der Kommission, und nachdem sie in die Dienste der Industrie eingetreten sind, die Gruppe „Friends of the Commission“ gegründet. In einem Brief haben sie Juncker aufgefordert die Kommission so umzubauen, dass es „spezielle“ Kommissar*innen“ gibt, die über Vetorechte verfügen. Derjenige mit dem höchsten Vetorecht unterhalb von Juncker ist sein Vize: Frans Timmermans. Und genau dieser höchste Kommissar hat vor allem eine Aufgabe: Better Regulation umzusetzen. **Timmermans** kann jeden einzelnen Gesetzesvorschlag seiner Kolleg*innen blockieren. Damit ist Better Regulation, also die Verhinderung neuer Gesetze, in die DNA der Kommission eingeschrieben.

3. Neue Gesetze soll es nur noch geben, wenn sie durch einen wissenschaftlichen Nachweis zeigen, dass sie positive Ergebnisse zeitigen. Diese „Impact Assessments“ werden seit Jahren in den USA verwendet, was dazu geführt hat, dass der **Konsument*innenschutz ausgehebelt wurde**. So sind in der EU ca. 1200 Zusatzstoffe in Kosmetika verboten und in den USA ein ganzes Dutzend! Hintergrund ist, dass die Industrie natürlich zu fast jedem Gutachten ein Gegengutachten einkaufen kann.

Kleiner Hinweis: **Better Regulation ist nicht gleich Regulatorische Kooperation**. Letztere bedeutet eine weitgehende Aushebelung parlamentarischer Mitbestimmung bei Gesetzgebungsprozessen, sollte TTIP in Kraft treten. In der Regulatorischen Kooperation bekommt das Großkapital in bisher ungeahntem Ausmaß Zugriff auf den Gesetzgebungsprozess in der EU und den Mitgliedstaaten, weit über alles hinaus gehend, was heute durch Lobbyismus, Stakeholder Anhörung oder auch die zwielichtige Entscheidung von Unternehmensmitarbeiter*innen in Ministerien schon angerichtet wird. Allerdings gibt es starke Übereinstimmun-

gen zwischen Better Regulation und Regulatorischer Kooperation, da auch letztere stark mit Impact Assessments arbeitet, und beide die Gesellschaften auf Profitinteressen ausrichten wollen. Diese Übereinstimmung geht so weit, dass die US Regierung Better Regulation zu einer Vorbedingung für den TTIP Abschluss macht:

Quelle: [Transform!](#)

Weitere Infos:

<http://www.betterregwatch.eu/>

http://www.akeuropa.eu/includes/mods/akeu/docs/main_report_de_360.pdf

Detaillierte Informationen in den beiden Veröffentlichungen:

<http://www.eu-koordination.de/PDF/bessere-rechtsetzung-deregulierung.pdf>

”
http://www.forumue.de/wp-content/uploads/2016/01/Forum_Bet-Reg17012016_web1.pdf

Was ist REFIT?

„REFIT soll die vergangene und zukünftige europäische Gesetzgebung prüfen, um die Kosten, die für Unternehmen entstehen, zu verringern. ..Das REFIT hat seine Arbeit noch nicht aufgenommen, seine Auswirkungen sind aber bereits spürbar. Die europäischen Gesetzentwürfe im Bereich der Prävention und des Arbeitsschutzes liegen derzeit auf Eis. Richtlinien zur Prävention von Krankheiten bei Friseuren (Hautkrankheiten, Allergien, die durch Shampoos, Seifen etc. hervorgerufen werden) sind besonders betroffen. Ebenso Verordnungen zu krebserregenden Substanzen, Regelungen zur Sicherheit im Fischfang etc. **REFIT ist eine europäische Initiative. TTIP verleiht dem Ganzen eine transatlantische Dimension.**“ Mehr dazu im [Artikel](#) einer belgischen Gewerkschaft.

Der **Europäische Gewerkschaftsbund** ist seit 2013 aktiv **gegen REFIT**:
[Fotos](#) ; [Erklärung](#) ; Aktuelle Texte:
<https://www.etuc.org/issue/better-regulation>
Es gibt auch eine [gemeinsame Seite](#) von Gewerkschaften gegen REFIT:
www.rethinkrefit.ru
Auf seiner [Seite](#) setzt sich der **DGB** mit REFIT auseinander ((3-Minuten-Video)

Die Schließung der Steueroasen läßt auf sich warten... Panama Papers



Attac Frankreich Aktion in Paris am 7.4.2016: Blockade der Bank „Société Générale“. [Video der Aktion](#)

Die Société Générale hat 136 Filialen in Steueroasen, BNP Paribas 200, Crédit agricole 159. Der französische Staat verliert zwischen 60 und 80 Milliarden jährlich durch die Steuerflucht.

Attac Schweiz:

„Das Geld für das Klima befindet sich in den Steueroasen“ -
Aktion vor der Bank UBS in Neuchâtel, Schweiz



Fabio de Masi Oh wie schön ist Panama ... für Reiche, Mächtige und (andere) Kriminelle.

Die kürzlich vom »Konsortium investigativer Journalisten« veröffentlichten »Panama Leaks« sind der größte Datensatz über Steuerhinterziehung und Geldwäsche. Es geht um Millionen Dokumente und Milliarden schmutzigen Geldes – etwa aus Drogenhandel, Terror und Prostitution. Da gibt es noch Rendite.

Im Mittelpunkt: die panamaische Wirtschaftskanzlei **Mossack Fonseca** (MossFon). Ihr Gründer, ein deutscher Jurist und Sohn eines SS-Mitglieds, über den der Bundesnachrichtendienst aus »nationalem Interesse« Auskunft verweigert. MossFon gründete für ihre reiche Klientel Hunderttausende Briefkastenfirmen und Trusts zur Verschleierung der Identität von Eigentümern und Herkunft des Geldes.

Die prominenten Fälle aus Russland oder China sollten nicht darüber hinwegtäuschen, wie sehr auch US-amerikanische oder Oligarchen aus der EU betroffen sind. Denn das Kriterium der Analyse war die UN-Sanktionsliste, nicht die Forbes-Reichenliste. Ein einstiger britischer Diplomat bemängelt daher einseitige Recherche und

Berichterstattung. Doch es finden sich auch die Ehefrau des EU-Umweltkommissar Miguel Cañete, der verstorbene Vater des britischen Premierministers sowie der ukrainische Oligarch/Präsident Petro Poroschenko unter den Kunden. Eine vollständige Veröffentlichung der Daten und Namen soll im Mai erfolgen.

Dass die Bevölkerungsmehrheit kaputtgekirzt wird, schafft den Reichtum der wenigen. Anonym über Panama Vermögen parken ist dabei ganz einfach. Ich habe es selbst mit einem Telefonstreich bei MossFon vor einigen Wochen ausprobiert. Ich sagte, ich würde gerne Geld vor der Steuer retten. Mir wurde versichert, dass ich mir keine Sorgen machen müsse, denn MossFon teile keine Informationen über seine Kunden. Legal, illegal, scheißegal. Und Panama – obwohl von der OECD von der grauen Liste für Geldwäsche gestrichen – teile auch keine Informationen mit anderen Staaten.

Doch es geht nicht nur um MossFon oder Panama. Die Enthüllung zeigt, dass die Vermittler (also Banken und Vermögensbe-

rater) solcher Finanzgeschäfte größtenteils in anderen Staaten sitzen: im Vereinigten Königreich, in den USA, in der Schweiz oder in Luxemburg.

Die Politik könnte sofort handeln und Banken, die wiederholt Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten, die Lizenz entziehen, was sogar vom Europaparlament gefordert wurde. Auch Doppelbesteuerungsabkommen kann man kündigen und statt dessen Quellensteuern auf Finanzflüsse in Länder wie Panama erheben. Weiter bedarf es vollumfänglichen automatischen Informationsaustauschs sowie öffentlicher Register der begünstigten Eigentümer von Firmen.

Doch die EU-Kommission will Steueroasen außerhalb der EU weiter von der Berichterstattung für multinationale Konzerne ausnehmen.

Wir brauchen zudem endlich eine Vermögenssteuer, um die Enteignung der Bevölkerungsmehrheit und die kriminelle Energie zu stoppen.

<http://www.fabio-de-masi.de>

Weitere News und Analysen: www.attac.de , www.attac.at .

Stephan Best, Elke Schenk, Martin Zeis: Oh wie schön ist/war Panama“ *Recherchestand: 06.04.2016 09:30 Uhr*

Die Art und Weise und der inhaltliche Fokus der Präsentation des Themas Panama-Papers in den westlichen Massenmedien, die vorgenommene Filterung des Datenbestands nach festgelegten Kriterien sollen der Diskreditierung bestimmter Länder, dortiger Privat- und Regierungspersonen dienen, welche insbesondere den USA ein Dorn im Auge sind. Diversifizierendes Beiwerk ist dabei das Bloßstellen von Privat-/Regierungs-/Wirtschaftsleuten auch aus befreundeten Ländern oder von nicht mehr interessanten, ehemaligen pawns (Bauer / Schachfigur), deren Fallenlassen nichts kostet. Mehr

Die Linke und die Nation: ungelöste Mehrdeutigkeiten

Kommentar Nr. 419, 15. Februar 2016

Der Begriff *Nation* hatte im Laufe der Jahrhunderte verschiedene Bedeutungen. Aber heute und besonders seit der Französischen Revolution wurde der Begriff mehr oder weniger im Zusammenhang mit dem *Nationalstaat* verstanden. Damit versteht man unter *Nation* die Menschen, die rechtmäßige Mitglieder einer Gemeinschaft sind, die sich auf einem bestimmten Staatsgebiet befindet.

Ob die Menschen, die eine Nation bilden, einen Staat erschaffen oder ob ein Staat die Kategorie Nation schafft, wird schon lange debattiert. Ich selbst glaube, dass Staaten die Nationen schaffen und nicht umgekehrt. **Die Frage ist daher, warum Staaten die Nationen schaffen und welche Stellung die Linke zum Konzept der Nation einnehmen sollte.**

Für einige Linke schafft das Konzept der Nation weitestgehende Gleichberechtigung. Es bedeutet die Zusicherung, dass jede und jeder (wenigstens die meisten) das Recht auf volle und gleichberechtigte Teilnahme an der Entscheidungsfindung des Staates besitzt, im Gegensatz zum Recht der vollen Teilnahme nur einer kleinen Minderheit (z. B. der Aristokratie). Heute sprechen wir häufig über ein jakobinisches Verständnis der Nation.

Der **Jakobinismus** betont die Kategorie der Staatsbürgerschaft. Personen sind daher Staatsbürger/-innen durch das Geburtsrecht und nicht, weil sie eine besondere „ethnische“ Abstammung besitzen oder einer bestimmten Religion angehören oder irgend eine andere Charakteristik aufweisen, die ihnen zugeschrieben wird, entweder von sich selbst oder von anderen. Staatsbürger/-innen sind wahlberechtigt (ab einem bestimmten Alter). Jeder, jede Staatsbürger/-in hat eine Stimme. Alle Staatsbürger/-innen sind daher vor dem Gesetz gleich.

Diesem Verständnis der Staatsbürgerschaft nach ist es extrem wichtig, alle Bürger/-innen als Individuen zu betrachten. Es ist ebenso wichtig die Idee abzulehnen, dass es Gruppen geben soll, die zwischen dem Individuum und dem Staat vermitteln sollen. Eine noch engere Sicht auf die Nation betrachtet es als Unrecht, dass solche Gruppen existieren: Alle BürgerInnen müssen die Sprache der Nation sprechen und keine andere; keine religiöse Gemeinschaft darf ihre eigenen Institutionen haben; keine anderen Bräuche als die der Nation dürfen gepflegt werden.

In der Praxis allerdings sind die Menschen Teile sehr vieler Gruppen, die ständig ihre Forderungen nach Teilhabe und Loyalität für ihre Mitglieder formulieren. Ebenso in der Praxis und nicht selten unter dem Mantel der Gleichbehandlung aller Individuen,

gibt es unzählige Möglichkeiten die gleichen Rechte für alle BürgerInnen einzuschränken.

Das Ideal der Staatsbürgerschaft wird oft definiert als **das politische Wahlrecht**. Es gibt allerdings zahlreiche Beschränkungen für den Zugang zum Wahlrecht. Die bekannteste betrifft eine sehr große Zahl und ist die Beschränkung nach dem Geschlecht. Das Wahlrecht wurde per Gesetz nur Männern gewährt. Es wurde oft nach Einkommen beschränkt; nur wer über genügend Einkommen verfügte, war wahlberechtigt. Es wurde auch oft beschränkt auf Rassen oder Religionszugehörigkeit oder an eine Mindestanzahl von Vorfahren gebunden, die auf dem Staatsgebiet gelebt haben. Unter dem Strich erwies sich das Wahlrecht nicht als die große Gleichberechtigung, weil es nicht für alle oder wenigstens für eine Mehrheit der Menschen galt. Oft wurde es auf eine eher kleine Gruppe beschränkt. Für die Jakobiner, die sich immer als Linke betrachteten, bestand die Lösung darin, das Wahlrecht auszudehnen. Im Laufe der Zeit gab es tatsächlich gewisse Erfolge. Das Wahlrecht wurde auf immer größere Personenkreise ausgeweitet. Allerdings gelang es irgendwie doch nicht, allen Bürger/-innen, allen Mitgliedern der Nation den gleichen Zugang zu den Anrechten der Staatsbürgerschaft zu gewähren – Bildung, Krankenfürsorge und Beschäftigung.

Angesichts der weiter bestehenden Ungleichheiten entstand die Gegnerschaft der Linken zu den Jakobinern. Die Gegner der Jakobiner sahen, dass die Nation nicht alle gleich machte, sondern viele unterwarf. Die Lösung war nicht die Unterdrückung anderer Gruppen, sondern bestand darin, diese zu ermutigen, ihre Werte als Lebensart zu verteidigen und ein eigenes Selbstbewusstsein zu entwickeln. Feministinnen und Feministen forderten nicht nur das Wahlrecht für Frauen, sondern das Recht der Frauen, sich selbst zu organisieren und ihr eigenes Selbstbewusstsein zu entwickeln. Das Gleiche taten Gruppen anderer Rassen und Ethnien, die sogenannten Minderheiten.

Als Ergebnis gibt es keine einheitliche Sicht der Linken auf den Begriff Nation. Ganz im Gegenteil! **Die Linke ist zerrissen über die Ablehnung der Nation.** Heute sehen wir das in den verschiedensten Formen. Eine davon ist die explodierende Menge an **Forderungen nach Gendergerechtigkeit.** Die Gesellschaft war vorher nach genetischen Gesichtspunkten konstruiert. Aber wenn wir uns für die Konstruktion der Gesellschaft engagieren, gibt es keine Grenzen mehr für die Rechte von „Subkategorien“ ob sie nun schon definiert sind oder erst in

der Zukunft zum Vorschein kommen werden.

Wenn Gender so wichtig wurde, dann ist es Indigenität ebenso. **Indigenität** ist auch eine gesellschaftliche Konstruktion. Sie bezieht sich auf die Rechte derer, die schon vor anderen (den MigrantInnen) in einem bestimmten Gebiet gelebt haben. Im weitesten Sinne ist jede Person eine Migrantin oder ein Migrant. Bei einer vernünftigen Diskussion sehen wir heute bedeutende gesellschaftliche Gruppen, die sich deutlich unterscheiden von denen, die im Staat die Macht ausüben. Sie möchten ihre Gemeinschaften mit ihrer eigenen Lebensart erhalten und ihre Rechte innerhalb der Grenzen bewahren, indem die Nation ihre nationalen Rechte bestätigt.

Noch eine Mehrdeutigkeit: Ist es links, ein Internationalist, ein Eine-Welt-Anhänger zu sein, oder ist es links, ein Nationalist zu sein, der sich gegen das Eindringen von mächtigen Weltmächten wehrt? Ist es links, die Abschaffung aller Grenzen zu fordern, oder ist es links, die Befestigung der nationalen Grenzen zu verlangen? Ist es Klassenbewusstsein, wenn man Nationalismus ablehnt oder wenn man nationalen Widerstand gegen Imperialismus unterstützt? Es wäre einfach, sich aus der Diskussion zu stehlen, wenn man behauptet, die Antwort variiert von einem Ort zum anderen, von einem Moment zum nächsten, von Situation zu Situation. Aber genau da liegt das Problem. Die globale Linke findet es sehr schwierig, diese Themen direkt anzusprechen und eine begründbare, politisch sinnvolle Einstellung zum Konzept der Nation anzubieten. Das Versagen der globalen Linken, solidarisch eine gemeinschaftliche interne Debatte zu führen, untergräbt die Möglichkeiten der globalen Linken, als wichtiger Darsteller auf der Weltbühne aufzutreten; denn der Nationalismus ist bei den Menschen dieser Welt emotional tief verwurzelt.

Die Französische Revolution hinterließ uns ein Konzept, das die große Gleichberechtigung bringen sollte. Hinterließ sie uns eine giftige Pille, die die globale Linke zerstören sollte, und mit ihr die große Gleichberechtigung? **Eine intellektuelle, moralische und politische Wiedervereinigung der globalen Linken ist dringend notwendig.** Es wird sehr viel mehr Geben und Nehmen erfordern, als die prominent Handelnden bisher an den Tag legten. Kurz, es gibt keine ernsthaftere Alternative.

Quelle: <http://iwallerstein.com/commentaries/>
Übersetzung: Herbert Kaser, coorditrad / SiG-Redaktion.

Walter Baier

Europas Linke auf dem Weg, ihre Europapolitik neu zu definieren

Zu den Konferenzen in Paris, Berlin, Madrid, Brüssel und Athen

3. März 2016

Europa, die Europäische Union nicht weniger als die Mitgliedsstaaten, durchlaufen eine **vielfältige Krise**, aus der sich derzeit kein Ausweg abzeichnet. Die **Entsolidarisierung der Staaten** im Hinblick auf die ankommenden Flüchtlinge stellt inzwischen eine der wesentlichen Errungenschaften der EU, den freien Personenverkehr, in Frage.

Den Anfang nahm die Akutkrise durch die **Austeritätspolitik**, mit der die Führungen der Staaten und der europäischen Institutionen auf die Finanzkrise reagierten und die die Gesellschaften in ihrem Inneren spaltete und nach außen gegeneinander stellte. Als im Jänner 2015 eine von der Linken gestellte Regierung in Griechenland ihre Arbeit aufnahm, schien es, als könnte es gelingen, nicht nur in einem Land, sondern europaweit die Austeritätspolitik in Frage zu stellen. Mit dem der **Syriza-Regierung** durch die Androhung eines ungeordneten Staatsbankrotts im Juli **aufgezwungenen dritten Memorandum** wurde diese Hoffnung zerstört.

Damit ergibt sich ein **doppeltes Problem**. Die Fortsetzung der Austeritätspolitik mit autoritären Mitteln kann die europäische Krise nicht beheben. Einerseits ist das mit dem Vertrag von Maastricht und der Europäischen Währungsunion errichtete **neoliberale Modell gescheitert**. Seine Fortsetzung stößt auf immer größeren Widerstand, und wo sich dieser nicht in einer politischen Alternative artikulieren kann, kommt es zur Frustration und der Abwendung der Bevölkerung von den politischen Institutionen. Andererseits müssen wir uns selber auch eingestehen, dass **die bisherigen Versuche der sozialen Bewegungen genauso wie der politischen Linken, die Sparpolitik zu beenden, nicht erfolgreich waren**. Das gilt vor allem für die griechische Linksregierung und ihren Kampf um eine faire Lösung des Schuldenproblems. Offensichtlich waren wir **naiv** im Hinblick auf die bestehenden Kräfteverhältnisse und die im System der Staaten und der europäischen Institutionen eingebauten Hindernisse für eine Veränderung. Das muss sehr ernsthafte Überlegungen auslösen.

Die Lage wird dadurch noch komplizierter, als dass die notwendige selbstkritische Diskussion in einer **Situation eines doppelten politischen Kampfes** stattfindet: Es ist nicht mehr allein die autoritäre Fortsetzung der neoliberalen **Austerität**, mit der sich die Linke konfrontieren muss, sondern auch

das europaweite Anwachsen der radikalen **nationalistischen Rechten**, die die weit verbreitete Frustration mit populistischen Mitteln aufgreift und die politischen Machtinhaber herausfordert. Dies zeigt sich in den **Wahlergebnissen** des vergangenen Jahres, bei denen rechtsradikale Parteien in neun europäischen Ländern einen durchschnittlichen Stimmanteil von 22 Prozent erreichten. Trotz bemerkenswerter Fortschritte der Linken, vor allem in den Ländern des europäischen Südens, ist die **Gefahr einer europaweiten Rechtswende überdeutlich**. Ziel dieser Rechten ist die Zerstörung eines geeinten Europa und der autoritäre Umbau der Staaten.

Europäischen Konferenzen und Strategiemeetings

In einer Reihe von europäischen Konferenzen und Strategiemeetings versuchte die Linke seit Beginn dieses Jahres, ihre Positionen in der neuen Situation zu bestimmen. Zwar zeichnet sich in diesen Debatten noch keine Einmütigkeit, jedoch eine Tendenz ab.

Den Anfang machte im Jänner die maßgeblich von Jean-Luc Mélenchon, Oskar Lafontaine, Zoe Konstantopoulou und Stefano Fassina in **Paris** veranstaltete Konferenz **für einen europäischen „Plan-B“**, dessen Kern in der Idee besteht, die Staaten des europäischen Südens zu einem **Austritt aus der Eurogruppe** aufzurufen. Das Komitee für die Streichung der Schulden der Dritten Welt (CADTM) scheint diese Sicht zu teilen. Wie Lafontaine es ausdrückte, müsse „sich die Linke in Europa, ob Sozialisten, Kommunisten oder andere linke Gruppierungen in den Mitgliedstaaten der EU, ungeachtet ihrer Rivalitäten hinter dem Plan B versammeln, der zum Ziel hat, die Austeritätspolitik zu beenden und eine soziale Demokratie wiederaufzubauen“ (Junge Welt, 25.1.2016). Im Verständnis ihrer Initiator_innen soll die Pariser Konferenz den Auftakt zu einer Serie von ähnlich orientierten Veranstaltungen in europäischen Hauptstädten bilden, die zu einer konkreten Ausarbeitung der Strategie und zur Verbreiterung der sie vertretenden Kräfte dienen sollen.

Anfang **Februar** trafen sich in **Berlin** 200 Aktivist_innen des transnationalen **Blockupy**-Bündnisses zu ihrem Ratschlag. Neben einer neuen Aktionsstrategie mit Blickpunkt auf die 2017 stattfindenden Bundestagswahlen in Deutschland wurde auch beschlossen, durch die Diskussion

über ein „Manifest“ eine europapolitische Position zu erarbeiten. **Man will für ein anderes Europa arbeiten**: “A Europe of solidarity and real democracy, a Europe from below and with a social infrastructure for all (...). It cannot be a Europe of borders and isolation, of commanding and blackmailing. It is and has to be a Europe for all and of solidarity.”

Eine ähnliche Schlussfolgerung aus der evidenten Krise der europäischen Integration zu ziehen, schlägt **Yanis Varoufakis** mit der von ihm **am 9. Februar in Berlin** der Öffentlichkeit vorgestellten Bewegung **DiEM25** („Democracy in Europe Movement 2025“) vor. Ihr **Manifest** für die Demokratisierung Europas geht von folgendem Dilemma aus: „The EU will be democratised or it will disintegrate!“ Anders als das Plan-B-Konzept von Paris **erkennt DiEM25 in der Desintegration allerdings keine positive Alternative**.

Vorgeschlagen wird daher, eine **breite Allianz für eine demokratische und transparente EU** zu bilden. Neben – den politischen Willen vorausgesetzt – einfach und **kurzfristig zu erfüllenden Forderungen** wie einem Live-streaming der Sitzungen des Europäischen Rats, der Eurogruppe, des Rats der Finanzminister (ECOFIN) und des Gouverneursrats der Europäischen Zentralbank sowie einer zeitnahen Veröffentlichung von Protokollen fordert DiEM25, **einen Neugründungsprozess der EU einzuleiten**: “The people of Europe have a right to consider the union’s future and a duty to transform Europe (by 2025) into a full-fledged democracy with a sovereign Parliament respecting national self-determination and sharing power with national Parliaments, regional assemblies and municipal councils.” Auch DiEM25 versteht die unter großem Medieninteresse abgehaltene Gründungsveranstaltung als den Auftakt zu einer Serie von Konferenzen und Versammlungen, die in den kommenden Monaten in den europäischen Hauptstädten organisiert werden sollen.

Das vierte bedeutende Ereignis fand am **21. Februar in Madrid** statt, wo sich im heißen Klima der zu diesem Zeitpunkt voll in Gang befindlichen Regierungsverhandlungen 1.500 Menschen aus den sozialen Bewegungen und Parteien Spaniens sowie Gäste aus mehreren europäischen Ländern trafen. Obwohl unter dem Titel **„Plan B-Konferenz“** einberufen, unterschieden sich Verlauf und Schlussfolgerungen von dem gleichnamigen Ereignis in Paris. In der

nach vielen, vielfältigen Diskussionen verabschiedeten *“Declaration for a Democratic Rebellion in Europe”* findet sich keine Forderung, die auf einen Austritt Spaniens oder irgendeines anderen Landes aus dem Euro und der EU zielte.

Ein Schlüsselsatz der Deklaration lautet, dass es **gelte, eine Bewegung zu schaffen, um: „to place human rights, civil, political, social, economic, cultural and democratic rights, at the heart of the European project, as an intrinsic part of democracy.”** Aufgerufen wird zu „**Ungehorsam auf allen Ebenen**“, darunter auch der institutionellen Ebene der Gemeinden. Am 28. Mai, dem Jahrestag der Pariser Kommune, ruft man zu einem, wenn möglich gesamteuropäischen, Aktionstag gegen Austerität und für ein demokratisches Europa auf.

Am **22. Februar** traf sich in **Brüssel** der **AlterSummit**, eine aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, NGOs und politischen Parteien gebildete Allianz, zur Generalversammlung. Beschlossen wurde hier, sich solidarisch an allen Initiativen zu beteiligen, die sich der Austeritätspolitik in den Staaten auf europäischer Ebene entgegenstellen. Gemeinsam mit DiEM25 und anderen Partnern will man im **Herbst** eine unter dem Arbeitstitel „**Die Würde der Arbeit**“

maßgeblich von Gewerkschafter_innen mitgestaltete **Konferenz in Brüssel** abhalten.

Die Sequenz der Strategietreffen wird am **18. März in Athen** fortgesetzt werden, wo Syriza, das Nicos-Poulantzas-Institut, die Partei der Europäischen Linken und transform! europe zu einer dreitägigen **Konferenz** unter dem Titel „Building Alliances to Fight Austerity and Reclaim Democracy in Europe“.

Wir in **transform!** wollen zu der gegenwärtig entstehenden Diskussion über einen „**Alternativen Plan für Europa**“ beitragen und haben an allen erwähnten Veranstaltungen teilgenommen. **Wir sprechen nicht von einem „Plan B“**, weil wir eine **Verwechslung** mit dem konkret in Umsetzung begriffenen „Plan B“ eines Teils der herrschenden Eliten in Deutschland, Frankreich, dem Vereinten Königreich und anderen EU-Ländern vermeiden wollen, der darin besteht, Europa in einen nationalistischen Egoismus regredieren zu lassen. Dieser reaktionäre „Plan B“ wird zu nationalistischem Wettbewerb zwischen Ländern führen, in dem alle Mittel zum Einsatz gelangen. Es ist kein Zufall, dass im populistischen Diskurs der extremen Rechten Nationalismus, Rassismus und Anti-Europäismus sich zu Amalgam verbinden.

Aber Slogans und Worte sind nicht unser Anliegen. Wir beteiligen uns an allen Debatten, die von Initiativen organisiert werden, in denen die Teilnehmenden auf solidarische Art ihre Ansichten die Erarbeitung einer realistischen und unabhängigen linken Position in Europa betreffend miteinander austauschen. Wir wollen solche Initiativen darin unterstützen, einander nicht in einem Wettbewerb zu bekämpfen, sondern **Formen der Kommunikation zu finden**, die getragen sind vom Geist der guten alten Tage der Anti-Globalisierungsbewegung, und das Gemeinsame in ihrer Theorie und Praxis zu entwickeln, insbesondere, was die Entfaltung eines gesamteuropäischen Kampfes gegen das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) betrifft.

Siehe auch **Einen alternativen Plan für Europa verfolgen**: Eine ohne Tabus geführte Debatte unter Genossinnen und Genossen ist notwendig! – *Deklaration, unterzeichnet von Vertreterinnen und Vertretern des Netzwerks transform! europe*

Quelle: [Transform](#)

Aufrufe, Aktionen und Konferenzen der europäischen Linken in 2016 – ein unvollständiger Überblick, in Neues Deutschland

Romarc Godin

Zypern verabschiedet sich von der Troika, hat aber einen hohen Preis für das „Programm“ bezahlt

Begleitet von den Glückwünschen der Eurogruppe hat Zypern seinen Ausstieg aus dem Memorandum drei Jahre nach dessen Unterzeichnung bekannt gegeben. Aber es gibt noch zahlreiche Risiken und Herausforderungen.

13. März 2016

Zypern, das ist nun der neue verlorene Sohn der Troika. Auf dem Treffen der Eurogruppe vom 7. März kündigte die Republik Zypern an, dass sie am kommenden 31. März offiziell aus dem Hilfsprogramm „aussteigen“ würde. Drei Jahre nach Unterzeichnung des Memorandums sei das Land nun von der Troika „befreit“. Es gab Applaus für diese Ankündigung und die Verantwortlichen der Eurogruppe und des IWF schickten ebenfalls ihre herzlichen Glückwünsche nach Nikosia. Jeroen Dijsselbloem, der Präsident der Eurogruppe, hat die „sehr, sehr gute Arbeit“ der zypriotischen Behörden begrüßt.

Eine großartige Erholung?

Die Regierung des Präsidenten Nikos Anastasiadis ist übrigens überaus stolz auf diesen Erfolg. Seit der Unterzeichnung des Memorandums im April 2013 übertraf Zypern immer die Prognosen des Hilfsprogramms. Insgesamt benötigte das Land 7,5 der 10 Milliarden Euro, die zur Verfügung standen (aber mit einer Beteiligung von 9 Milliarden Euro durch die Bankeinleger bei

einem Bruttoinlandsprodukt von 17 Milliarden Euro). 2015 fand das Land nach einem drei Jahre dauernden Rückgang mit einem erwarteten Anstieg von 1,4 % zum Wachstum zurück. Das Haushaltsdefizit ist beinahe abgebaut auf 1 % des BSP gegenüber 8,9 % im Jahr 2014 und Zypern hat wieder Zugang zu den Märkten um sich zu refinanzieren. Zypern hat demnach alles um seinerseits ein „Vorzeigeland“ zu werden, wie früher vor den jüngsten Wahlen Irland, Spanien und Portugal. In den sozialen Netzen wird das glänzende Beispiel der Mittelmeerrinseln mit dem so fatalen Schicksal Griechenlands verglichen.

Die Schlüssel des „Erfolgs“

Dennoch darf man vor Begeisterung nicht einige Realitäten aus den Augen lassen. Der Schlüssel des zypriotischen „Erfolgs“ war eine weniger starke Rezession als im Hilfsprogramm vorhergesehen war. Aber ist die Sparpolitik die Ursache für den „Erfolg“? In Wirklichkeit profitierte Zypern davon, dass einige Zielorte wie Ägypten und Tunesien vom **Tourismus**-Markt verschwanden – was eine große Auswirkung für diese klei-

ne Volkswirtschaft hatte. Hinzu kam das **Sinken der Rohstoffpreise**, das wie überall in Europa den Konsum der Haushalte begünstigte. Schließlich sind **die russischen Investoren in Zypern geblieben** und haben 2015 wieder mit Investitionen begonnen. Große Auswirkung hat auch die Vereinbarung mit Moskau vom Frühling 2015, zwar haben die Russen viel mit der Rettung der zypriotischen Banken verloren, aber das Banksystem liegt ab jetzt in ihren Händen. Auch bleiben sie angetan von den Vorteilen Zyperns mit seinem Unternehmenssteuersatz von 12,5 % und seiner „angelsächsischen“ Gesetzgebungskultur, die **aus Zypern einen guten Stützpunkt für den Zugang zu den anderen anglo-normannischen oder karibischen Steuerparadiesen** macht.

Zurück auf den Märkten dank der EZB

Das wiedergefundene „Vertrauen“ der Märkte in die Staatsschulden Zyperns, für die der Markt äußerst eng ist, lässt sich leicht erklären. Die zypriotischen Staatsschulden werden von den Rating-Agenturen als „faul“ angesehen, aber sie sind Bestand-

teil im Rückkaufprogramm der EZB (im Unterschied zu den Schulden Griechenlands): es handelt sich also um eine Staatsschuld mit einer hohen Rendite und einer guten Sicherheit (man ist sicher, einen Abnehmer auf dem Markt zu finden). Warum sollten die Investoren in einer Zeit negativer Zinsen auf ein solches Juwel verzichten?

Zu pessimistische Prognosen 2013?

Schließlich verdankt sich der „Erfolg“ Zyperns zu großen Teilen auch den absichtlich übertrieben negativen Vorhersagen der Troika. Diese „Vorsicht“ ist 2013 zugegeben und durch diejenige des griechischen Memorandums von 2015 bestätigt worden, das sich ebenfalls in seinen Erwartungen als zu pessimistisch gezeigt hat. Diese **negative Übertreibung hat zwei Vorteile**: zum einen kann man vermeiden dem Bedarf hinterher zu „laufen“, wenn die rezessionsfördernden Auswirkungen stärker als erwartet sind, wie es in Griechenland zwischen 2010 und 2012 der Fall war; zum anderen bietet sie die Möglichkeit, den „Erfolg“ des Hilfsprogramms zu betonen, da die Angelegenheit immer besser läuft als vorhergesehen.

Der sehr hohe Preis, den Zypern bezahlte

Man muss sich also darüber im Klaren sein, dass die Hurras der Eurogruppe vom 7. März 2016 für die zypriotischen Bevölkerung sehr teuer waren. Das **BSP** ist um fast 10 % zurückgegangen. Die **Arbeitslosigkeit**, die es vor der Krise fast nicht gab, ist auf 17 % der Erwerbsbevölkerung angestiegen und beträgt heute noch 15,3 %. Nach Eurostat zeigte Zypern 2011 ein **BSP**, pro Kopf der Bevölkerung in Kaufkraftparität gemessen, ein um 3 % höheres Niveau an als der Durchschnitt der EU, heute ist es um 15 % niedriger. Vor allem hat das Hilfsprogramm nicht wirklich ein „gesünderes Wachstum“ für die Insel möglich gemacht, wie es Dienstag Jeroen Dijsselbloem behauptete. Die **Antriebskräfte der zypriotischen Wirtschaft** bleiben die selben wie vor der Krise: **das Geld der Ex-UdSSR und der Tourismus**. Aber im Unterschied zur vorherigen Situation 2011–2012 schaffen es diese „Antriebskräfte“ kaum, ein solides Wachstum des Konsums anzufachen.

Es sei daran erinnert, dass der Anstieg der Ausgaben für Investitionsgüter um 8 % im Jahr 2015 nach einem Rückgang im Jahr 2014 um 43,5 %, im Jahr 2013 um 15,1 % und im Jahr 2012 um 26,1 % erfolgt. Das zeigt deutlich genug, wie lang der Weg noch ist und wie lange die Auswirkungen der Krise noch andauern werden. Vor allem da die seit drei Jahren andauernden fehlenden öffentlichen Investitionen auch in der Zukunft Spuren zu hinterlassen drohen.

Ablehnung der EU

Dieses Hilfsprogramm wird Spuren hinterlassen, so „erfolgreich“ es auch gewesen sein mag. In der letzten Untersuchung des Eurobarometers steht Zypern an zweiter Stelle der Länder, in denen das **Misstrauen gegenüber der EU sehr stark** ist, nämlich bei 69 % der befragten Personen, hinter Griechenland bei 73 %. Die Zyprioten sind auch die Europäer, die das negativste Bild von der EU haben, bei 42 % der befragten Personen trifft dies zu, dagegen sind nur 24 % positiver Meinung. 63 % der Befragten - ein Rekord - meinen nicht, dass die EU „die Lebensqualität verbessert“. Kurz, der Euroskeptizismus geht in Zypern stärker als je zuvor aus diesem Programm hervor.

Die zwei Hoffnungen der Zyprioten

Die Zyprioten haben eigentlich nur zwei Hoffnungen, die ganz unabhängig vom Ausgang des „Hilfsprogramms“ sind: die **Wiedervereinigung der seit 1974 geteilten Insel** und die **Ausbeutung der Gasfelder ab 2020**, die die Insel äußerst reich machen könnte (und die auch die Wiederaufnahme der Investitionen erklärt).

Die Frage der Wiedervereinigung dürfte übrigens das beherrschende Thema bei den **Parlamentswahlen vom Mai 2016** werden, viel eher als die Frage der Sparpolitik und deren Auswirkungen. Nikos Anastasiadis hat sehr wohl gemerkt, wie wichtig es ist, im Wahlkampf das Thema auf diese Frage zu lenken. Daher hat er Gespräche mit dem neuen Präsidenten des von der Türkei besetzten Nordteils eröffnet, Mustafa Akıncı, der sich 2015 mit einem Programm der Annäherung an die Republik wählen ließ.

Der Druck der EU auf Zypern

Die Verhandlungen sind seit letztem Som-

mer gut vorangekommen, aber über die Frage der Entschädigung für die 1974 von den Türken aus ihren Besitzungen vertriebenen zypriotischen Griechen sind sie ins Stocken geraten. Vor allem hat ein anderes Problem den Verhandlungsprozess gestört: die Krise der Migranten. Nikosia, dessen Regierung von Ankara nicht anerkannt wird, blockiert die Öffnung mehrerer Kapitel in den Beitrittsverhandlungen Türkei - EU, solange das „zypriotische“ Problem nicht gelöst ist. Nun aber umgarnt Deutschland – und jetzt die EU - die Türkei, die die Wiederaufnahme des Beitrittsprozesses verlangt. Die zypriotische Regierung steht nun also unter Druck, ihre Position zu lockern. Das bringt Nikos Anastasiadis in Schwierigkeiten: jede Lockerung seiner Position würde in Zypern wie das Aufgeben des einzigen Druckmittels wahrgenommen, über das die Republik in den Verhandlungen verfügt. Der europäische Druck auf Zypern wird jedoch immens sein.

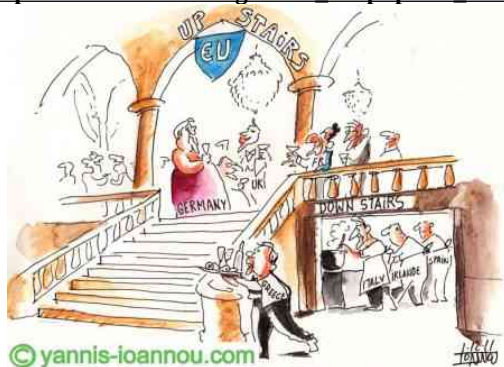
Ein für die Regierung schwieriger Wahlkampf

Der „Erfolg“ des Hilfsprogramms könnte während des Wahlkampfes von dieser Frage überschattet werden. Nikos Anastasiadis wäre überdies gut beraten, nicht zu sehr auf diesen „Erfolg“ hinzuweisen: die Beispiele Spaniens, Portugals und Irlands zeigen, dass die Bevölkerung eine etwas andere Vorstellung vom „Erfolg“ haben als die Eurogruppe. Die Gefahr für den Präsidenten würde darin bestehen, dass seine Partei, der Disy (Demokratische Sammlung, rechts) in die Defensive geräte. Im Augenblick sind die Umfragen für die Partei stabil: 33 % gegenüber 34 % 2011. Allerdings hat die **wichtigste Oppositionspartei, die kommunistische AKEL-Partei**, wegen ihres katastrophalen Verhaltens in der Krise vor 2012 **ihre Glaubwürdigkeit verloren**, sie verlor 7 Punkte (25,5 % gegenüber 32,7 % 2011). Die kleinen nationalistischen Parteien könnten die großen Wahlsieger sein und die Regierungsbildung erschweren. Noch einmal: der „Erfolg“ der Sparpolitik wird mit einem hohen politischen Preis bezahlt werden.

Quelle: La tribune

Übersetzung: Jürgen Janz, coorditrad

http://www.cartoonists.gr/view_cat.php?cat_id=45



Spanien: Falls bis zum 2. Mai keine Regierung gebildet wurde, finden Neuwahlen am 26. Juni statt.

Portugal: Die Gläubiger sind mit der jetzigen Regierung nicht zufrieden- Mehr Austerität muss her! - The Press Project Finanznachrichten

Nick Dearden

Mitglieder von Global Justice Now sagen: In der EU bleiben, um Europa zu ändern

7. März 2016

Die Frage der britischen Mitgliedschaft in der Europäischen Union beansprucht schon jetzt die Aufmerksamkeit von Politik und Medien. Deshalb haben wir letzten Monat **unsere Mitglieder und lokalen Gruppen gefragt, welche Position wir ihrer Meinung nach zu einem Referendum einnehmen sollten**, das andere Kampagnen die nächsten vier Monate lang an den Rand zu drängen droht.

85 % der Mitglieder, die antworteten, meinten, das Referendum sei von Bedeutung für unsere Arbeit, während nur 6 % sagten, das sei nicht der Fall. Außerdem **fanden 68 %, wir sollten unter Vorbehalt für einen Verbleib eintreten (in der EU bleiben, um die EU zu verändern)**. Demgegenüber meinten 16 %, wir sollten uns engagieren, aber keine Position vertreten, 8 %, wir sollten für einen Austritt argumentieren, und 2 %, wir sollten keinen Kommentar abgeben.

Die Aussage unserer **lokalen Gruppen** war noch deutlicher: 100 % fanden, das EU-Referendum sei für unsere Ziele von Bedeutung, **87,5 % meinten, wir sollten für einen Verbleib in der EU argumentieren**, und 12,5 % sagten, wir sollten keine Position vertreten.

Wir müssen klarstellen, dass wir uns damit nicht für eine Teilnahme an der „Stronger-In“-Kampagne für einen Verbleib in der EU aussprechen. Das ist keineswegs der Fall. Ob wir TTIP stoppen oder gegen die Griechenland aufgezwungenen Sparmaßnahmen protestieren wollen – uns ist völlig klar, dass die EU ungerecht, undemokratisch und von geschäftlichen Interessen beherrscht ist. **Wir wollen ein ganz anderes Europa.**

Allerdings **sehen wir nicht, dass ein Austritt** aus der EU unserer Kampagne für eine bessere Welt in irgendeiner Form **nützen würde**. Wie könnten die Einzelstaaten denn besser mit der aktuellen „**Flüchtlingskrise**“ umgehen? Oder mit dem **Klimawandel**? Natürlich sind die Immigrations- und die Klimapolitik der EU meilenweit von dem entfernt, was wir uns wünschen. Aber der Zerfall Europas wäre eine Katastrophe – er würde für eine ganze Generation das Konzept der Reisefreiheit beenden.

Was ist mit **TTIP**? TTIP ist die EU in ihrer schlimmsten Form: Eine nicht gewählte Kommission drängt auf ein äußerst unbeliebtes Abkommen, die Mitgliedsstaaten verstecken sich hinter Geheimhaltungspflichten, um anderen Ländern die Schuld zuzuschieben, Unternehmen übernehmen die Führung und schreien den Kommissi-

onsmitgliedern ins Ohr. Wenn wir die EU verließen, könnten wir uns möglicherweise von TTIP befreien.

Aber was käme stattdessen? Britische Regierungen haben die EU ständig nach rechts gedrängt, indem sie immer mehr Strategien der „freien Marktwirtschaft“ forderten. Während Deutschland und Frankreich wegen des Systems der Investitionsschiedsgerichtshöfe im TTIP-Abkommen Bedenken äußerten, schrieb Großbritannien dem Präsidenten der Kommission und verlangte, er solle diesen Mechanismus bei den Verhandlungen beibehalten.

Bekannte Unterstützer*innen der Kampagne für einen Austritt haben mehrmals erklärt, ihrer Meinung nach könnte Großbritannien allein ein „ehrgeizigeres“, schnelleres Freihandelsabkommen erreichen. Und wir hätten nicht mehr Millionen deutscher, französischer, spanischer und polnischer Aktivist*innen an unserer Seite, die dieses gefährliche Abkommen ebenfalls stoppen wollen.

Tatsächlich wurden das gesamte **Referendum** und die **Neuverhandlungen** schon eingesetzt, **damit der Premierminister Europa noch weiter nach rechts manövrieren konnte** – durch Maßnahmen gegen Immigration, den Schutz der Privilegien der City of London, Angriffe auf Arbeitnehmerrechte.

Wir werden bei dieser Kampagne keine Zeit darauf verwenden, die Europäische Union als etwas darzustellen, was sie nicht ist. Wir kennen die ernstesten Probleme in der EU aus erster Hand. Um es mit dem früheren griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis zu sagen, **die EU steht vor einer Wahl: Demokratie oder Zerfall.**

Die Bewohner*innen Europas engagieren sich aber in unglaublichen Projekten, um ihr eigenes Leben zu verbessern und sich gegen Europas fortgesetzte Ausbeutung der restlichen Welt einzusetzen. Die Nahrungsmittelsouveränität in Frankreich, die Energiedemokratie in Spanien und die „Ökonomie der Solidarität“ in Griechenland sind Beispiele dafür, wie eine andere Welt aussehen könnte. **Darauf können wir aufbauen.** Durch Projekte wie den neuen Plan B können wir diese Kampagnen und Unterstützer*innen zusammenbringen und eine riesige Bewegung schaffen.

Europas aktueller Kurs ist unhaltbar. Er muss sich ändern. Wir wollen sicherstellen, dass er sich zum Besseren ändert. Man kann sich ein Europa vorstellen, das tatsächlich demokratisch ist, das Gleichheit fördert, das beim Umweltschutz an der

Weltspitze steht, das Arbeitnehmer*innen besser behandelt, die Welt gerechter macht, Migrant*innen willkommen heißt. Wir sind noch weit von dieser Vision entfernt. Aber wir glauben nicht, dass wir diese Prinzipien umsetzen können, indem wir uns isolieren – ganz besonders, weil britische Regierungen Europa schon mehrmals weniger demokratisch und weniger gerecht gemacht haben.

Wir wollen, dass das Referendum der Anfang und nicht das Ende unserer Kampagne ist. Zusammen können wir ein besseres Europa und eine bessere Welt schaffen.

In den nächsten Wochen liefern wir weitere Informationen über den Zusammenhang des Referendums mit unserer Arbeit. Wir arbeiten aber mit **Another Europe is Possible** zusammen, einer Gruppe mit ähnlichem Ansatz.

Die Position von Global Justice Now zum EU-Referendum

Die Wahl, vor der wir stehen – die Wahl zwischen einer von der Wirtschaft dominierten EU und einem nationalistischen Großbritannien mit freier Marktwirtschaft – ist äußerst unattraktiv. **Wir möchten uns auf keine dieser „Seiten“ stellen**, denn keine von ihnen steht für die gerechte, nachhaltige Welt, die wir sehen möchten. **Stattdessen wollen wir das Referendum verwenden, um auf eine bessere Welt zu drängen.**

Allerdings glauben wir, dass die Auswirkungen dieses Referendums für viele der Kampagnen von Global Justice Now von Bedeutung sind. **Wir können uns nur schwer vorstellen, wie wir außerhalb der EU die bessere Welt schaffen könnten, die wir suchen.** Wir wollen uns den vielen spannenden Bewegungen und Kampagnen in ganz Europa anschließen, um diesen Kontinent zu verändern. Wir glauben nicht, dass ein Alleingang mit Regierungen, die beständig auf noch mehr Lösungen der freien Marktwirtschaft in Europa gedrängt haben, einen Anlass zur Hoffnung bietet.

Deshalb stimmen wir für einen Verbleib in der EU, damit wir mit diesem Veränderungsprozess beginnen können. Wir glauben, dass das Referendum der Anfang und nicht das Ende unserer Kampagne für ein besseres Europa ist.

Übersetzung: Stephanie Laimer, coorditrad
<http://www.globaljustice.org.uk/blog/2016/mar/7/global-justice-now-members-say-stay-change-europe>

<http://www.globaljustice.org.uk/>

Stavros Panagiotidis

Das Parallelprogramm der griechischen Regierung

07 März 2016

Bei den Wahlen letzten September bestätigten die Wähler_innen SYRIZAs neue Position, die auf zwei Säulen beruht: Erstens auf der Anwendung der von der Troika erpressten Vereinbarung bei gleichzeitigem Bemühen um Reduktion ihrer negativen Auswirkungen, und zweitens auf der Einführung eines Parallelprogramms.

Dieses Programm setzt sich aus politischen Maßnahmen in vielen Bereichen zusammen, die den Alltag der Menschen erleichtern und die Voraussetzungen für eine neue Funktionsweise des Staates und eine neue wirtschaftliche Entwicklung schaffen werden. Mit der Umsetzung dieses Parallelprogramms wurde schon begonnen, und wir können einige seiner grundlegendsten Bestandteile vorstellen:

Die umfassendste Reform wurde im Bereich der **Gesundheitsversorgung** vollzogen. Ein Gesetz, das vor zwei Wochen verabschiedet wurde, ermöglicht es 2,5 Mio. nichtversicherten Menschen, die bisher – ohne enorme Mittel aufbringen zu müssen – keinen Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem hatten, von nun an vollen Versicherungsschutz zu genießen. Dieser Schritt setzt der unerträglichen Situation ein Ende, dass Menschen aufgrund fehlender medizinischer Versorgung leiden müssen oder sogar versterben. Zudem werden öffentliche Krankenhäuser erstmals seit 2009 wieder medizinische Fachkräfte einstellen (nach aktuellem Stand 3.500 Personen) und damit berufliche Möglichkeiten im öffentlichen Gesundheitswesen schaffen.

Weiters stellte die Regierung vielen Haushalten gebührenfreie **Strom- und Wasserversorgung** zur Verfügung und erließ diesbezügliche Schulden. Zusätzlich zur kostenlosen Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für Arbeitslose und dem kostenfreien Bezug von Lebensmitteln in Supermärkten für 148.000 Menschen plant die Regierung die kostenlose Versorgung von 200.000 Schulkindern mit warmen Mahlzeiten, mit der unverzüglich begonnen werden soll. Außerdem soll in 30 Gemeinden ein „soziales Solidareinkommensprojekt“ eingeführt werden.

Was das **öffentliche Bildungssystem** angeht, kletterte die Anzahl der neu eingestellten Lehrer_innen in Schulprogrammen für Kinder mit sonderpädagogischem Bedarf auf ein Rekordhoch. Auch Universitäten werden erstmals seit 2010 in der Lage sein, Lehrpersonal (500 PhD-Absolvent_innen) längerfristig anzustellen. Ein neuer Forschungsinvestmentfonds wird soeben ausgearbeitet, um den griechischen Forschungssektor anzukurbeln. Der Fonds wird anfänglich mit 300 Mio. Euro ausgestattet sein, von dem ein Großteil direkt von der Europäischen Investitionsbank zur Verfügung gestellt wird und der nicht zu den bisher angesammelten Schulden addiert wird. Dadurch soll es jungen Menschen ermöglicht werden, in Griechenland zu bleiben und zu arbeiten; der Abwanderung von Arbeitskräften, die das Land in den letzten Jahren massiv geschwächt hat, soll so vorgebeugt werden.

Auf **finanzielle Entwicklung** zielt auch ein neues Gesetz zur Solidarwirtschaft und Unternehmen im Kollektivbesitz ab – ein Sektor, der in Staaten wie etwa Frankreich bis zu 10% des BIP ausmacht. Das Gesetz wird in den kommenden Wochen vorgestellt. Ein weiteres entscheidendes Gesetz wurde vom griechischen Parlament am 24. Februar verabschiedet. Es befasst sich mit **Transparenz, Meritokratie und Effizienz der öffentlichen Verwaltung** und wurde vom Ministerium für Verwaltungsreformen & e-Governance (Vize-Minister Christoforos Vernardakis) vorgelegt. Dieses Gesetz bedeutet einen großen Schritt in Richtung Modernisierung der griechischen öffentlichen Verwaltung, da es die verbreitete Auffassung zerstreut, dass Parteimitgliedschaft einen Grund für die berufliche Karriere von Beamten in der öffentlichen Verwaltung darstelle. SYRIZA setzt sich stark für diese Reform ein und hofft, damit der Partitokratie in Griechenland ein Ende zu setzen. Die Partei ist überzeugt, dass mit dieser Reform alle Arten von politischer Begünstigung abgeschafft werden und kann nicht nachvollziehen, warum die *Nea Dimokratia* (bis auf wenige Ausnahmen) eine solche Reform nicht unterstützte. Konstantinos Mitsotakis,

der neue Chef der Oppositionspartei, möchte sich nun als großer Feind der Partitokratie und Vetternwirtschaft inszenieren, obwohl er seit vielen Jahren Parlamentsabgeordneter ist und aus einer Familie mit langer politischer Tradition in Griechenland stammt. SYRIZA ist der Ansicht, Mitsotakis hätte genügend Gelegenheiten gehabt, seine Worte in Taten umzusetzen, diese Chance jedoch nie genutzt.

Andere Teile des Parallelprogramms wurden vom griechischen Parlament bereits abgesegnet, etwa die neue Vorgehensweise bei der **Lizenzvergabe für private TV-Stationen**. Diese sendeten bisher ohne dauerhaft gültige Lizenzen bzw. bezahlten keine Gebühren für die genutzten Frequenzen, da sie im informellen Naheverhältnis zu Regierungsparteien und Unternehmen standen, die mit dem Staat Geschäftsverbindungen pflegten.

Jede dieser Neuerungen wurde mit scharfer Kritik seitens der parlamentarischen Opposition quittiert. Die Arbeit der aktuellen Regierung, die den Interessen der allgemeinen Bevölkerung dient, illustriert jedoch eindrucksvoll ihre Überlegenheit über die ehemaligen Regierungsparteien. Uns ist klar, dass die Kritiker_innen in Zukunft noch lauter werden. Wir sind jedoch darauf vorbereitet und dazu entschlossen, weiterzumachen. Um ein altes arabisches Sprichwort zu zitieren (das heute oft verwendet wird): Die Hunde bellen wohl noch, aber der Wagen fährt weiter.

Stavros Panagiotidis ist Chefberater für Sozialpolitik im Amt des griechischen Premierministers. Erschienen bei [Transform!](#)

Griechische Regierung über innenpolitische Maßnahmen:
Versicherungssystem
Reform des öffentlichen Diensts
Flüchtlinge
Reform der Medienlandschaft

Kritik an der Berichterstattung der deutschen Medien im ersten Halbjahr 2015 zur griechischen Staatsschuldenkrise.

Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), die die Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegeben hat: „Als objektive Darstellungsformen sollten Nachrichten und Berichte frei von Meinungen der Journalisten sein. Die Ergebnisse sprechen für eine Auflösung der berufsethischen Trennungsnorm von Nachricht und Meinung in einer Vielzahl an Artikeln zur griechischen Staatsschuldenkrise...“ . http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_45_2016 s. a. <http://griechenlandsoli.com/2016/03/25/deutsche-medien-griechenland/>,

Die SiG-Redaktion empfiehlt u.a. : www.griechenlandsoli.com , www.griechenlandblog.de , auf Englisch [thePressProject](http://thePressProject.com)

Griechenlands Spießrutenlauf

Die Moderne Sklaverei in Griechenland: Die in den Jahren der Wirtschaftskrise erfolgte Deregulierung der Arbeitsverhältnisse trat auf die härteste Weise bei den vorzuherrschen tendierenden diversen Formen der unbezahlten Beschäftigung in Erscheinung. Das Institut für Arbeit der GSEE zählt in Griechenland über 1.200.000 unbezahlte Arbeitnehmer, was etwa 1/3 der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung entspricht, wobei die Verzögerungen (der fälligen Lohnzahlungen) sich ab 3 bis zu 24 Monaten bewegen! 80% der Hotelunternehmen in Griechenland schulden Lohnzahlungen! [Mehr](#)

Troika zerstört das Tarifsystem in Griechenland und schafft Raum für Lohndumping

Mit dem Ziel, die »Wettbewerbsfähigkeit« wieder herzustellen, wurden in Griechenland unter dem Druck der Troika seit 2010 die Arbeits- und Tarifrrechte geschliffen. Mittlerweile wurde die Rechtswidrigkeit dieser Eingriffe vor dem Hintergrund des Art. 28 der EU-Grundrechtscharta in wissenschaftlichen Studien belegt.

Kommissionspräsident Juncker hat die »Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas« in seinen politischen Leitlinien als »erste Priorität« deklariert, um ein – wie er ausführt – »unternehmensfreundliches Klima« zu schaffen mit »weniger Regulierung und mehr Flexibilität« im Interesse privater Investitionen. Der Angriff auf die Tarifautonomie und weitere Rechte der Beschäftigten soll entsprechend dieser Leitlinien nun in allen Ländern der EU fortgesetzt werden. So sollen zukünftig vermeintlich unabhängige Experten in sogenannten »nationalen Ausschüssen für Wettbewerbsfähigkeit« alles prüfen und verhindern, was der uneingeschränkten Entfaltung des Kapitals entgegenstehen könnte. europäer neu Begründen, [Info](#)

In Griechenland gab es 2015 rund 55000 Millionäre, von denen jedoch etwa 3000 in sicherere Länder abwanderten. [mehr](#)

Die Gläubiger Griechenlands lassen nicht locker

Programmgemäß hat Griechenland am 20 Juli 2016 allein 2,4 Milliarden Euro an nominaler Verschuldung und Zinsen für Kredite bei der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Investitionsbank zu zahlen. Die gesamten Bedürfnisse für die Bedienung von Schulden des Landes im Juni und Juli 2016 übersteigen 10 Milliarden Euro – welches Geld das Land nicht hat, außer wenn bis dahin mehr Mittel aus dem Rettungsprogramm freigegeben worden sind. [mehr](#)

[wikileaks über IWF](#)

Streit zwischen IWF und EU: Endspiel um Griechenlands Schulden – Worum geht es? Gastbeitrag von Yannis Varoufakis in dem „Spiegel“: „Das IWF-Paket ist unmenschlich, weil es Hunderttausende kleine Unternehmen zerstören und die humanitäre Krise verstärken wird. Meiner Meinung nach ist es auch unnötig, weil Griechenland zu Wachstum zurückkehren könnte, indem es die Oligarchen ins Visier nimmt und die öffentliche Verwaltung reformiert. Jahrzehntlang hat der IWF in jedem Land, in dem er "gastierte", "Reformen" vorangetrieben, die kleine Betriebe zerstörten und die Mittelschicht proletariisierten. Würde der IWF dieses Schema in Griechenland aufgeben, müsste er zugeben, dass die antisozialen Programme, die er Jahrzehntlang Ländern auf der ganzen Welt auferlegt hat, möglicherweise unmenschlich und unnötig waren. Die Wiki-leaks-Veröffentlichungen zeigen, dass es einen Zermürbungskrieg gibt - zwischen einem einigermaßen rechenkundigen Bösewicht (der IWF) und einem chronischen Zauderer (Deutschland). Sie zeigen auch, dass der IWF ernsthaft darüber nachdenkt, die Dinge im Juli zu einer Entscheidung zu bringen, indem er Griechenland wieder einmal an den Rand des Abgrunds bringt - genau wie im Juli 2015.

Mit einer Ausnahme: Dieses Mal soll nicht Alexis Tsipras in Zugzwang gebracht werden, sondern die deutsche Bundeskanzlerin.“

FAZ, 11.4.2016: Marathonverhandlungen ohne Ergebnis in Athen

Damit Griechenland frisches Geld von seinen Gläubigern erhält, muss es Reformen liefern. Es geht um Rentenkürzungen und Steuererhöhungen. Die nächtliche Krisensitzung endete ohne Ergebnis. Die Verhandlungen sollen am 18. April fortgesetzt werden.

(...) Dem Vernehmen nach gibt es noch große Differenzen zwischen Athen und den Gläubigern über die genauen Maßnahmen, die zu Einsparungen in Höhe von 5,4 Milliarden Euro führen könnten. (...)

Im Sommer 2015 hatten die Institutionen ein drittes Hilfspaket für Griechenland mit einem Volumen von bis zu 86 Milliarden Euro geschnürt. Ohne eine Einigung der Gläubiger mit Athen kann kein Geld in die Kassen in Athen fließen. Griechenland muss im Juli 3,5 Milliarden Euro an den IWF und die EU zurückzahlen und muss zudem bisher unbezahlte Rechnungen begleichen.

Wolfgang Schäuble: „Wir werden auch diesmal eine Lösung finden“. Diese werde aber nicht in einem Schuldenerlass bestehen, "sondern dass Griechenland auf dem Weg zu einer wettbewerbsfähigeren Wirtschaft mehr leisten muss."

Tafelsilber zu Ramschpreisen

10. April 2016, [Griechenland-blog.gr](#)
Aus Deutschland wurde offiziell beschieden, Griechenland müsse einen völlig irrealen Erlös in Höhe von 50 Milliarden Euro aus Privatisierungen erzielen. Diese Position des deutschen Finanzministeriums (sprich des deutschen Finanzministers Wolfgang Schäuble) steht in völligem Gegensatz zu dem, was die griechische Regierung sich zum Ziel gesetzt hat, und es wird erwartet, dass dies einen neuen Zyklus der Gegenreaktionen und möglichen Probleme in den Verhandlungen hervorruft. Sich auf den unter Gründung stehenden Privatisierungsfonds beziehend, der den TAIPEP ablösen wird, erklärte der griechische Finanzminister Giorgos Stathakis am 05 April 2016, der Erlös aus dem Verkauf des öffentlichen Vermögens werde sehr viel geringer als anfänglich vorgesehen sein, und meinte: „Ich denke, wir sind uns alle einig, dass der Gedanke an 50 Milliarden Euro utopisch war.“ Besagter Betrag wurde im weiteren Verlauf anfänglich auf 25 Mrd. Euro und danach auf 15 Mrd. Reduziert. Wie der Minister anfügte, sind bisher 2,5 Mrd. Euro eingenommen worden, und zum Schluss werden die Einnahmen „vielleicht 6 – 7 Mrd. Euro“ erreichen. Weiter stellte er klar, aus den voraussichtlich in absehbarer Zukunft stattfindenden 11 Privatisierungsfällen können vielleicht 7 Mrd. Euro eingenommen werden – welcher Betrag „halbwegs realistisch“ sei. (...)

Versailles oder London? -Thanos Contargyris, attac Griechenland, über die Schuldensituation und die Ergebnisse der „Wahrheitskommission“ (15.2.2016):

Giorgos Chondros: „Ein Jahr Syriza. Was (nicht) erreicht wurde und was noch erreicht werden kann, in Griechenland und in Europa“ ([Video-Dokumentation](#))

Stathis Kouvelakis: SYRIZA'S RISE AND FALL, in [NewLeftReview](#)



**Nikos Chilas / Winfried Wolf:
Die griechische Tragödie**

Frankreich



„On vaut mieux que ca „ = “Wir haben es besser verdient“

9. März: eine halbe Million Menschen demonstrieren / 9. April: 200 Demonstrationen in Frankreich

Breite Ablehnung der „Reform“ des Arbeitsgesetzbuchs



Eine Lösung: Arbeitverteilen



Mit der geplanten „Reform“ des Arbeitsgesetzbuchs sollen die Freiheits- und Grundrechte der Menschen durch die „Erfordernisse eines guten Funktionierens des Unternehmens“ eingeschränkt werden dürfen. Und so werden schon im „El Khomri-Gesetzentwurf“ viele arbeitsrechtliche Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zunichte gemacht. (SiG, mdv)

«Art. 1er: Les libertés et droits fondamentaux de la personne sont garantis dans toute relation de travail.
«Des limitations ne peuvent leur être apportées que si elles sont justifiées par l'exercice d'autres libertés et droits fondamentaux ou par les nécessités du bon fonctionnement de l'entreprise et si elles sont proportionnées au but recherché.

Text des Gesetzentwurfs auf Französisch

Fotos: attac Frankreich



Sie sind nur deshalb groß weil wir sitzen – Aufstehen!

Das Arbeitsgesetzbuch wurde 1910 als Antwort zum Grubenunglück von Courrières im Norden Frankreichs am 10. März 1906 und zu den darauf folgenden breiten Arbeitskämpfen geschaffen: 1099 Bergbauarbeiter hatten ihr Leben verloren, darunter viele Kinder. Die Geschäftsleitung – der die Sicherung der Anlagen wichtiger war als die Suche nach Überlebenden - ordnete schon drei Tage später die Wiederaufnahme der Arbeit und die Aufgabe der Suche nach Überlebenden an.

Die Antwort war ein Streik der Bergbauarbeiter der gesamten Region gegen die unzureichende Arbeitssicherheit und die riesige Arbeitsbelastung. Als Ende März 14 Bergbauarbeiter sich retten konnten, war die Empörung gegen die Geschäftsleitung besonders groß. Die Streiks dauerten bis Mai trotz der massiven Unterdrückung durch 20 000 Soldaten und Polizisten.

Neben einer Lohnerhöhung für die Bergbauarbeiter, einem Verbot von Grubenlampen mit offener Flamme wurden ein Ruhetag gesetzlich verankert und 1910 das Arbeitsgesetzbuch beschlossen. (mdv, Informationen aus dem Artikel in Les Possibles, Newsletter des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Frankreich und Wikipedia)



Khomri, jetzt ist Schluss – Die Jugendliche sind in Paris!

Schleifen der erkämpften Arbeitsrechte

FR, 19.2.2016 - Mit dem Gesetzesprojekt bricht die Pariser Linksregierung in gleich **drei Tabuzonen** der Linken ein. Die **35-Stundenwoche**, die der sozialistische Premier Lionel Jospin 1999 eingeführt hatte, soll faktisch ausgehebelt werden: Während 16 Wochen im Jahr könnte die **Arbeitszeit** bis zu 46 Stunden betragen; „unter außerordentlichen Umständen“ könnte sie sogar **bis auf 60 Stunden** erhöht werden. Und die Unternehmen wären frei, die Lohnhöhe dieser Überstunden – über einem gesetzlichen Mehrverdienst von zehn Prozent – selbst festzulegen.

Auch das **Kündigungsrecht** würde in dem „El Khomri-Gesetz“ stark aufgeweicht: Eine Entlassung soll schon zulässig sein, wenn der Umsatz, das Auftragsvolumen oder – nicht: und – der Betriebsgewinn „während mehrerer Monate“ sinkt. Die in Frankreich vergleichsweise hohe Abfindung wird plafonniert: Wer zum Beispiel zehn Jahre in einem Unternehmen gearbeitet hat, erhält nicht mehr als neun Monate Lohn zusätzlich.

Der dritte Kernpunkt der Gesetzesvorlage betrifft die **gewerkschaftliche Mitbestimmung** in den Firmen. Heute können die Gewerkschaften, die mindestens 30 Prozent der Betriebsratsstimmen vertreten, Lohn- oder Arbeitszeit-Abkommen zwischen der Direktion und der Belegschaft ver-

hindern. Die Neuerung würde den Einfluss empfindlich beschneiden.

Das hatte sich kürzlich in der Smart-Werkstätte in Hambach (Lothringen) gezeigt, wo die Gewerkschaften das Veto gegen eine Übereinkunft zur Einführung der 39-Stundenwoche einlegten. Der zum Daimler-Konzern gehörige Autohersteller konnte sich nur durchsetzen, indem er die Arbeitszeitverlängerung (bei halber Lohnerhöhung) individuell regelte. (Frankfurter Rundschau 19.2.2016)

Von der Presse verschwiegen: Generalstreik „für eine echte Gleichheit und für Gerechtigkeit“ seit dem 31. März in Mayotte, (Übersee-Departement nördlich von Madagascar) Bericht

Will There Be a Social Spring in France?

Christian Pilichowski, transform!

Attac Frankreich widerlegt die gängigen „bobards“ (falschen Behauptungen) über diese Reform Heft

Die Gewerkschaft CGT analysiert den Gesetzentwurf und setzt sich für eine Alternative im Interesse der Beschäftigten ein

Berichte bei Labournet



Weniger arbeiten um mehr zu leben!

Aktionstage der Schüler/-innen und Studierenden am 17.3. und 24.3., Streiks am 31. März, Aktionstag am 9. April ...

Weitere Mobilisierungen:

Versammlungen in über 100 französischen Städten:

<http://www.nuitdebout.fr/>

(Dort werden u.a. "Cahiers de Doléances" (Beschwerde- und Forderungshefte) geschrieben ... wie 1789 auf den Versammlungen vor der Französischen Revolution.

Streiks und Demonstrationen am 28. April

80er Geburtstag von Wolfgang Fritz Haug

OnlineTexte von W.F.Haug

„Sein und Streit“

-Kann Philosophie die Welt verbessern?

Der Philosoph Wolfgang Fritz Haug spricht im Interview über das Verhältnis von deutscher Philosophie und dem Nationalsozialismus und was uns die Vergangenheit lehren kann. Außerdem in der Sendung: Wie sich die Wahrnehmung von Zeit im Laufe des Lebens wandelt. Deutschland Radiokultur